

(Beginn: 15.39 Uhr - Ende: 19.54 Uhr)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 12. Sitzung des Rates in der laufenden Legislaturperiode und begrüße die Gäste auf der Zuschauertribüne, die Zuschauer im Internet, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister und selbstverständlich alle Mitglieder des Rates.

Nach den mir vorliegenden Meldungen fehlen heute Herr Beckamp und Herr Rottmann von der AfD.

Als Stimmzähler benenne ich Herrn Kaske, Frau Thelen und Herrn Pohl.

Bevor wir mit den Beratungen beginnen, müssen wir wie immer die heutige Tagesordnung festlegen. Der Entwurf liegt Ihnen vor. Die nachträglichen Zu- und Absetzungen sind im Entwurf gesondert gekennzeichnet. Die nachträglich eingegangenen Änderungsanträge finden Sie bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt.

Die Fraktion Die Linke. hat fristgerecht einen Antrag auf Durchführung einer Aktuellen Stunde zum Thema „Ankauf eines Häuserblocks in Köln-Chorweiler mit circa 1.200 Wohnungen durch die GAG Immobilien Gesellschaft“ eingereicht. Damit wir dieses Thema in der heutigen Ratssitzung diskutieren können, schlage ich vor, dies unter Tagesordnungspunkt 1.1, Aktuelle Stunde, zu tun. Ich habe hierzu Frau Möller und Herrn Eichner in ihrer Funktion als Vorstände der GAG eingeladen und darf sie ganz herzlich begrüßen. Sie stehen, falls notwendig, für Antworten zur Verfügung. Vielen Dank!

(Beifall bei Teilen der SPD, der CDU und des Bündnisses 90/Die Grünen)

Dann kommen wir zu den Zusetzungen. Folgende Punkte sind im öffentlichen Teil zugesetzt: 4.4, 4.5, 4.6, 4.7, 4.8, 10.28, 11.2, 17.2 und 17.3. Im nichtöffentlichen Teil ist der Punkt 24.4 zugesetzt.

Abgesetzt von der Tagesordnung werden 10.6 und 12.4. Im nichtöffentlichen Teil gibt es keine Absetzungen.

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann komme ich zu den Dringlichkeitsanträgen. Es liegt ein gemeinsamer Dringlichkeitsantrag

der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Thema „Allgemeines Recht auf Energieversorgung“ unter Tagesordnungspunkt 3.1.3 vor.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Die Linke nicht? Ist die nicht dabei? - Jörg Detjen [Die Linke.]: Die Linke ist auch Antragsteller!)

- Aha, die Linke ist auch Antragsteller. Dann werde ich das präzisieren: Antragsteller des gemeinsamen Dringlichkeitsantrags zum Thema „Allgemeines Recht auf Energieversorgung“ sind die SPD-Fraktion, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und die Fraktion Die Linke. - Diesen Antrag wollen wir unter Tagesordnungspunkt 3.1.3 behandeln.

Gibt es Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit? - Bitte schön, Frau Hoyer.

<Katja Hoyer (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen von SPD, Linken und Grünen, das Thema Energieversorgung ist ein Thema, über das man bestimmt trefflich streiten kann. Aber dieses Thema ist kein neues. Wir haben es schon sehr oft im Sozialausschuss behandelt. Sie schreiben ja selber, „bereits 2007 verlangte die EU-Kommission ...“ 2007 ist schon ein bisschen länger her. Deswegen möchte ich im Namen meiner Fraktion die Dringlichkeit ablehnen und schlage vor, diesen Antrag fristgerecht in der nächsten Ratssitzung zu behandeln.>

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, können wir darüber abstimmen. Wer gegen die Dringlichkeit ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der FDP und der CDU, Herr Henseler, die AfD und die Gruppe pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Es gibt keine Mehrheit für die Ablehnung der Dringlichkeit. Deswegen werden wir diesen Antrag unter Tagesordnungspunkt 3.1.3 behandeln.

Ich lasse nun über die Tagesordnung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist sie so angenommen.

Bevor wir in die Tagesordnung einsteigen, will ich nicht versäumen, Vertreterinnen und Vertreter des Sozial- und Erziehungsdienstes hier zu begrüßen. Wir haben in vielerlei Hinsicht Verständnis für Ihre Anliegen. Ich will aber darauf hinweisen - ich glaube, das werden Sie auch so akzep-

tieren -, dass im Rahmen dieser Ratssitzung - wir haben eine Geschäftsordnung, die das vorsieht - von Unmuts- und Protestäußerungen auf der Tribüne abzusehen ist.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 1.1 auf:

**1.1 Antrag der Fraktion Die Linke. auf Durchführung einer Aktuellen Stunde betreffend „Ankauf eines Häuserblocks in Köln-Chorweiler mit circa 1.200 Wohnungen durch die GAG Immobilien Gesellschaft“
AN/0779/2015**

Ich gebe das Wort an Herrn Detjen von der Fraktion Die Linke.

<**Jörg Detjen** (Die Linke.): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Neben dem Kita-Streik und den Protesten gegen die sozialen Kürzungen haben wir heute ein drittes brisantes Thema auf der Tagesordnung. CDU, FDP und Teile der Arbeitnehmervertreter haben gestern im Aufsichtsrat der GAG den Ankauf von 1.200 Wohnungen in Chorweiler blockiert. Ein schwarzer Tag für Köln!

Er erinnert an den 19.12.2002. Auch das war ein denkwürdiger Tag in Köln. Die Privatisierung konnte gegen die Machtpolitik von CDU und FDP verhindert werden. Die Stadt war in Bewegung. Die Mieterinnen und Mieter, insbesondere die der GAG, fürchteten den Ausverkauf von sozialem Wohnraum. Wenige Tage vor der Entscheidung stellte sich der Vorstand der GAG gegen die Macht von Biemann, CDU. Die GAG legte ein Sanierungskonzept vor. Der Plan des GAG-Vorstandes war ein wichtiger Baustein für den Erhalt der GAG und der darauffolgenden Festigung des Unternehmens. Es stand 1 : 0 für den sozialen Wohnungsbau. Die Mieterinnen und Mieter hatten wieder eine Zukunft. In den darauffolgenden Jahren stemmte die GAG mehrere große Projekte. Aus unserer Sicht wären noch mehr Projekte besser gewesen.

CDU und FDP waren kleinlaut. Jahre später wollten sie lieber vergessen machen, was sie beinahe angerichtet hätten. Gestern aber haben Liberale und Konservative die Katze aus dem Sack gelassen. Ihre Entscheidung, die Menschen in Chorweiler alleinzulassen, knüpft an ihre alte Privatisierungsideologie unumwunden an.

(Beifall bei der Linken sowie Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen - Niklas Kienitz [CDU]: Das ist doch Unsinn!)

Das, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, werden wir uns wieder nicht gefallen lassen. Wir werden gemeinsam dagegen vorgehen. Die Mehrheit des Rates - und dazu zählt auch Die Linke. - wird gemeinsam mit dem GAG-Vorstand, den Mieterinnen und Mietern, dem Mieterverein, den Gewerkschaften und den Menschen in Chorweiler für eine soziale Sanierung in Chorweiler kämpfen.

(Beifall bei der Linken und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Wir brauchen mehr geförderte Wohnungen, und wir brauchen lebenswerte Veedel mit guten Wohnungen und einer sozialen Infrastruktur. Wir werden den Miethaien das Handwerk legen. Wir werden nicht hinnehmen, dass die Mieterinnen und Mieter, aber auch die Stadt Köln in Chorweiler für schlechte Wohnungen hohe Mieten zahlen müssen.

(Beifall bei der Linken und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Ich rufe den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der GAG zu: Nutzen Sie jetzt die Chance! Lassen Sie uns gemeinsam eine starke GAG aufbauen! Lassen Sie uns in einer Zeit, in der Köln wächst, ein Unternehmen aufbauen, das nicht nur 42.000 Wohnungen, sondern 50.000 Wohnungen besitzt!

(Beifall bei der Linken sowie Teilen der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, Ihre Presseerklärung von gestern ist unterirdisch. Sie verlangen den - Zitat - „Abriss der maroden Großwohnanlagen“. Aber, meine Damen und Herren, wenn Sie die Häuser abreißen wollen, dann müssen Sie sie doch vorher erst einmal kaufen.

(Niklas Kienitz [CDU]: Da sind Sie auf einer Linie mit dem Oberbürgermeister!)

Oder wollen Sie sie etwa besetzen?

(Beifall bei der Linken, der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Sie schreiben, Sie wollen „keinen Cent in eine Bauruine investieren“. So, so! Wollen Sie selber Hand anlegen?

(Heiterkeit bei Teilen der Linken und des Bündnisses 90/Die Grünen)

Und dann schreiben Sie: In „unmittelbarer Nachbarschaft“ sollen neue Wohnungen errichtet werden. - Das wird dann aber sehr teuer. Erst übernehmen Sie die Hochhäuser und reißen sie ab, und dann kaufen Sie in der Nachbarschaft Grundstücke und bauen darauf neue Häuser. Das, meine Damen und Herren, kostet mindestens das Doppelte.

(Beifall bei der Linken sowie Teilen der SPD)

Damit treiben Sie die GAG und die Stadt in den Ruin. Das ist doch der Vorgang. Ihre Behauptung, unser Konzept würde die Stadt in den Ruin treiben, ist doch einfach lächerlich.

(Zuruf von der CDU: Ihre Rede ist lächerlich!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD, Grünen, Linken, Piraten und Freunden, lassen Sie uns gemeinsam für Chorweiler kämpfen. Wir dürfen die Menschen nicht im Stich lassen.

(Beifall bei der Linken sowie Teilen der CDU, der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen)

Der Oberbürgermeister soll gemeinsam mit dem Vorstand der GAG ein Konzept entwickeln, wie der Kauf und die Sanierung von 1.200 Wohnungen in Chorweiler rasch umgesetzt werden können. - Danke schön.

(Beifall bei der Linken sowie Teilen der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen)>

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön, Herr Detjen. - Als Nächster spricht Herr Ott, bitte.

<**Jochen Ott** (SPD): Herr Oberbürgermeister! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben schon in der letzten Ratssitzung über Chorweiler gesprochen. Wir wissen, dass Chorweiler eine lange Geschichte hat; Fehler über Fehler haben sich angehäuft. Seit gut sechs Jahren gibt es Menschen in dieser Stadt, die sich darum bemühen, dieses Problem zu lösen.

(Birgitta Nessler-Komp [CDU]: Viel, viel länger schon!)

Es ist ein dickes Brett, das es zu bohren gilt. Vor sechs Jahren haben sie sich auf den Weg gemacht, haben unter anderem auch den Umweg

über eine Enquete-Kommission im Landtag genommen, haben viele Gespräche geführt.

Ich bin dem Oberbürgermeister dankbar, der an dieser Stelle nicht nachgelassen hat, verschiedene Modelle zu prüfen: Genossenschaftliche Modelle sowie Modelle mit „guten“ Investoren wurden ebenso in Erwägung gezogen und geprüft wie die Möglichkeit eines Kaufs durch die öffentliche Hand, also die Stadt oder das Land. Die Lösung für Chorweiler, die heute auf dem Tisch liegt, ist zunächst in die zweite Runde geschickt worden. Jürgen Roters hat es vor zwei Jahren mit einem juristischen Kniff im Zusammenhang mit dem Versteigerungstermin geschafft, Zeit für uns alle zu gewinnen. Wir haben in den letzten zwei Jahren versucht, die Zeit zu nutzen.

Ich bin all denen bei der GAG und in der Stadtverwaltung dankbar, die in den letzten zwei Jahren versucht haben, an einer guten Lösung zu arbeiten. Eigentlich hat uns keiner zugetraut, dass es am Ende gelingen könnte, eine Lösung zu finden. Es gab viele schlaue Sprüche, aber es gab wenige konkrete Hinweise. Am Ende haben wir einen Weg gefunden.

Die GAG verfolgt seit Jahren den Weg einer transparent nachvollziehbaren Lösung, die für das Unternehmen wirtschaftlich tragfähig ist. Denn der Vorstand einer börsennotierten Aktiengesellschaft kann gar keinen Vorschlag machen, der wirtschaftlich nicht tragfähig ist.

(Martin Börschel [SPD]: So ist es!)

Insofern möchte ich mich an dieser Stelle ganz ausdrücklich bei den Vorständen der GAG bedanken, die diese transparent nachvollziehbare Lösung erarbeitet und aufgezeigt haben.

(Beifall bei der SPD, der Linken sowie Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Unter Hinzuziehung vieler externer Experten wurde dargestellt, wie der Weg aussehen könnte. Zu keinem anderen Thema gab es in den Gremien der GAG eine intensivere Debatte.

Insofern sage ich: Die Lösung ist gut. Sie ist wirtschaftlich vertretbar. Sie ist sozialpolitisch geboten. Sie ist auch haushaltspolitisch geboten, gerade wenn man an die Kosten denkt, die durch das Scheitern der Bemühungen in Finkenberg entstanden sind. Ich möchte mir gar nicht ausmalen, was ein Scheitern bei einem Objekt bedeuten würde, das doppelt so groß ist. Aus den drei genannten Gründen ist es geboten, die vorgeschlagene Lösung weiterzuverfolgen.

(Beifall bei der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen und der Linken)

Gestern Morgen war Gunther Adler, Staatssekretär im Bundesbauministerium, bei einem Stadtspaziergang vor Ort. Die Bundesregierung hat deutlich gemacht, dass sie bereit ist, auf Antrag Mittel für die Aufwertung des Wohnumfeldes in Chorweiler bereitzustellen. Deshalb ist es so wichtig, Herr Höing, dass wir in einem ersten Schritt bis zum 20. Mai einen Antrag auf Mittel aus dem nationalen Förderprogramm auf den Weg bringen. Der Staatssekretär hat in Aussicht gestellt, einen entsprechenden Antrag zu unterstützen. Nachdem die Bundesregierung so viele Städtebaufördermittel wie nie zuvor eingestellt hat, liegt es in unserer Verantwortung als Stadt, dafür zu sorgen, dass spätestens 2016 ein Konzept vorliegt, das auch über die Anfänge hinaus finanziert werden kann. Was das Land angeht, haben der Oberbürgermeister und ich persönlich mit Staatssekretär von der Mühlen über dieses Thema gesprochen. Ich bin der festen Überzeugung, dass all diejenigen, die Unterstützung angeboten haben, uns nicht alleinlassen werden. Sie werden uns helfen, weil sie wissen, dass Chorweiler weit über die Grenzen der Stadt Köln eine sozialpolitische und auch eine wohnungspolitische Bedeutung hat.

(Beifall von Michael Weisenstein
[Die Linke.])

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es liegt eine Lösung auf dem Tisch. Die Menschen setzen große Hoffnungen in die politisch Verantwortlichen. Das ist, wie wir schmerzlich wissen, längst nicht immer der Fall. Gerade die Menschen in Chorweiler, die sich allzu oft abgehängt fühlen, haben große Hoffnungen in diese Entscheidung gesetzt. Und was machen CDU und FDP nun? Sie spielen mit dem Feuer. Denn sie wissen ganz genau, dass die Zeit drängt: Der Insolvenzverwalter hat mehrfach darauf hingewiesen, dass er nicht ewig warten kann. Obwohl die Menschen einen Anspruch darauf haben, jetzt eine Lösung präsentiert zu bekommen, bieten CDU und FDP an dieser Stelle keine inhaltliche Alternative: Man verbindet die Ablehnung der vorliegenden Lösung nicht einem konkreten alternativen Vorschlag, sondern man ist nur grundsätzlich dagegen und entzieht sich der Verantwortung. Nach all den Jahren herumzuschwadronieren, man könne doch jetzt abreißen - das ist der Sachstand, den wir vor sechs Jahren hatten; heute sind wir weiter -, ist ein Schlag in das Gesicht der Menschen vor Ort.

(Beifall bei der SPD sowie Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Ich hätte mich gefreut, wenn viel mehr von Ihnen in den letzten Jahren bereit gewesen wären, sich Gedanken zu machen, sich auf den Weg zu machen, Gespräche zu führen, Initiativen anzustoßen. Aber nein, das alles ist nicht geschehen. Deshalb werden hier jetzt Nebelkerzen geworfen. Damit geben Sie von CDU und FDP Ihren Auftrag, an der Stadtpolitik mitzuwirken, auf. Das ist beschämend, gerade für eine Partei wie die CDU, die sagt, sie lebe diese Stadt.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir lassen uns davon nicht entmutigen. Der Einsatz für eine soziale Balance in Chorweiler geht weiter. Das Signal dieser Ratssitzung an den Insolvenzverwalter und an die Öffentlichkeit ist: Die Mehrheit des Rates der Stadt Köln möchte, dass es zu dieser Lösung kommt. Deshalb wird sie am Ende auch kommen.

Ich möchte - das mache ich normalerweise nicht, aber in diesem Zusammenhang darf ich das - einen Halbsatz aus einem Geburtstagsbrief zitieren, den mir mein Kollege Marcel Hafke von der FDP am Wochenende geschickt hat, über den ich mich sehr gefreut habe, weil ich finde, dass es in der Politik immer auch dazugehört, dass man abseits der Konflikte menschlich gut miteinander umgeht. Ich finde es spannend, dass er mir Folgendes geschrieben hat: Er wünscht mir vor allen Dingen die für Liberale so wichtige Eigenschaft, sich nicht hinstoßen zu lassen, sondern mutig den eigenen Weg zu gehen. - Also: Lassen Sie uns mutig den Weg gehen, Chorweiler wiederaufzubauen! - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und der Linken)>

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu Herrn Petelkau von der Fraktion der CDU.

<Bernd Petelkau (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sechs Jahre lang - ich wiederhole mich hier, weil ich das vor ein paar Wochen schon einmal gesagt habe - hat die SPD-geführte Stadtverwaltung die Menschen in Chorweiler vergessen. Sechs Jahre lang ist nichts passiert, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU - Widerspruch bei der SPD)

Jetzt herrscht rege Betriebsamkeit, weil wir Oberbürgermeisterwahlkampf haben.

(Lachen bei Teilen der SPD)

Doch hilft diese Betriebsamkeit wirklich, oder bleibt man mit dem Erwerb der Häuser in der vorgeschlagenen Form nicht weit hinter den Erwartungen zurück, die geweckt worden sind?

(Beifall bei Teilen der CDU)

Auf dem Tisch liegt zunächst der Vorschlag des Erwerbs zu einem symbolischen Kaufpreis. Dem könnten wir sofort zustimmen. Was aber auch auf dem Tisch liegt, ist der Vorschlag der Schuldenübernahme, meine Damen und Herren.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Hört! Hört!)

Wenn man die Diskrepanz zwischen dem Verkehrswert und diesen Schulden sieht, dann muss man als verantwortlicher Politiker auch schauen, ob das gerechtfertigt ist.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Die Frage ist, ob das Geld, das wir hier in die Hand nehmen, wirklich den Menschen zugutekommt.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Überhaupt nicht!)

Und das ist einer der Punkte, an denen wir als CDU Zweifel haben. Denn es ist eine Heuschrecke, die hier profitiert, und es ist die NRW-Bank, die profitiert.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Das ist keine Heuschrecke!)

Bei der NRW-Bank sitzt der SPD-Finanzminister als Verwaltungsratsvorsitzender ganz oben.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Hört! Hört!)

Bei der Heuschrecke, übrigens dieselbe wie damals bei den Wohnungen in Finkenberg,

(Martin Börschel [SPD]: Quatsch! Stimmt doch gar nicht! - Jochen Ott [SPD]: Fakten, Herr Kollege! Fakten!)

gab es damals dieses Beratungsprojekt eines prominenten Mitglieds des Landschaftsverbandes.

Und wir sollen jetzt hier das Geld auf den Tisch legen.

(Zurufe von der CDU: Unglaublich!)

Diese Zahlung wäre nur dann gerechtfertigt, wenn das Geld auch wirklich den Menschen zugutekommen würde.

(Beifall bei der CDU)

Aber, meine Damen und Herren, kommen denn in der Vorlage überhaupt die blühenden, hängenden Gärten vor, die im *Express* so herrlich grafisch dargestellt wurden? Nein, diese hängenden Gärten werden nicht kommen. Denn kein Cent aus dem vorgesehenen Betrauungsakt wird dafür zur Verfügung stehen. Es geht hier wirklich nur darum, die notwendigsten Instandhaltungen, vor allem im Hinblick auf den Brandschutz, finanziell abzudecken. Wir dürfen den Leuten nicht vormachen, dass mit diesem Geld Modernisierungen der Wohnungen, Schönheitsreparaturen oder Sanierungen des Umfelds finanziert werden können.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir geben die Finanzmittel nur an zwei beteiligte Kreditgeber. - Das ist das eine.

Wir als CDU haben immer gesagt: Uns geht es um die Menschen. Wir wollen, dass hier etwas passiert. Wir müssen die Diskussion erweitern; denn in den letzten sechs Jahren - da geht noch einmal eine Kritik an einen Teil der Verwaltung - ist dort nichts passiert. Andere Städte in Deutschland, im Osten, aber auch in Norddeutschland, haben die Gelegenheit genutzt, Wohnungen zu sanieren und ihre Städte voranzubringen. Das ist in Köln nicht passiert.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Man hat beispielsweise in Bremen, in Osterholz-Tenever, einzelne Objekte teilabgerissen und dadurch die gesamte Struktur der Anlagen verbessert. Das ist in Wahrheit die Situation: Andere Städte haben die Chance nicht verschlafen, Köln leider schon.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, die Stadtverwaltung hat einen Riesenwerkzeugkasten, um hier Dinge zu machen: Sie kann die Gebäude kontrollieren, Stichwort Brandschutz. Sie hat andere Möglichkeiten, etwas zu tun. Es ist aber nichts passiert.

Jetzt komme ich auf die Entscheidungsvorlage im Aufsichtsrat zurück. Ich habe in der letzten

Ratssitzung gesagt: Es gibt offene Punkte. Wir behandeln heute im nichtöffentlichen Teil die Beauftragung, einen Teil dieser Punkte zu klären. Aber es reicht nicht aus, Dinge zu beschließen, über die wir nur die Hälfte wissen. Wir wissen zum Beispiel heute immer noch nicht: Haben wir eine verbindliche Zusage hinsichtlich der EU-rechtlichen Vorschriften? Auch die steuerrechtliche Thematik ist nicht geklärt. Hier reden wir immerhin über 6 bis 7 Millionen Euro aus unserem Haushalt, die wir zusätzlich aufbringen müssen. Ich erinnere nur daran, dass wir in den nächsten Wochen und Monaten über Beträge diskutieren, die in die Zehntausende gehen, während wir an dieser Stelle vielleicht ohne Not 6 bis 7 Millionen Euro ausgeben.

Wir möchten diese Aktuelle Stunde mit einer Entschließung beenden. Wir schlagen vor, die Priorität auf die Verwendung städtebaulicher Mittel zu legen sowie die offenen Fragen zu klären. Ich habe immer gesagt: Wir als CDU werden uns einer Lösung nicht verschließen. - Aber wir werden hier auch nicht ungeahnte Risiken eingehen, zulasten der Stadtkasse und zulasten der Gesellschaft. Wir müssen die Dinge voranbringen.

Ich möchte noch einmal sagen: Der GAG-Vorstand - wir von der Fraktion haben ihn befragt - hat uns bestätigt, dass ausschließlich Reparaturen geleistet werden können, aber keine Modernisierungen.

(Beifall bei Teilen der CDU und der FDP)

Aber genau das brauchen die Menschen vor Ort, damit sie eine Perspektive haben. Ich glaube, uns alle eint dieses Anliegen.

Herr Detjen, ich möchte Ihnen klar widersprechen. Es mag sein, dass wir in der Vergangenheit die GAG als städtebauliches Instrument abgelehnt haben; aber wir haben diese Position korrigiert. Wir sehen die GAG als wichtigen Wohnungslieferanten in dieser Großstadt an, und dazu stehen wir auch, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Wir stehen zu dieser Entscheidung, und wir stehen auch für die Weiterentwicklung der Veedel. Aber wir wollen hier keine Schnellschüsse im Wahlkampf. Wir wollen eine solide Lösung, mit der wir unserer Stadt und vor allem den Menschen helfen können. - Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP)>

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Frau Jahn, bitte.

<Kirsten Jahn (Bündnis 90/Die Grünen): Wir geben hier wahrscheinlich kein besonders gutes Bild ab: Die ersten Besucherinnen und Besucher von den Sozialverbänden sind schon gegangen.

(Zurufe von der CDU)

Liebe Damen und Herren! Lieber Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist leider eine Farce, auf welcher lächerliche, durchsichtige Weise Sie, das heißt FDP und CDU, die Ablehnung des Vorschlags begründet haben. Gestern haben die beiden Ratsfraktionen von CDU und FDP den Erwerb der 1.200 maroden Wohnungen in Chorweiler abgelehnt. Ich zitiere aus der Begründung der CDU:

Auch bei einer Übernahme der maroden Wohnungen durch die GAG hätte eine massive Verstärkung der sozialen Schieflage gedroht. Schließlich hatte die GAG ausdrücklich erklärt, dass sie nur das Nötigste tun würde, um sicherzustellen, dass die Wohnungen nicht noch weiter verfallen und bald gänzlich unbewohnbar sind.

Sozusagen aus sozialer Nächstenliebe und für das Wohl der Menschen in Chorweiler, so will uns die CDU glauben machen, haben Sie den Erwerb abgelehnt.

(Katharina Welcker [CDU]: Genau darum!)

Die GAG, die sich auf eine breite Mehrheit im Rat stützen kann, wird die Wohnungen und Häuser instand setzen, den Brandschutz sichern, Schimmel beseitigen, Fahrstühle reparieren, Fenster reparieren, Briefkästen und Eingangsbereiche sanieren und ein umfangreiches Sozialpaket auflegen. Das beginnt bei der Schuldnerberatung und endet mit der Pflege der Außenanlagen, die sie auch noch leisten wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der Linken sowie Teilen der SPD)

Angesichts dessen von einer „sozialen Schieflage“ zu sprechen, ist absurd. Diese Maßnahmen als allernötigste Instandsetzungen herabzuwürdigen, finde ich beschämend.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen,
bei der SPD und der Linken - Zuruf von
der CDU)

Das Gegenteil ist doch der Fall. Das von der GAG natürlich auch wirtschaftlich durchgerechnete Engagement führt zu einer Stabilisierung und Verbesserung der Lebenssituation der Menschen in den Häusern. Es führt aber auch zu einer Verbesserung der Situation im gesamten Stadtteil Chorweiler, also dazu, dass der ganze Stadtbezirk Chorweiler aufgewertet wird und einen Imagegewinn erfährt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
sowie bei Teilen der SPD und der Linken)

Es geht also nicht nur um die Wohnungen; es geht hier um ganz Chorweiler. Auch Sie tragen hier eine Verantwortung.

(Teresa De Bellis-Olinger [CDU]: Und
was ist mit der Mieterhöhung?)

Die FDP erklärt uns, dass die Umsetzung des Vorschlags ein zu hohes Risiko für die Stadt birgt und es im Interesse der GAG sei, den entsprechenden Beschluss nicht mitzutragen. Aber wahrscheinlich wird uns die FDP gleich erklären, dass der Markt es regulieren wird. Nur stelle ich mir hier die Frage: Wie wird der Markt es regulieren, und was will der Markt?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der Linken)

Logischerweise will der Markt nur eines: Profite, und die maximal.

Die Kosten, die der Stadt dadurch entstehen, dass eine Immobilienheuschrecke die Häuser ersteigert und dann business as usual macht, wären immens: Die Mieten, die zu 80 oder 90 Prozent vom Sozialamt getragen werden, würden eingezogen, und es fände eben keine Instandsetzung statt, es gäbe kein Sozialpaket. So wird es der freie Markt regeln, und mir ist das nicht egal.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der Linken)

Gestern standen wir kurz vor einer Lösung, nach einem wahrlich langen und komplizierten Weg; das hat auch keiner heute bestritten. Seit Jahren wird um Lösungen gerungen. Wir haben immer das Ziel gehabt, die Versteigerung zu verhindern. Es gab Gespräche mit anderen Wohnungsbestandshaltern, es gab Gespräche, wie sich ein

Konsortium bilden kann; aber leider hat sich alles als nicht machbar herausgestellt. Aber gestern hatten wir die Lösung auf dem Tisch; gestern hatten wir eine Chance, in einem ersten Schritt zur Verbesserung der Lebenswirklichkeit von 4.000 Menschen beizutragen. Sie haben diese Chance vergeigt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
sowie bei Teilen der SPD und der Linken)

Dem Ruf nach einer Gesamtlösung schließen sich alle an. Wir waren es, die es im März so eingebracht haben und bestätigt haben, dass wir eine Gesamtlösung für Chorweiler brauchen. In der letzten Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses habe ich da nachgefragt. Es gibt nämlich eine Beschlussvorlage aus dem Jahre 2011. Das heißt, wir sind da dran.

(Bernd Petelkau [CDU]: Vier Jahre, Herr
Oberbürgermeister, vier Jahre ist nichts
passiert!)

Die Verwaltung wird - Herr Höing hat das auch bestätigt - das Nötigste in die Wege leiten, damit wir einen Schritt vorankommen.

All diese städtebaulichen Aufwertungen sind nötig. Wir müssen die überdimensionalen Straßenzüge zurückbauen. Wir müssen das vielfältige Engagement, das in Chorweiler vorhanden ist - wir haben ja ein gutes soziales Netz in Chorweiler -, weiter stützen. Wir brauchen auch die Kraft und die Unterstützung von kreativen Pionieren, Stadtteile aufzuwerten und interessant zu machen. Dazu können auch Künstlerinnen und Künstler beitragen, Menschen, die aus anfänglich wirklich unwirtlichen Räumen bunte und offene Räume machen. All diese Menschen brauchen wir, um den Stadtteil Chorweiler aufzuwerten. Ziel ist die Aufwertung des gesamten Stadtteils Chorweiler. Ziel ist es auch, die Stärken von Chorweiler herauszuarbeiten.

Wir müssen aber schrittweise vorgehen. Der zweite Schritt, ein Gesamtkonzept, geht ohne den ersten nicht. Der erste Schritt ist der Erwerb der Immobilien durch die GAG. Deshalb fordere ich die Stadtverwaltung noch einmal auf, trotz der Niederlage gestern im Aufsichtsrat alle rechtlichen Möglichkeiten zu prüfen und einen Weg zu finden, wie der Erwerb der Bestände durch die GAG und deren Instandsetzung unter Beachtung des erforderlichen Zahlenmanagements erfolgen können. Wir sind es nämlich den Menschen schuldig, eine tragfähige Lösung zu finden.

Ich bin ja bekanntlich Berufsoptimistin und gebe die Hoffnung nicht so schnell auf. An FDP und CDU würde ich gern appellieren: Gehen Sie noch einmal in sich und überdenken Sie Ihre Entscheidung! Dies, meine Herren und Damen, wäre nämlich kein Gesichtsverlust; dies wäre ein Zeichen von Größe und von Klugheit. Chorweiler braucht uns alle, die wir hier sind. Einen politischen Kleinkrieg braucht Chorweiler nicht, vor allem nicht die Menschen in Chorweiler.

Abschließend möchten wir darum bitten, die Aktuelle Stunde folgendermaßen zu beenden:

Der Rat der Stadt Köln missbilligt den Beschluss des Aufsichtsrats der GAG vom 11.05.2015,

(Zuruf von der CDU: Das geht doch gar nicht!)

den vom Vorstand vorgeschlagenen Erwerb von 1.200 Wohnungen in Köln-Chorweiler durch das Unternehmen abzulehnen. Die Angelegenheit wird daher zur weiteren Bearbeitung und zur weiteren Vorbereitung der notwendigen Beschlüsse an die Stadtverwaltung verwiesen.

Herr Oberbürgermeister, ich kann Ihnen das schriftlich geben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen sowie bei Teilen der SPD und der Linken)>

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Frau Jahn. - Wir kommen zu Herrn Breite von der FDP-Fraktion. Bitte schön.

<Ulrich Breite (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Verehrte Vorstände der GAG, Frau Möller und Herr Eichner! Eigentlich wollte ich am Anfang meiner Rede auf Jochen Ott eingehen. Aber da Kirsten Jahn gerade von blühenden Landschaften in Chorweiler sprach, möchte ich gern damit beginnen.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Das hat die CDU beschrieben!)

Ich war darüber schon ein bisschen verwundert, insbesondere wenn ich deine letzte Rede zu diesem Thema in Erinnerung rufe. Da warst du viel nachdenklicher

(Beifall bei der FDP und der CDU - Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Man kann ja auch lernen! Frauen lernen dazu!

und hast auch die Problematik der Beihilfe angesprochen. Jetzt musst du irgendetwas Gutes getrunken haben.

(Beifall bei der FDP und der CDU - Be-rivan Aymaz [Bündnis 90/Die Grünen]: Nur um etwas zu erkennen, muss man nichts trinken!)

Denn plötzlich werden aus einer Pinselstrichrenovierung - denn mehr ist es ja nicht, meine Damen und Herren - blühende Landschaften. Machen wir den Menschen doch nichts vor! Da entstehen keine blühenden Landschaften.

Wenn man einmal zusammenrechnet, was das kosten wird - über 80 Millionen Euro -, dann erkennt man: Das ist eine ganz schön teure Pinselstrichrenovierung. Kirsten Jahn, Fenster zu reparieren, das ist eine Selbstverständlichkeit; das gehört sich so.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Der jetzige Eigentümer macht aber nichts!)

Wenn du fragst, was das mit dem Markt zu tun hat, dann sage ich: Jawohl, hier fehlt der Markt, weil die Mieter hier keine Nachfragemacht haben. Das hat damit zu tun, dass sie selber die Miete nicht bezahlen können; für viele bezahlt die Stadt die Miete. Was dort fehlt, ist ein Mietmanagement, damit die Mieter - wie jeder gewöhnliche Mieter - den Vermieter anrufen können, um ihm zu sagen: So geht es nicht weiter.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Nicht die Mieter, sondern die Stadt Köln, die die Mieten bezahlt, muss dafür sorgen, dass das besser wird.

Liebe SPD, ich muss darauf zu sprechen kommen: Es sollte euch zu denken geben, wenn die Vertreter der Arbeitnehmerschaft im Aufsichtsrat zusammen mit FDP und CDU einem solchen Beschluss zustimmen. Bevor ihr hier dafür votiert, diesen Beschluss zu missbilligen, müsstet ihr mal wieder mit der Arbeitnehmerschaft, insbesondere bei der GAG, reden.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Meine Damen und Herren, es ist ein einmaliger Vorgang, dass die SPD - bei den Linken wundert

mich gar nichts mehr - die Ängste und Sorgen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der GAG einfach kaltschnäuzig vom Tisch wischt; denn sie haben ja Sorgen, die sie auch zum Ausdruck gebracht haben.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Unglaublich, so was!)

Ich kann auch nicht Andreas Kossiski, den DGB-Chef hier in Köln, verstehen, der diesen Beschluss als Skandal bezeichnet hat.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Berechtigt!)

Redet er gar nicht mehr mit Betriebsräten?

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Hoffentlich nicht!)

Weiß der gar nicht mehr, was hier los ist? Oder ist ihm sein Parteibuch näher als die Interessen der Arbeitnehmerschaft der GAG? Das möchte ich ihn fragen, nachdem er auf Facebook etwas dazu gepostet hat.

(Beifall bei der FDP sowie Teilen der CDU)

Herr Oberbürgermeister, ich war etwas überrascht. Normalerweise bekommen wir - das freut mich - Ihre Pressemitteilungen; aber dieses Mal konnte ich von Ihrer Kritik nur in der Zeitung lesen. Da war ich verwundert. Ich habe mal nachgefragt und erfahren: Sie geben bei Katastrophen, wie zum Beispiel Bombenfunden, keine normalen Pressemitteilungen heraus, sondern - das ist vollkommen richtig - schreiben die Redaktionen dann sofort an. Ihr schriftliches Statement bekommen wir dann nicht. Ob man einen Beschluss im Aufsichtsrat der GAG mit einem Bombenfund vergleichen kann, weiß ich nicht.

(Martin Börschel [SPD]: Eine Bombe haben Sie schon hochgehen lassen!)

Jedenfalls konnten wir nicht darauf reagieren, und das finde ich komisch.

Sie schreiben in Ihrem Pressestatement, Sie könnten nicht nachvollziehen, warum die Aufsichtsratsmitglieder, sowohl vonseiten der Stadt als auch vonseiten der Arbeitnehmerschaft, mehrheitlich so entschieden haben. Ich hätte erwartet, dass man, bevor man ein Pressestatement herausgibt und darin diesen Beschluss kritisiert, erst einmal bei den Aufsichtsratsmitgliedern anruft und nachfragt, warum sie sich so entschieden haben.

(Beifall bei der FDP sowie Teilen der CDU)

Ich meine, bevor der Oberbürgermeister sehr emotional schreibt, dass dies ein Affront ist, sollte er erst einmal nachfragen.

(Beifall bei der FDP sowie Teilen der CDU)

Für Sie sei die Entscheidung nicht nachvollziehbar, schreiben Sie weiter in Ihrem Pressestatement, das wir eigentlich gar nicht erhalten hätten. Da muss ich Ihnen sagen, Herr Oberbürgermeister: Wenn Sie wissen, dass der Deal die GAG mit 53 Millionen Euro und zusätzlich die Stadtkasse mit 32 Millionen Euro belasten würde, wenn Sie hören, dass es zu einer Mieterhöhung um 20 Prozent kommen müsste,

(Dr. Ralph Elster [CDU]: 20 Prozent!)

damit der Deal für die GAG überhaupt wirtschaftlich wird, und wenn Sie wissen, dass diese Mieterhöhung auf die Stadtkasse zurückfallen würde, weil die Mieten der meisten Mieterinnen und Mieter von der Stadt bezahlt werden, dann müssten Sie nachvollziehen können, welche Belastung damit verbunden wäre, und feststellen, dass die Aufsichtsratsmitglieder verantwortungsvoll entschieden haben. Da man zudem nicht weiß, wie mit der Umsatzsteuerproblematik umzugehen ist - das könnte die Stadt noch einmal 7 Millionen Euro kosten, denn die GAG hat schon vorher gesagt, dass die Stadt die Kosten übernehmen müsste -, kann ich schon verstehen, dass die Vertreter der Arbeitnehmerschaft, aber auch andere verantwortungsvolle Aufsichtsratsmitglieder sagen: Diese Risiken müssen wir bewerten. - Wir sagen: Die Risiken sind zu groß.

Erlauben Sie mir zum Schluss zu sagen: Wir hatten im Finanzausschuss und haben heute hier im Rat eine Vorlage, Herr Oberbürgermeister, in der es darum geht, dass von den Ausschüttungen der Stadtwerke - dafür hat die Kämmerin gekämpft - 60 Millionen Euro in den Haushalt fließen sollen. Wir haben im Finanzausschuss diskutiert, ob in die Rücklage der Stadtwerke gegriffen werden soll, wenn die Stadtwerke diese Summe nicht aufbringen können.

(Zuruf von der CDU: 8 Millionen!)

Ich kann davor nur warnen. Herr Oberbürgermeister, Sie werden dem Abfluss der Mittel und auch einer Entnahme aus der Rücklage der Stadtwerke vielleicht zustimmen. Wenn hier Ungewissheit besteht und ein Risiko für die Stadtkasse in Höhe von über 7 Millionen Euro hinzu-

kommt, aber Sie, Herr Oberbürgermeister, den noch schreiben, Sie könnten die Entscheidung des Aufsichtsrats nicht nachvollziehen, dann muss ich Ihnen sagen: Schauen Sie sich Ihren Haushalt an! Wer Verantwortung für diesen Haushalt übernimmt, darf nicht zusätzliche Risiken in Millionenhöhe eingehen. Eine Entnahme aus der Rücklage der Stadtwerke ist die schlechteste Botschaft, die wir hier aus dem Rat senden können. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP und der CDU)>

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zum nächsten Redner. Es hat sich Herr Wiener von der Gruppe pro Köln gemeldet.

<Markus Wiener (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Zuschauer auf der Rattribüne und im Internet! Es wurde hier schon einiges gesagt. Manches wurde aber noch nicht angesprochen. Bekanntermaßen ist pro Köln dafür zuständig, die Dinge zur Sprache zu bringen, die bisher unter dem Teppich gelassen wurden.

Der Stadtteil Chorweiler gehört bekanntlich zu den strukturell benachteiligten Gebieten in Köln mit überdurchschnittlich vielen sozial Schwachen und Hartz-IV-Beziehern. Im Zentrum von Chorweiler erleben wir seit vielen Jahren das dramatische Scheitern eines sozialistisch angehauchten Stadtentwicklungs- und Architekturprojektes. Die Menschen werden von diesen schrecklich seelenlosen Hochhausmonstern im DDR-Plattenbaustil förmlich erdrückt. Kein Wunder, dass viele, die es sich leisten konnten, inzwischen weggezogen sind! Neu hinzugekommen sind dagegen vor allem Einkommensschwache, Langzeitarbeitslose und Hartz-IV-Empfänger, darunter auch viele schlecht integrierte Migranten. Es hat sich eine regelrechte Abwärtsspirale entwickelt, die aus einer ursprünglich städtebaulichen Sünde inzwischen auch einen ethnisch-sozialen Brennpunkt mit hoher Kriminalitätsrate gemacht hat. Deshalb kann ich gerade als Kommunalpolitiker aus dem Stadtbezirk Chorweiler den Ärger der Linken über den nun nicht erfolgten Ankauf einiger besonders verwahrloster Hochhäuser durch die GAG nachvollziehen.

Lassen Sie mich an dieser Stelle einen kleinen Einschub machen. Ich sehe gerade, dass der geschätzte Kollege von der Piratenpartei, Thomas Hegenbarth, hier wieder ein Sparschwein aufgestellt hat, in das man Geld für ei-

nen guten Zweck einwerfen soll, wenn jemand von pro Köln spricht.

(Beifall von Lisa Gerlach [Piraten])

Ein sehr löblicher Ansatz, vor allem für jemanden mit einer so erstaunlichen parteipolitischen Karriere wie Thomas Hegenbarth! Vom ehemaligen Landesvorstandsmitglied der rechtspopulistischen Schill-Partei zum Linksausleger der Kölner Piratenpartei - das nenne ich mal eine Saulus-Paulus-Entwicklung. Es ist schon sehr erstaunlich.

(Zuruf von Thomas Hegenbarth [Piraten])

Herr Hegenbarth, es freut mich, dass Sie schon zu Zeiten, als ich noch in der CSU war, schon ganz rechts außen gefischt haben. Es ist aber sehr erstaunlich.

(Zuruf von Thomas Hegenbarth [Piraten])

Meine Damen und Herren, zurück zum Thema: Wir hätten bei einem Ankauf der Hochhäuser durch die GAG die Chance gehabt, die Optionen wieder in der Hand zu halten und diese großen Hochhausbausünden nicht in die geldgierigen Hände von Immobilienheuschrecken fallen zu lassen. Die Stadt Köln hätte damit natürlich auch die Möglichkeit gehabt, einen Rückbau zu prüfen; das, was von der CDU angesprochen wurde, ist völlig richtig. Wir kommen hier doch nicht mit etwas neuer Farbe an den Fenstern und irgendwelchen Schönheitsreparaturen weiter. Die Probleme reichen viel tiefer; es wurde detailliert angesprochen. Nicht nur städtebaulich reichen die Probleme tiefer, sondern auch hinsichtlich der Bevölkerungszusammensetzung und der sozialen Struktur in Chorweiler.

Wir brauchen hier deswegen einen ganzheitlichen Lösungsansatz. Nur so können wir die Situation in Chorweiler dauerhaft und nachhaltig entschärfen. Und, meine Damen und Herren: Wir können nicht einen Stadtteil im Kölner Norden abschreiben. Wir können nicht die Augen vor den Problemen verschließen. Dazu gehört eben auch, dass man beim Thema Chorweiler, aber auch bei allen anderen Themen Tacheles redet, dass man hier keine politisch korrekte Schönfärberei betreibt. Pro Köln macht dieses Spiel nicht mit. Deswegen ist pro Köln im Kölner Norden auch immer noch gut aufgestellt. Und deswegen werden Sie von den etablierten Parteien gerade auch im Kölner Norden und in Chorweiler bei den nächsten Wahlen wieder die verdiente Quit-

tung bekommen. - Vielen Dank, meine Damen und Herren.>

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann kommen wir zum nächsten Redner. - Herr Henseler, bitte.

<Andreas Henseler (Freie Wähler Köln): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren an den Bildschirmen und auf der Tribüne! Als teilnehmender Beobachter sind mir natürlich Hintergründe und Absichten im Zusammenhang mit der Entscheidung des Aufsichtsrates nicht bekannt; ich kann da immer nur auf das zugreifen, was in der Zeitung steht.

Trotzdem finde ich es sehr unglücklich, dass dieses für Chorweiler so wichtige Projekt in den Oberbürgermeisterwahlkampf hineingezogen worden ist. Ich finde das außerordentlich unglücklich, meine Damen und Herren,

(Beifall bei der FDP)

und ich glaube, dass ein Teil der Reaktionen nur auf diesen Umstand zurückzuführen ist. Dadurch gerät das, was im Zusammenhang mit diesem Projekt eigentlich wichtig und notwendig ist, ein Stück weit in den Hintergrund.

(Beifall von Marion Heuser [Bündnis 90/Die Grünen])

Wenn ich mir die Beschlussvorlage, die von FDP und CDU vorgelegt worden ist, anschau, kann ich nur sagen: Dem können wir als Freie Wähler zustimmen. Was ich nicht gut finde, ist eine Erklärung, mit der man den Aufsichtsratsbeschluss missbilligt. Ich finde, das ist ein falscher Ansatz,

(Beifall bei Teilen der FDP)

vor allen Dingen, weil man bestrebt sein sollte, eine gemeinsame Lösung herbeizuführen. Wenn ich ernst nehme, was Sie sagten, nämlich dass Sie eine gemeinsame Lösung anstreben, dann halte ich es für wünschenswert, am Ende dieser Aktuellen Stunde einen Beschluss zu fassen, der eine solche Lösung auch von der Sache her ermöglicht und bei dem man solche Spitzen wie eine Missbilligung tunlichst unterlässt.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, es gibt für die Freien Wähler zwei Punkte, die ein erhebliches Problem im Zusammenhang mit diesem Projekt deutlich

machen und nach meinem Dafürhalten vor einer endgültigen Beschlussfassung geklärt werden müssen. Hier ist mehrfach vorgetragen worden, dass wir es zu tun haben mit einer Ablösung von Schulden in einer Größenordnung von 53 Millionen Euro, dass wir es zu tun haben mit einer ungesicherten Steuerfrage in einer Größenordnung von 7 Millionen Euro, dass für dieses Projekt in den nächsten zehn Jahren etwa 32 Millionen Euro zusätzliche Mittel seitens der Stadt auszugeben sind. Dann sind wir bei einer Größenordnung von über 90 Millionen Euro - und das vor dem Hintergrund unserer Haushaltssituation. Über 90 Millionen Euro, meine Damen und Herren!

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Das steht doch schon lange fest! - Weitere Zurufe von der Linken)

Wenn ich dann höre, dass bei einer entsprechenden Beschlussfassung die erste Maßnahme der GAG sein würde, die Mieten in den betroffenen Wohnungen um 20 Prozent zu erhöhen,

(Beifall bei Teilen der CDU und der FDP)

dann frage ich mich: Wem soll damit eigentlich ein Gefallen getan werden?

(Michael Weisenstein [Die Linke.]: Den Leuten, die darin wohnen! Das wissen Sie doch genau!)

- Ob sie etwas davon haben, Herr Kollege Weisenstein, dass sie, noch bevor irgendetwas passiert ist, 20 Prozent mehr Miete zahlen müssen, wage ich zu bezweifeln.

Mein Appell wäre an der Stelle - deshalb habe ich mich auch gemeldet; damit will ich enden -, zu versuchen, gemeinsam eine Lösung zu finden, indem man bestimmte Punkte, die in der Vorlage von FDP und CDU festgehalten sind, aufgreift. Der letzte Punkt zum Beispiel - das will ich noch einmal deutlich machen - bedeutet ja nichts anderes als die Zusage, sich an einem solchen Projekt zu beteiligen, wenn bestimmte Klärungen erfolgt sind.

(Zuruf von Jörg Detjen [Die Linke.]

- Das steht hier, Kollege Detjen. Wenn sie das aufschreiben, dann nehme ich es ihnen erst einmal so ab. Dann muss man nicht unterstellen, dass das völliger Unsinn ist.

Mein Appell namens der Freien Wähler wäre, bei diesem wichtigen Projekt aufeinander zuzuge-

hen. Wir werden der Vorlage von CDU und FDP mit Blick auf eine solche gemeinsame Lösung zustimmen, weil wir es für wichtig halten, dass sie zustande kommt. In der letzten Ratssitzung habe ich dem grundsätzlichen Antrag für die Freien Wähler zugestimmt. Ich würde das heute hier beibehalten, allerdings verbunden mit dem Appell, jenseits vom Oberbürgermeisterwahlkampf zu versuchen, hier eine gemeinsame Lösung im Interesse der gesamten Stadt zu finden.

- Vielen Dank.

(Beifall bei Teilen der CDU und der FDP)>

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Henseler. - Es gibt noch eine Frage von Herrn Weisenstein an den Vorstand der GAG.

<**Michael Weisenstein** (Die Linke.): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen von der GAG! Es wurde hier jetzt von der einen oder anderen Fraktion so dargelegt, als hätte die GAG nur vor, ein bisschen frische Farbe und ein bisschen Fensterkitt anzubringen. Ich würde gerne von der GAG wissen, wie tiefgreifend die Renovierung, die Sanierung, die für Chorweiler vorgesehen ist, tatsächlich wäre. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie das hier kurz umreißen könnten. - Danke schön.>

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann gebe ich das Wort an Herrn Eichner. Bitte schön.

<**Uwe Eichner** (GAG): Verehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Danke, dass Sie uns Gelegenheit geben, auf Fragen zu antworten und einen Faktencheck zu betreiben. Ja, es ist richtig: Die Ausgabensituation stellt sich so dar wie vorhin dargestellt. Die Aufwendungen für den Ankauf betragen 50 Millionen Euro, für wen auch immer. Er ist die Voraussetzung dafür, Handlungen durchführen zu können.

Zu der konkreten Frage: Was will die GAG tun? Natürlich wird sie die Wirtschaftlichkeitsberechnungen, die laut Gesetz die Mieten in diesen Siedlungen bestimmen, vollziehen. Damit wird es zu einer Mieterhöhung von 50 Cent pro Quadratmeter kommen. Aber was tut sie dafür? Das Erste, was nicht erwähnt wurde - ich glaube, das ist wichtig -: Die GAG kümmert sich mit einem ausgeprägten Sozialmanagement vor Ort um die

Menschen, wie sie es bei den Mietern ihrer mehr als 40.000 Wohnungen heute auch schon tut.

(Beifall bei der SPD und der Linken sowie bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Zweiter Faktencheck: Wir werden in den nächsten zehn Jahren nahezu 38 Millionen Euro für außergewöhnliche Instandhaltungen aufwenden, damit nicht nur die Aufzüge funktionieren, sondern auch Sicherheitsmaßnahmen umgesetzt werden können, und das neben den Aufwendungen in Höhe von gut 14 Euro pro Quadratmeter, die in die normale Instandhaltung der Bestände fließen. Das ist die Grundvoraussetzung. Das heißt: Wir werden außerordentliche Aufholungen von Instandhaltungen durchführen.

Richtig ist: Wir werden und können nicht sanieren, jedenfalls nicht ohne Zuschüsse vom Land, vom Bund, vielleicht auch von der Stadt. Die Voraussetzungen für entsprechende Zuschüsse sind nicht gegeben. Damit kann der GAG-Vorstand sie nicht einplanen. Er kann allerdings sagen, was er für das Geld zu tun gedenkt, das er vom Rat der Stadt als Zuschuss braucht und das er letzten Endes für die Banken und die Gläubiger, die heute ihre Grundpfandrechte geltend machen, aufwenden muss. Das heißt: Wir versetzen die Wohnungen in einen Stand, in dem sie vermietbar sind, in dem die Bewohner sich darauf verlassen können, dass sich Hausmeister um Türen, Klingeln, Briefkästen und nicht nur um Farbe kümmern, sondern auch um das täglich Notwendige der vor Ort lebenden Menschen. Das war und ist die Aufgabe der GAG bei nahezu 50.000 anderen Wohnungen für 100.000 Menschen in dieser Stadt, und wir hätten auch die Verantwortung für Chorweiler übernommen.

(Beifall bei der SPD und der Linken sowie bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)>

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Eichner. - Es gibt noch eine Wortmeldung. Herr Börschel, bitte.

<**Martin Börschel** (SPD): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich wäre dankbar, wenn der Vorstand hier gleich, soweit ihm das möglich ist, vertiefte Ausführungen zur Wirtschaftlichkeit machen könnte, weil das bei den Debattenbeiträgen, die wir hier gehört haben, und den Presseverlautbarungen verschiedener Beteiligter aus dem Rat durchaus eine

Rolle gespielt hat, auch wenn ich fürchte, dass es nur vorgeschoben war.

Ich möchte daran erinnern, warum wir jetzt die Debatte nicht nur im Aufsichtsrat, sondern überhaupt führen müssen: damit es an dieser Stelle in Chorweiler weitergeht. Ich fände die Situation heute halb so unerträglich, wenn ich nicht genau wüsste, dass Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, es besser wissen, als Sie es heute hier vorgeben. Sie wissen doch ganz genau - mindestens so gut wie wir -, dass ein Zwangsversteigerungsverfahren droht und dass es nur eine Alternative zu dem jetzt von der GAG und von uns beabsichtigten Engagement gibt, nämlich die Zwangsversteigerung. Wenn die drohende Zwangsversteigerung durchgeführt wird, dann passiert doch genau das, was wir alle, zumindest bisher, vorgegeben haben, unbedingt vermeiden zu wollen, nämlich dass dieser Wohnungsbestand, in dem 4.000 Kölnerinnen und Kölner leben, in dem sie ihren Lebensmittelpunkt haben, den sie vielleicht sogar lieb gewonnen haben, an eine Heuschrecke gerät,

(Bernd Petelkau [CDU]: Das ist Quatsch!)

die dann dafür sorgt, dass über Mietsubventionen und Ähnliches auch noch öffentliche Gelder in einen verfallenden Bestand investiert werden. Das wäre ein Skandal, und das müssen wir verhindern.

(Beifall bei der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen und der Linken)

Sie, Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, tun das Gegenteil.

Ich will unbedingt vermeiden, hier einzelne Stadtteile in Köln zu diskreditieren. Aber wir wissen doch ganz genau, welche Ecken Kölns, welchen Stadtteil - ich sage es bewusst im Singular - wir vor Augen haben müssen, um zu erkennen, welche Zustände wir unter allen Umständen verhindern wollen. So weit ist es in Chorweiler zum Glück noch nicht. Wir haben es in der Hand, das zu verhindern. Es ist unsere verdammte Pflicht und Schuldigkeit.

Herr Kollege Henseler, Sie haben hier mit ein paar Krokodilstränen beklagt, dass die Angelegenheit in den OB-Wahlkampf gezogen worden sei. Dazu will ich Ihnen sagen: Das ist der einzige Punkt aus Ihrer Rede, bei dem ich Ihnen recht geben will. Es ist in der Tat ein Fehler, und es ist beschämend, dass es Menschen hier im Rat gibt

- es sind die Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP -,

(Lachen bei Teilen der CDU)

die es sich nicht verkneifen konnten, diese für die Menschen in Köln so wichtige Angelegenheit in einen Wahlkampf zu ziehen, nur weil sie einem Kandidaten, der sich hier verdient gemacht hat, das Schwarze unter den Fingernägeln nicht gönnen. Das ist schäbig, liebe Kolleginnen und Kollegen. Sie sollten zugeben, dass es genau so ist.

(Beifall bei der SPD und der Linken - Niklas Kienitz [CDU]: Da muss er selber lachen!)

- Entschuldigen Sie mal, ich bin freundlich zu Ihnen. Dass ich im Rahmen meiner Möglichkeiten freundlich zu Ihnen bin, werden Sie mir doch nicht vorwerfen wollen.

(Niklas Kienitz [CDU]: Das ist richtig!)

Wenn Sie, Herr Kollege Petelkau, hier den Vorwurf erheben, dass sechs Jahre lang nichts passiert sei, dann sage ich Ihnen: Das wissen Sie besser. Wenn Sie es tatsächlich nicht besser wissen, haben Sie die Komplexität sowohl von Kommunalpolitik als auch von wichtigen gesellschaftsrechtlichen Begebenheiten schlicht nicht verstanden.

(Beifall bei der SPD)

Es hat eben gedauert, all diese Dinge herauszufinden. Sie wissen, dass es anders ist.

Herr Kollege Petelkau, Sie sagten, die Stadtverwaltung hätte „andere Möglichkeiten“ gehabt, „etwas zu tun“. Dieses Zitat aus Ihrer Rede habe ich mir eben aufgeschrieben. Wenn Sie beklagen, sechs Jahre lang sei nichts passiert, dann frage ich Sie, was denn - verflucht noch mal - Ihr Vorschlag ist, was man denn anders machen könnte.

(Niklas Kienitz [CDU] hält ein Schriftstück hoch - Niklas Kienitz [CDU]: Hier!)

Der einzige Vorschlag, den Sie auf den Weg bringen, ist die Kienitz'sche Pressemitteilung von gestern. Schönes Foto - das gebe ich zu -, aber der Rest ist unterirdisch. Zu sagen, man möge erneut über einen Abriss der maroden Großwohnanlagen diskutieren, ist skandalös. Erstens müssten wir die Bestände dafür erworben haben, und zweitens ist diese Debatte längst vorbei. Das ist offensichtlich an Ihnen vorbeigegangen.

Das ist zynisch und ahnungslos und falsch. Sie wissen das ganz genau.

(Beifall bei der SPD, Teilen der Linken sowie von Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen])

Wenn Sie, Herr Kollege Petelkau, und Sie, geschätzter Kollege Breite, das, was die GAG hier vorschlägt, als „Pinzelstrichsanierung“ verunglimpfen und behaupten, es würde kein Cent in Umfeldmaßnahmen investiert, dann sagen Sie nicht die Wahrheit. Sie wissen, dass es anders ist. Wenn der entsprechende Beschluss vorläge, würde die GAG in Instandhaltung und Sanierung investieren, beispielsweise in die unmittelbar anliegenden Gärten. Sie würde dafür sorgen, dass menschenwürdiges Wohnen wieder möglich wird.

(Niklas Kienitz [CDU] : Keine Renovierung! Das ist unverschämt, was sie machen! - Katharina Welcker [CDU]: Das stimmt doch nicht! Das haben Sie doch gerade gehört!)

Sie würde schlicht und einfach dafür sorgen, dass zum Beispiel die Aufzüge mal wieder funktionieren, damit endlich alle Menschen ihre Wohnungen problemlos verlassen können. Das gehört zur Menschenwürde dazu, und das verhindern Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP.

(Beifall bei der SPD und der Linken)

Wenn Sie, Herr Kollege Breite, hier behaupten, es gebe kein Mietmanagement, dann will ich Ihnen ganz ehrlich sagen: Das Sozialbüro der katholischen Kirchengemeinde mit Frau Heidt an der Spitze versucht doch, genau das zu tun. Es hat sich darum verdient gemacht, in einer absolut beispielhaften Weise von bürgerschaftlichem Engagement.

(Beifall bei der SPD sowie Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen und der Linken)

Es ist ein Schlag ins Gesicht der Aktiven, dass Sie etwas anderes behaupten, Herr Kollege Breite. Das ist schäbig; das gehört sich nicht. Ich erwarte, dass Sie sich bei den bürgerschaftlich Aktiven in Chorweiler dafür entschuldigen.

(Beifall bei der SPD sowie Teilen der Linken)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will Ihnen sagen: Oberbürgermeisterwahlkampf hin oder

her, Profilierung hin oder her, die Schwierigkeit, einen als falsch erkannten Weg zu verlassen, hin oder her - ja, das ist kompliziert -: Bitte lassen Sie uns alle miteinander am Riemen reißen!

(Niklas Kienitz [CDU]: Meinen Sie wirklich, Ihre Rede trägt dazu bei, Herr Börschel?)

Nutzen wir die Chance, dafür zu sorgen, dass endlich menschenwürdige Zustände in Chorweiler herrschen! Das ist unsere Verantwortung, das ist Ihre Verantwortung, das erwarten die Menschen vollkommen zu Recht vom Rat der Stadt Köln. Deswegen erwarte ich von Ihnen, dass Sie sich an dieser Stelle bewegen, statt hier Unwahrheiten und Halbwahrheiten zu verbreiten, nur weil Sie etwas anderes im Schilde führen, als den Menschen in Chorweiler zu helfen. Sie geben einen Stadtteil auf, und das ist skandalös.

(Beifall bei der SPD sowie Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen und der Linken)>

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Breite hat sich als Erster gemeldet, danach Herr Petelkau.

<Ulrich Breite (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Da muss ich etwas entgegnen.

(Martin Börschel [SPD]: Das habe ich gehofft!)

Zunächst will ich sagen: Ich freue mich, so eine Wahlkampfrede von der SPD zu hören.

(Beifall bei der CDU - Martin Börschel [SPD])

- Das gehört sich so, Herr Börschel. Das haben Sie gut gemacht. -

(Birgit Gordes [CDU]: Das war ja auch der Kandidat!)

- Das war der Originalkandidat, jawohl.

(Lachen bei der CDU)

- Das kam nicht von mir; ich habe nur reagiert. Sorry!

Aber jetzt ernsthaft: Uns wurde Schäbigkeit vorgeworfen. Meine Damen und Herren, Herr Eichner hat hier ausgeführt, was die GAG mit diesem

Geld leisten kann. Als wir, aber auch die Fraktionen von CDU und Grünen und andere bei Herrn Eichner waren, hat er uns gesagt, dass er mit dem Geld außer Reparaturen, die ganz klar notwendig sind, insbesondere auch bei den Fahrstühlen, nichts weiter machen kann.

(Zurufe von der SPD)

Wenn Sie hier etwas anderes behaupten, nämlich dass mit diesem Geld alles saniert werden könne, dann hat Herr Eichner unserer Fraktion die Unwahrheit gesagt.

(Martin Börschel [SPD]: Sie subventionieren wieder, Herr Breite! Die Leute müssen aus ihren Wohnungen raus!)

Herr Börschel, entweder hat Herr Eichner recht mit dem, was er sowohl in dem Gespräch mit unserer Fraktion als auch hier gesagt hat, oder aber Sie haben recht. Verdrehen Sie hier nicht die Tatsachen! Das geht in der Form nicht.

(Beifall bei der FDP sowie Teilen der CDU)

Ich freue mich, dass es Menschen gibt, die sich in Chorweiler sozial engagieren und anderen Menschen helfen, insbesondere bei Mietverhältnissen, die nicht korrekt sind.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Da müssen Sie Frau Heidt auch mal einladen!)

- Selbstverständlich! - Aber ich bin der Meinung, dass die Stadt die Verantwortung für das Mietmanagement tragen muss. Sie bezahlt doch größtenteils die Mieten, und sie kann doch Konsequenzen ziehen, zum Beispiel in Form einer Mietminderung. Dann werden wir ja mal sehen, wie schnell der Investor reagiert.

(Beifall bei Teilen der FDP und der CDU)

Sie reden immer von Spekulanten und Miethaien in Köln. Meine Damen und Herren, die meisten, die zur Miete wohnen, haben immer noch einen privaten Vermieter. Fangen wir doch nicht an, hier die Atmosphäre zu vergiften! Wir brauchen doch alle, die investieren wollen. Wir werden gleich über das Wachstum der Stadt Köln reden. So können wir doch nicht mit den Investoren umgehen, meine Damen und Herren. Es gibt hier sicherlich Probleme; aber es ist falsch, alles nur zu verallgemeinern, um es im Wahlkampf nutzen zu können.

Der letzte Punkt. Herr Börschel, Sie sagten eben, CDU und FDP würden damit Wahlkampf machen. Ich kann mich noch entsinnen: Bevor der Oberbürgermeister eine Pressekonferenz dazu machen wollte, hat Herr Ott drei Tage lang versucht, eine Pressekonferenz abzuhalten. Er wollte dieses Thema nutzen. Wir haben nur gesehen, dass es in der vorgeschlagenen Form nicht funktioniert und wir da reagieren müssen, und das haben wir auch getan. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP sowie Teilen der CDU)>

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Jetzt Herr Petelkau, danach Frau Jahn, die sich auch zu Wort gemeldet hat.

<**Bernd Petelkau** (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Was wir gerade von Herrn Börschel gehört haben, war wirklich grotesk,

(Beifall bei Teilen der CDU)

und zwar deshalb, weil es genau der SPD-Oberbürgermeisterkandidat war, der das Thema überhaupt in die Öffentlichkeit gezogen hat.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Meine Damen und Herren, in den letzten sechs Jahren ist ja nichts passiert.

(Martin Börschel [SPD]: Das ist entweder ahnungslos oder infam, Herr Kollege!)

Gerade eben wurde zum Beispiel erwähnt, dass hier 2011 - wenn ich es richtig in Erinnerung habe, von allen Parteien - beschlossen worden ist, etwas für das Umfeld zu tun. Jetzt schreiben wir das Jahr 2015, und passiert ist immer noch nichts, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Teilen der CDU - Zuruf von der CDU: Nichts!)

Der eigentliche Skandal ist doch, dass man hier sechs Jahre lang die komplette Verantwortung getragen hat, aber nichts für die Leute gemacht worden ist. Das gilt auch für die Kontrolle des Bestandes. Wenn es Brandschutzmängel gibt, dann hat die Stadt die verdammt Aufgabe, die Dinge im Rahmen der Bauaufsicht zu kontrollieren. Was ist denn da passiert? Nichts ist passiert.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Dann hätte man Gebäude stilllegen müssen.

Das Gleiche gilt für das Umfeld. Es reicht doch nicht aus, ein paar Blümchen in die Vorgärten zu pflanzen, um von einem guten Umfeld reden zu können. Da sind andere Maßnahmen erforderlich,

(Beifall von Susana dos Santos Hermann [SPD])

und das wissen Sie, Herr Börschel, ganz genau.

Hier geht es darum, die Situation falsch darzustellen, hier geht es darum, die Dinge so hinzubiegen, dass Ihr Kandidat im Oberbürgermeisterwahlkampf möglichst viel Rückenwind bekommt. Das ist die Wahrheit. Wir müssen aber der Verantwortung gerecht werden, die wir als Rat tragen, nicht nur für den städtischen Haushalt, sondern auch für die Menschen.

Der GAG-Vorstand hat hier ganz klar zum Ausdruck gebracht, dass das Geld, das wir als Stadt zuschießen würden, allenfalls reicht, um ein paar notwendige Reparaturen vorzunehmen. Es mag ja sein, dass es nicht nur für frische Farbe reicht; es könnten dann auch notwendige Reparaturen an Dach und Fach durchgeführt werden.

(Martin Börschel [SPD]: Dann behaupten Sie nicht das Gegenteil!)

Aber es reicht beispielsweise nicht für eine energetische Sanierung, für eine tiefgreifende Renovierung, die dafür sorgt, dass die Leute dort wieder gerne wohnen. Wer sich mit der Modernisierung vergleichbarer Bauten in anderen großen Städten befasst, der weiß ganz genau, dass eine solche Renovierung möglich ist. Aber dafür muss man Geld in die Hand nehmen. In den letzten Jahren wurde jedoch verpasst, entsprechende Mittel nach Köln zu holen, um Chorweiler und die anderen Bezirke entsprechend sanieren zu können. Das ist das eigentliche Problem, und dafür trägt die SPD-geführte Verwaltung die Verantwortung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Wahrheit muss Wahrheit bleiben.

Ich habe eben schon mal gesagt: Wir als CDU wollen, dass die Menschen in den benachteiligten Stadtteilen an unserer Gesellschaft teilhaben können und ein menschenwürdiges Umfeld haben.

(Susana dos Santos Hermann [SPD]: Während Sie alles dagegen tun! Unfassbar!)

Dafür bedarf es aber eines Straußes an Maßnahmen. Es ist notwendig, dass die Sachen nicht jahrelang liegen bleiben und dann hinterher großes Theater gemacht wird. Was nach der OB-Wahl geschieht, hängt davon ab, wie sie ausgeht: In dem einen Fall wird es angegangen, in dem anderen Fall nicht. Raten Sie mal, von wem die Sache nicht angegangen würde!

Es ist an der Zeit, dass wir an dieser Stelle zusammenrücken. Wir legen hier eine Entschließung vor - das ist unser Angebot -, und insofern ist es nicht richtig, Herr Börschel, dass wir keine Vorschläge vorlegen. Wir wollen zum Ende der Aktuellen Stunde ein klares Programm beschließen. Wir wollen, dass der Rat die Umfeldmaßnahmen in den Fokus stellt. Ich habe vorhin gesagt: Wenn die rechtlichen und sonstigen Fragen geklärt sind, dann werden wir die Diskussion noch einmal aufnehmen; aber die Hauruckaktionen im Aufsichtsrat und hier im Rahmen der Ratssitzung reichen nicht aus. Wir müssen alle Dinge im Detail klären, um unserer Verantwortung als Politiker für die Menschen und für den städtischen Haushalt gerecht zu werden. Dazu sind wir als CDU bereit. Aber dafür müssen die Voraussetzungen geschaffen werden. Das ist notwendig. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)>

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich gebe Frau Jahn das Wort. Danach würde ich gern Herrn Eichner bitten, sich im Hinblick auf die Wirtschaftlichkeitsberechnungen zu äußern. Anschließend kommen wir zum Schluss der Aktuellen Stunde.

<Kirsten Jahn (Bündnis 90/Die Grünen): Ich würde mich freuen, wenn wir die Debatte ein bisschen versachlichen würden. Mit Schaum vor dem Mund wird Chorweiler nicht besser.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen sowie bei Teilen der SPD - Zurufe von der CDU: Komm doch mal zur Sache! - Hau rein jetzt!)

Ich glaube, Herr Eichner muss uns gleich deutlich machen - das wäre gut, weil einige anscheinend nicht zugehört haben -, welche Maßnahmen denn genau geplant sind.

(Zurufe von der CDU)

- Können Sie mal zuhören? Danke. - Die Maßnahmen, die hier herabgewürdigt werden, sind für uns alle vielleicht normal. Es geht darum, eine funktionierende Klingelleiste, einen Briefkasten,

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Eine funktionierende Heizung usw.!)

ein gewisses Wohnumfeld zu haben, das nicht vermüllt ist. Das sind für uns Gott sei Dank normale Wohnsituationen. Aber es gibt ganz viele Menschen in dieser Stadt, für die das alles andere als normal ist, für die es eine große Verbesserung wäre, wenn der Müll endlich weggefahren würde,

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen, der SPD und der Linken)>

für die es eine Verbesserung wäre, wenn die Klingel funktionierte, für die es eine Verbesserung wäre, dass eine 80-jährige Dame nicht zu Fuß in den achten oder neunten Stock steigen muss, sondern den Aufzug benutzen kann.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
sowie bei Teilen der Linken)

Das sind für uns Gott sei Dank normale Dinge, über die hier despektierlich gesagt wird: „das gehört sich so“. Aber es gibt ganz viele Immobilienbesitzer in dieser Stadt, für die diese Dinge nicht normal sind, die sich darum nicht kümmern.

Mir wäre es wichtig, dass die GAG zum einen die Wirtschaftlichkeit darstellt und zum anderen sagt, welche Maßnahmen sie genau vorsieht. Das, was hier dauernd als „normal“ beschrieben wird, ist in Chorweiler und auch in vielen anderen Stadtteilen leider nicht normal. Danach würde ich das Ganze gerne beenden. Ich meine, das, was die CDU uns hier vorgelegt hat, ist ja das, was ich im Stadtentwicklungsausschuss auch schon gesagt habe, nämlich dass - -

(Dr. Helge Schlieben [CDU]: Dann können Sie ja zustimmen!)

Ich möchte Herrn Höing bitten, dass er noch einmal sagt, welche Maßnahmen jetzt anstehen, damit Chorweiler auch im Gesamtpaket verbessert werden kann.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)>

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Eichner, bitte.

<Uwe Eichner (GAG): Wir würden die Antwort gern zweiteilen: Frau Möller sagt etwas zum Maßnahmenpaket, ich zur Wirtschaftlichkeit.

Natürlich hat der Vorstand einer börsennotierten Aktiengesellschaft die Verpflichtung, dem Aufsichtsrat Vorlagen vorzulegen, von denen er überzeugt ist, dass sie wirtschaftlich sind.

(Martin Börschel [SPD]: Ja, so ist das!)

Das heißt: Einnahmen und Ausgaben, Liquidität und Ergebnisse werden über 15 Jahre und darüber hinaus bis zum Ende der Nutzungsdauer berechnet. Auch diese Zahlen lagen den Aufsichtsräten vor und wurden in der Sitzung auch nicht bestritten.

(Martin Börschel [SPD]: Hört! Hört!)

Zum Thema der Wirtschaftlichkeit, also der Frage der Risiken, die sich ergeben, die ja die Wirtschaftlichkeit im Wesentlichen bestimmen, kann man unterschiedlicher Auffassung sein. Aber das Maßnahmenpaket, das gleich vorgestellt wird, war nicht umstritten; es ist ausreichend. Um es noch einmal deutlich zu sagen: Wir wollen den Menschen eine ordentliche Wohnung verschaffen. Die entsprechenden Maßnahmen haben wir beschrieben.

(Beifall bei der SPD)>

<Kathrin Möller (GAG): Guten Tag, meine Damen und Herren! Ich möchte ein bisschen detailliertere Ausführungen zu dem machen, was hier verschiedentlich als „Pinselfstrichsanierung“ bezeichnet worden ist.

Mit den vorgesehenen 35 Millionen Euro wollen wir ein großes Paket von Maßnahmen durchführen. Dazu gehören die schon angesprochenen Brandschutzmaßnahmen als sicherheitsrelevante Maßnahmen. Damit sind Steigestränge und Rauchabschlüsse gemeint. Dies bedeutet, dass wir an jeden Steigestrang und auch an alle Bänder herangehen müssen.

Wir werden bei statischen Defiziten Mindestmaßnahmen an den Konstruktionen durchführen. Unser Gutachter hat sich jedes Gebäude angeschaut. An einem Gebäude ist es notwendig, die Balkone abzutrennen und durch neue zu ersetzen.

Nicht vermietbare Wohnungen - wir schätzen, dass das ungefähr 15 Prozent der Wohnungen sind - werden wir instand setzen, sodass sie wieder vermietet werden können. Das heißt: Entsorgung der Bodenbeläge, Instandsetzung der Wände, Instandsetzung der Küchen und der Bäder.

Richtig ist, dass wir die Treppenhäuser und alle Flure malermäßig herrichten werden, und zwar dauerhaft und langfristig.

Wir werden die Sanitäranlagen und Abluftanlagen herrichten. Wir werden die Heizungsanlage entsprechend optimieren. Wir werden die gesamte Stromanlage an den Stand der Technik anpassen.

Angesprochen hatte ich bereits die Estrichflächen in den leerstehenden Wohnungen, die 15 Prozent ausmachen. Dort werden die bestehenden Beläge ausgetauscht.

Daneben werden wir einen ganzen Teil von Fenstern und Balkontüren erneuern, und zwar immer dort, wo Wohnungen frei sind.

Wir werden neue Türen zu Fluchtbalkonen und Treppenträumen einbauen, um den Brandschutz zu verbessern. Wir werden darüber hinaus die Treppenhäuser und die Aufzugsanlagen erneuern, das heißt die notwendigen Brandschutzmaßnahmen, die wir auch mit der Stadt Köln abgestimmt haben, durchführen.

(Birgit Gordes [CDU]: Aber keine neuen Aufzüge!)

- Dort, wo Aufzüge erneuert werden müssen, werden sie auch erneuert.

Das ist das eine Paket mit einem Umfang von 35 Millionen Euro. Das ist keine Pinselsanierung.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der Linken)

Es ist wichtig, zu erwähnen, dass diese Maßnahmen mit unseren Sozialmaßnahmen Hand in Hand gehen. Wir schaffen ein Team von zwölf neuen Mitarbeitern der GAG, die ausschließlich für das Projekt Chorweiler zur Verfügung stehen werden. Wir wollen mit Conciergen dafür sorgen, dass der Vandalismus zurückgeht, der immer zu erhöhten Kosten für Instandhaltungsmaßnahmen führt.

Wir werden natürlich nicht nur diese außerordentlichen Maßnahmen der aufholenden Instandhaltung der Bestände durchführen, sondern

sie auch in unsere ganz normale Regelinstandhaltung eingliedern; das hat Herr Eichner gerade schon gesagt. Wir wollen knapp 15 Euro pro Quadratmeter - das ist auch nicht wenig - in die regelmäßige Instandhaltung und den dauerhaften, nachhaltigen Erhalt des Bestandes investieren.

(Beifall bei der SPD, der Linken sowie Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)>

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Es ist noch eine Frage an Herrn Höing offen, was die Umfeldmaßnahmen anbelangt.

<Beigeordneter Franz-Josef Höing: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Ich kann dazu gerne ein paar Ausführungen machen. Natürlich wäre es zu kurz gesprungen, sich nur mit einer Immobilie zu beschäftigen. Ich glaube, Chorweiler braucht insgesamt eine Perspektive, und sie muss sehr zeitnah entwickelt werden. Der sehr große Baustein, um den es hier geht, muss sich in ein Gesamtmosaik einfügen.

Ich glaube, die Diskussion über die wachsende Stadt kann auch Chorweiler eine Perspektive eröffnen. Wir müssen überlegen: Wie kann dieser Stadtteil auch für neue Bewohnergruppen interessant werden? Wie gehen wir mit dem Wohnumfeld um?

Wir versuchen im Moment, aus verschiedenen Kanälen Fördermittel zu akquirieren. Es gibt das Bundesprogramm „Förderung von Investitionen in nationale Projekte des Städtebaus“. Das werden wir mit einem entsprechenden Antrag - neben der Via Culturalis - auf den Weg bringen.

(Beifall von Jochen Ott [SPD])

Wie erfolgreich wir da sein werden, wird man sehen. Aber zumindest lohnt es sich, an der Stelle einen Versuch zu starten.

(Jochen Ott [SPD]: Richtig!)

Wir sind darüber hinaus mit dem Land in der Diskussion. Städtebaufördermittel sind sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene durchaus vorhanden. Es ist nicht das Problem, dass es keine Mittel gibt. Wir könnten sie auch an der Stelle einsetzen. Ich glaube, wir müssen spätestens im kommenden Jahr einen großen Werkstattprozess in Gang setzen, um eine Perspektive für den gesamten Stadtteil zu entwickeln. - Vielen Dank.

(Beifall bei Teilen der SPD, der CDU und des Bündnisses 90/Die Grünen)>

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank für diese Klarstellungen.

Wir kommen dann zum Ende dieser Aktuellen Stunde. Wie üblich, wird ein Beschluss gefasst, wie weiter verfahren werden soll.

Herr Petelkau hat für die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion eben schon vorgetragen, in welche Richtung es gehen soll. Dieser Vorschlag liegt Ihnen vor. Wir müssen ihn daher jetzt nicht mehr im Einzelnen diskutieren.

(Jochen Ott [SPD]: Es gibt zwei Vorschläge! - Martin Börschel [SPD]: Wir haben auch einen!)

- Langsam, langsam! - Also: Es gibt einen Vorschlag vonseiten der CDU und der FDP.

Dann gibt es einen Vorschlag von SPD und Grünen

(Jörg Detjen [Die Linke]: Und von den Linken!)

- und von der Linken; das haben wir eben schon festgehalten. Auch dieser Vorschlag liegt Ihnen vor.

(Zurufe von der CDU: Der liegt nicht vor!)

- Okay, ich höre gerade, die Vorschläge liegen Ihnen noch nicht vor. Dann machen wir es gründlich.

Ich verlese zunächst den CDU-/FDP-Antrag zur Beendigung der Aktuellen Stunde:

Die Verwaltung wird beauftragt:

1. auf Basis des Ratsantrages vom 14.07.2011 das Stadtentwicklungskonzept Chorweiler-Mitte weiterzuentwickeln und dieses bis zum Ende des Jahres 2015 vorzulegen,
2. im allgemeinen Bezug auf die Quartiersentwicklung von Chorweiler im Gesamten mögliche Förderprogramme darzulegen und auf ihre Anwendbarkeit zu überprüfen. Hierbei sind unter anderem die Programme Stadttumbau, „Soziale Stadt“, Aktive Stadt- und Ortsteilzentren, Städtebaulicher Denkmalschutz, Energetische Stadt-

sanierung, EFRE-Fördermittel, ESF-Programm und RL-BestandsInvest zu berücksichtigen,

3. die Durchführung städtebaulicher Sanierungsmaßnahmen, zum Beispiel Sanierungsgebiet nach § 136 Bundesbaugesetz, zu prüfen, um städtebauliche Missstände oder funktionale Schwächen zu beheben, wesentlich zu verbessern oder umzugestalten und gegebenenfalls weitere Städtebaufördermittel, die nicht unter Punkt 2 enthalten sind, in Anspruch zu nehmen,
4. in dem Zusammenhang die grundlegende städtebaulich-architektonische Veränderung der Großwohnungsanlage zu prüfen und die noch offenen Fragen zu klären, damit gegebenenfalls einen Ankauf ordnungsgemäß und rechtssicher durchgeführt werden kann.

Soweit der Antrag vonseiten der CDU und der FDP.

Den Antrag von SPD, Grünen und Linken zur Beendigung der Aktuellen Stunde will ich ebenfalls vorlesen - er ist kürzer -:

(Birgit Gordes [CDU]: Das brauchen Sie nicht vorzulesen! - Gegenruf von Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, das wollen wir ordentlich haben!)

Der Rat der Stadt Köln missbilligt den Beschluss des Aufsichtsrates der GAG AG vom 11.05.2015, den vom Vorstand vorgeschlagenen Erwerb von 1.200 Wohnungen in Köln-Chorweiler durch das Unternehmen abzulehnen. Die Angelegenheit wird daher zur weiteren Bearbeitung und zur weiteren Vorbereitung der notwendigen Beschlüsse an die Stadtverwaltung verwiesen.

Dann kommen wir zur Abstimmung über die beiden Anträge.

Abstimmung über den Antrag von CDU und FDP. Wer dafür ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die CDU, die FDP, Herr Henseler, die Gruppe pro Köln und die AfD.

(Bernd Petelkau [CDU]: So viel zum Thema "gemeinsam"! - Gegenruf von Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Dann müsst ihr ehrlich sein!)

Gibt es dazu Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist das so abgelehnt.

Wir kommen dann zur Beschlussfassung zum Antrag von SPD, Grünen und Linken. Wer dafür ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der SPD, die Grünen, Deine Freunde, die Piraten und die Fraktion Die Linke. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist dieser Beendigungsantrag so angenommen. Die Verwaltung wird beauftragt, die Dinge weiter auf den Weg zu bringen.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen und der Linken)

Wir fahren in der Tagesordnung fort. Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

2 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften

Zu Tagesordnungspunkt 2.1:

2.1 Annahme einer Schenkung an das Museum Ludwig hier: Schenkung von zehn Fotografien aus China (um 1860) durch Herrn Dr. Detlef Siemssen 0802/2015

Gibt es dazu Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann darf ich mich ganz herzlich im Namen des Rates für diese Schenkung bedanken.

(Beifall bei Teilen der CDU, der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen)

Zu Tagesordnungspunkt 2.2:

2.2 Annahme einer Schenkung für das Museum Ludwig hier: Schenkung von 48 Fotografien von Andy Warhol durch die Andy Warhol Foundation 0952/2015

Wunderbar, kann ich nur sagen. - Ich sehe: Es gibt keine Gegenstimmen, nur Zustimmung. Ich bedanke mich ganz herzlich bei der Andy Warhol Foundation.

(Beifall bei Teilen der CDU, der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen)

Wir kommen nun zu zwei Anträgen unter Tagesordnungspunkt 3.1.1:

3.1.1 Antrag der FDP-Fraktion betreffend „Bevölkerungsprognose für Köln: Die

Herausforderungen einer stark wachsenden Stadt angehen“ AN/0735/2015

Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke. AN/0785/2015

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Sterck, bitte.

<Ralph Sterck (FDP): Werter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Köln wächst. Das ist eine gute Nachricht. Es handelt sich eigentlich um ein sogenanntes Luxusproblem, wenn man sich viele Städte, auch in Nordrhein-Westfalen, und Regionen in Deutschland ansieht, die das nicht von sich behaupten können.

Wir hatten in der vergangenen Woche die Auftaktveranstaltung für unser Wohnungsbauforum. Dort hat ein Kollege aus München die dortige Situation beschrieben. Man muss sich das einmal vor Augen führen: München ist von der Fläche her kleiner als die Stadt Köln und hat trotzdem 500 000 Einwohner mehr, hat also eine wesentlich höhere Einwohnerdichte, als wir sie haben. Aber niemand würde bestreiten, dass es in München eine hohe Lebensqualität gibt. Mit diesem Beispiel kann man den Menschen die Angst davor nehmen, dass die Zahl der Einwohner Kölns bis zum Jahre 2040 um bis zu 200.000 - das sagt das Land - oder um 150.000 - das besagt die städtische Prognose - ansteigen wird. Kollege Börschel hat anlässlich der Vorstellung der Prognose der Stadt hinsichtlich der unterschiedlich ausfallenden Prognosen - 150.000 bzw. 200.000 mehr Einwohner - auf Facebook gepostet:

Klingt vielleicht nicht viel, doch allein der Unterschied beider Prognosen ist so groß wie ganz Kleve oder Frechen ...!

Genau darum geht es beim ersten Punkt unseres Antrages. Wir sagen: Es kann doch nicht sein, dass es eine so große Schere zwischen den Prognosen von Stadt und Land zu solch einer wichtigen Frage gibt. Wir müssen dafür sorgen, dass es ein Verfahren gibt, um die Zahlen aus der Prognose unseres Zuschussgebers, der all das mitfinanziert, was wir hier in Köln machen wollen, mit den Zahlen unserer eigenen Prognose abzustimmen. Das ist der erste Punkt unseres Antrages: Die Stadt hat ihre Zahlen vorgelegt, das Land seine Zahlen vorgelegt; jetzt müssen

wir die Annahmen, auf denen sie beruhen, irgendwie untereinander abstimmen, damit wir eine gemeinsame Prognose erhalten.

(Beifall bei der FDP)

Der zweite Teil unseres Antrags wird anscheinend von breiten Teilen des Hauses geteilt. Wir fordern im Grunde einen Masterplan für das Jahr 2040, der aufzeigt, wie wir das Wachstum, das wir gemeinschaftlich mit dem Land feststellen, gestalten wollen. Ich habe dazu gesagt: Wenn Neubürger nach Köln ziehen, dann läuft es nicht wie etwa in Rio de Janeiro, wo man vielleicht in irgendeiner Wellblechhütte in einer Favela unterkommt. So funktioniert das in Deutschland Gott sei Dank nicht. Wer nach Köln kommt, braucht eine Wohnung; das haben wir auch gerade in der Aktuelle Stunde diskutiert. Wir müssen für die 150.000 oder 200.000 neuen Einwohner Wohnungen schaffen. Wir müssen technische und soziale Infrastrukturen schaffen. Straßen, ÖPNV, Schulen, Krankenhäuser - all diese Dinge müssen mit entsprechendem Vorlauf vorgehalten werden. Das ist der zweite Teil unseres Antrages: Wir fordern eine abgestimmte Planung aller Disziplinen im Hinblick auf das Bevölkerungswachstum bis zum Jahre 2040.

Das wird anscheinend von anderer Seite hier im Hause nicht bestritten. Denn uns liegt jetzt ein Änderungsantrag vor, bei dem die Wörter durch den Mixer gejagt wurden. Man will da dem Antragsteller keine Zustimmung gönnen. Man hätte ja durchaus vorschlagen können, abschnittsweise abzustimmen: Abstimmung über den ersten Teil, dann Abstimmung über den zweiten Teil. Aber nein, stattdessen wurden die Worte ein bisschen gemixt. Inhaltlich ist das, was die Änderungsantragsteller von SPD, Grünen und Linken hier vorschlagen, das Gleiche.

Was ich schade finde - deswegen werden wir Ihrem Änderungsantrag so nicht zustimmen können -, ist, dass Sie gerade den ersten Teil hinsichtlich der Abstimmung der Prognosen zwischen Stadt und Land unter den Tisch fallen lassen. Das halte ich für sträflich. Ich finde, dass man weder seriöse Stadtentwicklungspolitik noch seriöse Kommunalpolitik betreiben kann, wenn man sich nicht mit seinem Zuschussgeber, dem Land Nordrhein-Westfalen, darüber verständigt, mit wie vielen Einwohnern bis zum Jahre 2040 zu rechnen ist. Deswegen werde ich dafür, unserem Ursprungsantrag zuzustimmen, der diesen Aspekt enthält. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)>

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann gebe ich das Wort an Herrn Ott für die Fraktion der SPD.

<Jochen Ott (SPD): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Lieber Ralph Sterck, es gibt zumindest einen Punkt, in dem wir übereinstimmen, nämlich darin, dass Köln wächst und dass das auch gut so ist. Das ist eine Riesenchance für unsere Stadt. Es ist gut, wenn sich unsere Stadt darauf einstellt.

Wir haben in vielen Bereichen Konzepte entwickelt. Es kommt darauf an - das ist der Inhalt unseres gemeinsam vorgelegten Antrages -, dass die vorhandenen Konzepte fortgeschrieben und weiterentwickelt werden und vor allen Dingen der Umsetzungsprozess deutlich beschleunigt wird. Denn es ist ein Aspekt der Diskussionen im Wohnungsbauforum und darüber hinaus, dass die notwendigen Wohnungen eben auch gebaut werden müssen. Wir brauchen mehr Wohnraum in dieser Stadt. Wir haben uns damit auseinanderzusetzen, dass bei allen Wohnungsbauprojekten zunächst einmal eine kritische Debatte vor Ort stattfindet; denn Wohnungsbau ist grundsätzlich erwünscht, aber nie im konkreten Einzelfall. Deshalb ist es umso wichtiger, dass man die Chancen der wachsenden Stadt, die Chancen der Metropole Köln formuliert, um deutlich zu machen: Liebe Kölnerinnen und Kölner, das bedeutet auch, dass wir den Wohnungsbau vorantreiben müssen.

Wir müssen, anders als in der Vergangenheit, dafür sorgen, dass eine Metropole, die wächst, die verschiedenen Altersgruppen in den Blick nimmt. Wir sind eine Stadt der Kinder; wir werden eine der jüngsten Städte bleiben. 1.000 Geburten mehr im letzten Jahr bedingen aber auch einen Ausbau von Kita- und Schulplätzen. Allein schon die Einigung auf eine Fläche im Rahmen der Planung eines Schulbaus ist in bestimmten Stadtbezirken nicht so ganz profan, um es mal vorsichtig zu formulieren; denn wir wollen ja verhindern, dass man grundsätzlich dagegenhält. Nein, es kann nicht sein, dass diejenigen, die dringend auf den Bau von Schulen angewiesen sind, dann, wenn es darauf ankommt, bei Entscheidungen kneifen. Wir müssen als Politikerinnen und Politiker, als Rat der Stadt, die notwendigen Entscheidungen treffen.

Wir müssen die jungen Leute im Blick haben. Wir müssen darauf achten - wir haben es beim Gebäude 9 in Mülheim erlebt -, dass diese Stadt ge-

rade für junge Leute kreativ und spannend bleibt. Deshalb müssen Klubs und spannende Kulturorte erhalten bleiben. Wir müssen dafür sorgen, dass der Sport nicht an den Rand gedrängt wird, sondern dass bei allen Diskussionen um Lärm an Fußballplätzen, die den Feuilleton bestimmt haben, deutlich gemacht wird: Sport gehört ebenfalls zur wachsenden Stadt.

(Beifall von Michael Weisenstein [Die Linke.])

Wir brauchen also die Orte, die diese Stadt lebendig und kreativ machen, insbesondere auch, um junge Leute anzusprechen, aber nicht nur.

Die Sandwich-Generation, die in unserer Stadt ebenfalls zunehmend vertreten ist, ist diejenige, die insbesondere die Mobilität und die gute Lebensqualität in den Mittelpunkt stellt. Das bedeutet, dass man nicht nur in Sonntagsreden von der Mobilität der Zukunft sprechen sollte, sondern sie auch konkret umsetzen sollte, statt sich vor Ort um jeden Autoparkplatz zu streiten. Wir müssen uns fragen: Was können wir tun, damit sich diese Stadt vernünftig entwickelt?

(Beifall bei Teilen der SPD sowie von Michael Weisenstein [Die Linke.])

Hinsichtlich der Altersgruppe der Seniorinnen und Senioren sollten wir uns darauf gefasst machen, dass es mehr hochbetagte, ältere Menschen geben wird und wir ihnen ansprechende Angebote machen müssen. Dazu gehört, dass wir die vorbildlichen Modelle, die es in dieser Stadt gerade im Bereich des Altenwohnens gibt, nicht leichtfertig aufs Spiel setzen.

Ich bin der festen Überzeugung, dass wir über Grundanlagen und Konzepte verfügen, aber jetzt prüfen müssen: An welcher Stelle müssen wir die Verfahren beschleunigen? Gleichzeitig müssen wir mit den Umlandgemeinden das eine oder andere ernste Wort sprechen. Denn es kann nicht sein, dass die Räte aller Umlandgemeinden ständig beschließen: „Wir wachsen nicht“, obwohl alle wissen, dass sie wachsen. Hier hat auch das Umland eine Verantwortung. Der Kollege aus München hat deutlich gemacht, dass ein solcher Prozess nur gemeinsam in der Region gelingen kann. Der Landtag Nordrhein-Westfalen eröffnet die Möglichkeit zur stärkeren Kooperation. Vielleicht müssen wir darüber nachdenken, wie wir das besser hinbekommen können. Aber Fakt ist: Die Umlandgemeinden dürfen nicht weiter so tun, als ob sie mit all dem nichts zu tun haben.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Insoweit ist die regionale Zusammenarbeit von besonderer Bedeutung. Dieser müssen wir uns annehmen.

Der Münchner Kollege hat auch gesagt: Es muss sowohl eine behutsame Innenverdichtung als auch eine Verdichtung an den Stadträndern stattfinden - dort, wo es möglich ist, ohne neue Solitäre zu schaffen, die nicht eingebunden sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin der festen Überzeugung, dass der spannenden Metropole Köln ein spannendes Jahrzehnt bevorsteht. Jetzt werden die Weichen für die nächsten 50 Jahre gestellt. Ich glaube, wir werden dem Ganzen mit unserem Vorschlag gerecht. Ich hätte mir gewünscht, es gemeinsam zu machen; aber das war ja von eurer Seite nicht gewollt.

(Niklas Kienitz [CDU]: Das stimmt ja gar nicht!)

Ich möchte noch eines sagen: Wenn wir in einer Situation wären, wie die Stadt München es ist, mit einem abgeschriebenen Atomkraftwerk und den finanziellen Rahmenbedingungen als Landeshauptstadt, dann wäre die eine oder andere Diskussion wahrscheinlich viel leichter. Wenn wir die Form der Einwohnerveredlung bekämen, die es in den Stadtstaaten gibt, wäre es auch leichter. So müssen wir es, wie all die Jahre zuvor, kreativ hinbekommen. Aber ich bin der festen Überzeugung, dass diese Stadt das Potenzial heben wird. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie von Michael Weisenstein [Die Linke.])>

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich gebe das Wort an Herrn Kienitz.

<**Niklas Kienitz** (CDU): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Köln hat großes Glück; denn Köln wächst. Es ist angesprochen worden: Wir stellen die Weichen der Entwicklung in den nächsten Jahrzehnten jetzt neu. Denn im Gegensatz zu anderen Städten und Regionen dürfen wir uns der Herausforderung stellen, einen Prozess des Wachstums voranzutreiben. Wir sollten die Chancen des Wachstums begreifen, ergreifen und nutzen.

Die aktuellen Zahlen des Landes gehen von einem Bevölkerungswachstum auf bis zu 1,234

Millionen Einwohner aus. Beide aktuell vorgelegten städtischen Varianten bestätigen die Prognose eines Wachstums der Kölner Bevölkerung. Insofern ist es richtig, liebe Kolleginnen und Kollegen der FDP, wenn man im ersten Teil anspricht, dass die beiden Prognosen abgestimmt werden müssen, damit wir eine belastbare Grundlage erhalten. Denn Handlungsbedarf - das kann man heute schon feststellen - ist so oder so gegeben.

Was ist zu tun? Welche Trends und welche Interessen sind zu berücksichtigen? Welche Strategie ist für das Wachstum von Köln die richtige? Wir wissen, dass viele Aspekte dabei zu beachten sind.

Nehmen wir die Mobilität: mehr Menschen, mehr Verkehrsaufkommen. Durch ein immer größeres Verkehrsaufkommen, nicht nur in der Rushhour, wird es zunehmend zu weiteren signifikanten Verkehrsbehinderungen auf Kölns Straßen kommen. Wenn wir über Bauvorhaben diskutieren - egal ob Zündorf-Süd oder andere Vorhaben -, ist die verkehrliche Erschließung immer ein Topthema, ein Problem, das die Menschen vor Ort umtreibt. Wir wissen, dass sich das Mobilitätsverhalten in vielerlei Hinsicht verändert, und dies erfordert intelligente Konzepte, nicht nur für Autofahrer. Wer in der Stadt schnell von A nach B kommen will, steigt bereits jetzt auf alternative Verkehrsmittel um. Die zukunftsfähigen Mobilitätskonzepte müssen eine reibungslose Intermodalität ermöglichen; denn der Wechsel zwischen den verschiedenen Verkehrsmitteln - sei es das Auto, die Bahn, die KVB, das Fahrrad, das Car-sharing, der Bus oder das E-Bike - darf kein Hindernis mehr darstellen.

Meine Damen und Herren, beim Thema „Wachsende Stadt“ geht es aber auch um die Schonung von Ressourcen. Eine wachsende Zahl von Einwohnern verlangt eine ressourceneffiziente Nutzung des gesamtstädtischen Systems. Als positives Beispiel ist hier die Klimaschutz- und Energieplattform SmartCity Cologne anzuführen. Die Förderung und der Einsatz erneuerbarer Energien, smarte Technologien im Kölner Stadtgebiet, Konzepte zur CO₂-Reduktion und Maßnahmen zur Energieeinsparung und zur Steigerung der Energieeffizienz gehen in Köln bereits jetzt in eine richtige Richtung, müssen aber noch verbessert werden. Nehmen wir etwa den Bereich des Klimaschutzkonzeptes: Ich glaube, da kann man sich immer noch besser aufstellen, vor allem vor dem Hintergrund, dass wir uns international zu bestimmten Zielen verpflichtet haben.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Intelligente Stadtkonzepte, meine Damen und Herren, müssen außerdem die Potenziale von Natur und Technik vereinen und ein Höchstmaß an Lebensqualität sicherstellen. Denn eines ist sicher: Wir müssen uns bei aller Diskussion - zum Wohnraum komme ich gleich noch - einer Dichtedebatte stellen; wir sprechen über Nachverdichtung und anderes. Aber wir dürfen dabei nicht die Lebensqualität in den Veedeln vernachlässigen. Kopenhagen, die Grüne Hauptstadt Europas 2014, hat durch ihre Umweltpolitik und die Verschmelzung von Landschaft und Stadt bereits eine herausragende Lebensqualität geschaffen. Die Verlängerung des Inneren Grüngürtels und damit die Vollendung von Adenauers Erbe ist nur ein positives Beispiel, wie dies gelingen kann.

Die Frage nach Wohnraum - es ist bereits angesprochen worden - ist zu klären. Die Zukunft Kölns liegt in der Erneuerung von innen heraus, in einer sukzessiven Optimierung der bestehenden Strukturen; denn die Zeit der großen Entwicklungskonzepte, bei denen großflächig auch ganze Stadtteile aus dem Boden gestampft wurden, geht zu Ende. Auch wenn Köln weiterhin neue Baugebiete entwickeln muss, kann der Bedarf an Wohnraum, besonders an bezahlbarem Wohnraum, derzeit nicht gedeckt werden. Wir haben uns mit dem Kooperativen Baulandmodell und anderen Maßnahmen auf den Weg gemacht; aber auch da müssen wir schauen, ob es nachhaltig greift.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Stadtplaner und Architekten müssen Pläne für den Umgang mit dem Bestand entwickeln. Die Strategie für die Bereitstellung von ausreichendem und bezahlbarem Wohnraum kann daher nur lauten - so wurde es auch im Wohnungsforum diskutiert -: Weiterentwickeln von brachgefallenen innerstädtischen Industrieflächen - wir entwickeln den Deutzer Hafen und haben dazu im letzten Stadtentwicklungsausschuss den entsprechenden Beschluss gefasst; der Mülheimer Süden ist ein weiteres Beispiel -, die Nachverdichtung von nicht effektiv genutzten Flächen - man darf auch mal höher bauen -, Entwicklungen am Stadtrand und die bereits angesprochene regionale Strategie.

Wir dürfen dabei nicht vergessen, dass dazu erforderliche Personal im Dezernat von Herrn Höing zur Verfügung zu stellen.

(Beifall bei der CDU und von Michael Weisenstein [Die Linke.]

Auch hier müssen wir die entsprechenden Prozesse anschieben; Baugenehmigungen und lange Beratungsschleifen bezogen auf unsere B-Pläne sind hier nur ein Thema.

(Beifall bei Teilen der CDU sowie von Michael Weisenstein [Die Linke.])

Ich komme zum Ende. Der demografische Wandel wird uns vor weitere Herausforderungen stellen. Deswegen, meine Damen und Herren, möchte ich alles in allem sagen: Wir glauben, dass das Wachstum Köln eine große Chance bietet. Das geht nur mit einer hohen Akzeptanz. Wir werden heute noch über die Beteiligungsprozesse reden, die wir hier auf den Weg bringen wollen. Wir benötigen also eine integrierte Handlungsstrategie, um die von mir angesprochenen Entwicklungen und Trends zu verwirklichen. Um das zu erreichen, braucht Köln an seiner Spitze keinen Baggerfahrer, sondern Frau Reker, die diese Prozesse klug, verbindlich und weitsichtig vorantreibt. - Danke schön.

(Beifall bei Teilen der CDU sowie von Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen] - Dr. Ralph Elster [CDU]: Ihr könnt ja wieder die zweite Runde aufmachen und Martin B. schicken!)>

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Frau Jahn, bitte.

<Kirsten Jahn (Bündnis 90/Die Grünen): Den letzten Satz unterstütze ich übrigens. -

(Beifall bei Teilen der CDU)

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Köln wächst, und das ist auch gut so. Das haben bis dato alle bestätigt. Die Wachstumszahlen brauche ich Ihnen nicht mehr vorzutragen; wir alle kennen sie. Wir alle wissen, dass Köln schneller wachsen wird, als bis dato angenommen. Wir alle wissen, dass dies eine Aufgabe für alle Politikfelder ist. Das ist nicht nur eine Sache des Bauens, sondern eine Sache der gesamten Stadtentwicklung. Damit meine ich die integrierte Stadtentwicklung.

Lassen Sie mich erst einmal grundsätzlich etwas zur wachsenden Stadt sagen. Es ist gut, dass wir wachsen. Wachsende Städte sind prosperierende Städte. Wachsende Städte sind lebendige Städte. Wachsende Städte sind attraktive Städte. Wachsende Städte sind auch beliebte Städte; sonst würden sie ja nicht wachsen. All dies ge-

fällt uns Kölnern, die ihre Stadt auf so wunderbare, manchmal auch wundersame Art und Weise lieben; wer das Kölner Liedgut kennt, weiß, was ich meine. Denn grundsätzlich steckt im Wachstum eine Chance - eine Chance, etwas zu verändern, etwas zukunftsweisend zu transformieren.

All unsere großen stadtentwicklungspolitischen Projekte - der Deutzer Hafen, zu dem wir heute Gott sei Dank einen Grundsatzbeschluss treffen, die Parkstadt Süd, bei der wir uns im Grunde einig sind, dass wir sie haben wollen, der Mülheimer Süden, der Ehrenfelder Güterbahnhof, die Porzer Mitte, das Deutzer Feld - begrüßen wir alle und heißen sie erst einmal gut. All diese Stadträume sind aber auch Räume, wo sich etwas transformiert, wo etwas passiert: weg von der Mindernutzung, hin zu urbanen Stadträumen, die gemischt und auch kompakt sind. All diese Veränderungen wären bei einer schrumpfenden oder stagnierenden Stadt gar nicht möglich. Die wachsende Stadt steht, wenn man es nachhaltig, qualitativ und klimagerecht macht, für Lust und Attraktivität. Wir alle sind von den großen Vorgaben elektrisiert. Wir alle sind von den großen Vorhaben, die vor uns liegen, begeistert und freuen uns auf die Entwicklung all dieser stadtentwicklungspolitischen Themen.

Die wachsende Stadt ist also mehr als Funktion, sie ist Emotion. Es gilt, die besondere Begeisterung für diese Themenfelder zu befeuern, damit wir von allen Seiten Unterstützung bekommen. Unsere Aufgabe als Rat ist es, das Wachstum nachhaltig und integriert zu betreiben. Ein einfaches „Bauen, bauen, bauen!“ geht nicht, weil dann die Gefahr besteht, dass man etwas verbaut.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Wir müssen nachverdichten, auch wenn es Lebensumfelder verändert. Aber Frischluftschneisen dürfen wir nicht verbauen. Vor allem die Baugebiete der 50er- und 60er-Jahre bieten ein großes Potenzial an Nachverdichtung. Dadurch verändern sich Stadtteile. Neue Qualitäten entstehen. Die Gesichter einzelner Stadtteile werden transformiert. Aber es entsteht auch etwas Neues, etwas Gutes vielleicht.

Wir müssen neue Flächen ausweisen und Wohnungen bauen. Aber es müssen gemischte Quartiere werden, in denen Arm und Reich, Alt und Jung zusammen wohnen können. Wir müssen neue Wohnformen und -konzepte ermöglichen, allein schon, weil der demografische Wandel

dies erforderlich macht. Wir müssen es machen, weil die Leute weiterhin in ihrem Veedel leben wollen.

Wir müssen unsere Kitas und Schulen so bauen, dass eine andere Nachnutzung möglich ist, dass die Räume, wenn der Bedarf nicht mehr da ist, für etwas anderes genutzt werden können.

All dies schaffen wir aber nicht, wenn wir nicht die passende Infrastruktur dafür haben, auch die Verkehrsinfrastruktur. Ohne Umsetzung des Strategiepapiers „Köln mobil 2025“, in dem ganz klar festgehalten ist, dass die Sanierung von Straßen vor dem Neubau stehen muss und wir alle Kraft in die Fahrradinfrastruktur stecken und den ÖPNV ausbauen müssen, werden wir es nicht schaffen. Der Modal Split ist notwendig.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses
90/Die Grünen sowie von Thor-Geir
Zimmermann [Deine Freunde])

Wir alle begrüßen Integration und Interkulturalität; denn wir wachsen nicht nur aus uns heraus, sondern auch, weil wir viel Zuwanderung erfahren. Es sind gerade die Stadtteile wie Kalk, Mülheim, Chorweiler, Finkenberger, Meschenich, die die ersten Anlaufstellen sind. Das sind sozusagen die Häfen, in denen die Leute ankommen. Diese Häfen müssen wir gut ausstatten, damit die Leute nicht abgehängt werden.

Alle ziehen nach Köln, weil sie in Köln eine Zukunft sehen, weil Köln attraktiv ist, weil Köln mit den Parks, dem Grüngürtel, den Freiflächen ein Gesicht hat, das anziehend ist, weil Köln attraktive Arbeitsplätze bietet. Ja, vielleicht ist Köln auch ein Gefühl.

Auch und gerade weil wir Verantwortung für diese Stadt tragen, müssen wir sensibel mit ihr umgehen, die Besonderheiten und Identitäten der Stadt herausarbeiten und nicht einfach alles wer verbauen. Für Köln haben wir einen reichhaltigen Maßnahmenkatalog: Es beginnt beim STEP Wohnen, geht über die integrierte Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung, „Köln mobil 2025“ und reicht bis zum strategischen Flächenmanagement. Wir haben also alle Zutaten, um vernünftig wachsen zu können. Wir müssen diese Zutaten aber mit Augenmaß einsetzen, damit wir nachhaltig und zukunftsweisend wachsen. Wir müssen uns Räume, die sich verändern und in denen gebaut wird, genau anschauen: Wie viele Wohneinheiten passen in welches Quartier? Wie hoch können wir dort bauen, oder muss es da etwas niedriger sein? Welche Räume sind für Menschen, und welche Räume sind

für Tier und Natur? Hier müssen wir kleinteilig und präzise sein. Jeder Stadtteil ist anders. Deshalb gibt es nicht eine Antwort, sondern einen Kanon von Antworten, und dieser Kanon muss gut abgestimmt sein.

Heute wissen wir auch, dass wir die Region brauchen. Die Region braucht Köln, aber wir brauchen auch die Region. Deshalb müssen wir auf die umliegenden Kommunen zugehen und mit ihnen an einem Strang ziehen.

Liebe Damen und Herren, ich bin mit Leib und Seele Jugendpolitikerin und werde auch nicht aufhören, das zu sein. Deshalb sage ich: Wir bauen heute; aber es ist nur sehr bedingt für heute und jetzt. Wir bauen für unsere Kinder, für unsere Enkel, für die nachfolgenden Generationen. Deren Zukunft müssen wir heute antizipieren. Deshalb plädiere ich bei allem Druck, den wir haben, für ein nachhaltiges und qualitativvolles Wachstum, damit Köln mit dann 1,2 Millionen eine attraktive Stadt bleibt. - Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der SPD)>

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann kommen wir zu Herrn Weisenstein von der Fraktion Die Linke.

<Michael Weisenstein (Die Linke.): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir alle haben gesagt, dass wir uns freuen, dass Köln wächst. Auch die Linke freut sich, dass Menschen aus aller Herren Länder zu uns kommen.

Es kommen junge Leute; es werden aber auch viele Menschen in Köln alt. Für die Alten brauchen wir mehr barrierefreie Wohnungen, und wir brauchen auch barrierefreie Infrastruktur. Wir brauchen eine kommunale Gesundheitsvorsorge für die ältere Generation. Deswegen brauchen wir zum Beispiel auch ein klares Bekenntnis zu den städtischen Kliniken, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der Linken.)

Für die jungen Zuwanderer brauchen wir Kitas, Schulen und Sportstätten, wie beispielsweise Schwimmbäder. Darüber haben wir schon viel diskutiert. Man musste hart darum kämpfen, dass die guten Bäder erhalten bleiben. Wenn wir wachsen wollen, können wir uns solche anstrengenden Auseinandersetzungen nicht mehr leis-

ten. Es muss allen klar sein, dass wir diese wichtigen Sportbäder brauchen.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, schon heute ist die Verkehrsinfrastruktur am Rande ihrer Belastung angekommen. Beim Ausbau des ÖPNV muss die Stadt mit der Unterstützung von Bund und Land kräftig investieren. Herr Schäuble muss endlich das Geld rausrücken, damit geplant für die Zeit werden kann, zu der die heutigen Fördergesetze für den ÖPNV keine Gültigkeit mehr haben.

(Beifall bei der Linken.)

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen, der Zuzug nach Köln wird aus allen Richtungen erfolgen. Menschen aus dem Umland, aus ganz Deutschland und auch Menschen, die aus ihrer Heimat nach Deutschland flüchten, werden zu uns nach Köln kommen. Wir heißen Sie alle willkommen.

(Beifall bei Teilen der Linken.)

Köln kann für die neuen Bürgerinnen und Bürger aber nur dann ein gutes Zuhause werden, wenn sie auch guten und preiswerten Wohnraum vorfinden. Die Stadt hat hier in den letzten Jahren einiges getan. Ich erinnere an das Stadtentwicklungskonzept Wohnen. Ein wesentlicher Bestandteil dieses Stadtentwicklungskonzeptes ist das Kooperative Baulandmodell. Da gibt es, wie wir spätestens seit der Beantwortung der Anfrage der Linken wissen - wir können sie gleich zumindest andiskutieren -, einen erheblichen Nachbesserungsbedarf. Ich möchte dafür werben, dass wir, wenn wir hier über Stadterweiterung und Zuwachs reden, nicht diejenigen vergessen, die hierher kommen und vielleicht nur 6,25 Euro Miete pro Quadratmeter zahlen können; an die müssen wir denken. Deswegen müssen wir uns das Kooperative Baulandmodell noch einmal genau angucken und es verbessern, so dass es tatsächlich die Wirkungen erzeugt, die wir brauchen.

(Beifall bei Teilen der Linken.)

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen die Stadt insgesamt für die Zuwanderung ertüchtigen. Das geht nicht, wenn im städtischen Haushalt nur gekürzt wird. Es muss kräftig investiert werden, meine Damen und Herren. Deshalb muss sich an der Einnahmesituation der Stadt etwas ändern. Nur so können wir den Zuwachs schultern. - Vielen Dank.

(Beifall bei der Linken.)>

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wie bereits gesagt, gibt es einen Ersetzungsantrag von SPD, Grünen und Linken, der Ihnen vorliegt. Da es sich um einen Ersetzungsantrag handelt, bitte ich um Aufmerksamkeit bei der Abstimmung. Wer für diesen Antrag von SPD, Grünen und Linken ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der SPD, das sind die Grünen, das sind Deine Freunde und Die Linke. Gibt es Enthaltungen? - Bei Enthaltung der Piraten ist dieser Ersetzungsantrag angenommen. Dadurch erübrigt sich eine Abstimmung über den Antrag der FDP.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt, nämlich 3.1.2:

**3.1.2 Antrag der Gruppe Piraten betreffend „Unterstützung von abgeordnetenwatch.de“
AN/0737/2015**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Hegenbarth.

<**Thomas Hegenbarth** (Piraten): Lieber Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Unterstützung von abgeordnetenwatch.de: Der Verein abgeordnetenwatch.de unter Schirmherrschaft von Frau Professor Dr. Jutta Limbach, ehemalige Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts und Präsidentin des Goethe-Instituts, ermöglicht eine öffentliche Form des Dialoges zwischen Bürgerinnen und Bürgern und der Politik. Um nicht mehr und nicht weniger geht es an der Stelle. Das geschieht auf allen Ebenen: im Bund, in den Landesparlamenten und in fast 60 kommunalen Parlamenten, übrigens auch international in sechs weiteren Ländern. Abgeordnetenwatch will Parlamente und Abgeordnete stärker in den Fokus der Öffentlichkeit rücken, umfangreichere und vollständigere Berichterstattung über Politik ermöglichen, einen einfachen und direkten Zugang zu politischen Informationen und mehr Transparenz sowie eine dauerhafte Beteiligungsmöglichkeit für Wählerinnen und Wähler schaffen.

Mit diesem Projekt können wir Flagge zeigen und der Bürgerbeteiligung sehr einfach und konkret Transparenz und eine Möglichkeit zum Dialog verleihen.

(Beifall bei Lisa Gerlach [Piraten])

Genau das ist uns besonders wichtig. Es geht uns um eine sinnvolle Ergänzung zu den Leitlinien, die im Augenblick zunächst einmal nur Absichtserklärungen sind und deren Umsetzung in einem langwierigen, wenn nicht gar jahrelangen Prozess erfolgen wird.

In unserem Antrag geht es um zwei Aspekte: Zum einen wollen wir eine geringe finanzielle Beteiligung, zum anderen die offizielle Unterstützung der Stadt erreichen; denn nur so können kommunale Projekte erhalten werden.

(Beifall bei Lisa Gerlach [Piraten])

Seit vielen Jahren engagiert sich dieser Verein für den Dialog, niedrigschwellig, überparteilich, schnell und unkompliziert, übrigens auch ohne Gewinnabsicht; denn Gewinne müssen gespendet werden.

Wir reden viel über Bürgerbeteiligung. So werden wir nachher unter Tagesordnungspunkt 10.27 über erste Schritte einer Beteiligungskultur für Köln bzw. einen Leitlinienprozess zur Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern entscheiden. Da werden die Stadt Köln und der Rat - da bin ich mir ziemlich sicher - ausdrücklich eine Beteiligungskultur begrüßen. Zitat:

Der Rat der Stadt Köln schätzt die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern als Ausdruck eines vielfältigen Bürgerengagements und als Basis für ein vertrauensvolles Verhältnis zwischen Verwaltung, Politik und Stadtgesellschaft.

Der Rat unterstützt deshalb ausdrücklich die Entwicklung einer Beteiligungskultur für Köln ...

Mitte 2011 haben wir Piraten hier in Köln übrigens abgeordnetenwatch.de eingeführt, und dies mit ausnahmslos ehrenamtlicher und überparteilicher Hilfe und ohne jegliche Notiz oder Unterstützung seitens der Stadt. Da ist doch mal ein Fazit fällig, wie es bei dem nachweislich seriösen und überparteilichen Angebot Abgeordnetenwatch mit dem vertrauensvollen Verhältnis zwischen Verwaltung, Politik und Stadtgesellschaft zwischen 2011 und 2014 ganz praktisch ausgesehen hat. Was passiert denn, wenn durch Stadt und Politik keinerlei Werbung und Unterstützung für eine bundesweit etablierte Form stattfindet? Von den 90 Ratsmitgliedern der letzten Legislaturperiode haben immerhin 23 ein eigenes Bild eingestellt. 31 haben Fragen gestellt bekommen, darunter drei, die sechs Fragen erhielten, zwölf,

die entweder eine oder mehr Fragen erhielten und auch beantwortet haben, und 16, die eine einzige Frage bekommen und diese nicht beantwortet haben. Aber Schwamm drüber! Das was der alte Rat. Jetzt bin ich voller Zuversicht und Hoffnung, gerade weil dieser Antrag für mehr Bürgerbeteiligung und damit für ein noch besseres und vertrauensvolleres Verhältnis zwischen uns und der Stadtgesellschaft sorgen wird. Selbst wenn es zu einer Verdreifachung der Bürgerfragen käme, so entspräche dies höchstens dem üblichen Tagesaufkommen an E-Mails im Postfach eines jeden Ratsmitgliedes, und das ist nun beileibe nicht zu viel kommunalpolitischer Arbeitsaufwand.

Gerade auch auf kommunaler Ebene wollen wir die Bürgerbeteiligung stärken; die Stadt wird komplexe und nachhaltige Leitlinien erstellen. Aber bei diesem einfachen Anfragetool wollen wir uns nicht beteiligen? Das wäre eine schwache Nummer und ein falsches Zeichen im Hinblick auf mehr Bürgerbeteiligung. Die engagierten Bürgerinnen und Bürger werden bei der Diskussion über diesen Antrag schon sehr genau schauen, ob ein Mehr an Dialog gewollt ist oder ob Bürgerbeteiligung nur ein Lippenbekenntnis bleibt, das man möglicherweise hinter einem Haufen von Absichtserklärungen und Leitlinien verstecken möchte. - Danke.

(Beifall bei Lisa Gerlach [Piraten], Teilen der Linken sowie bei Thor-Geir Zimmermann [Deine Freunde])>

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. - Wir kommen dann zum nächsten Redner. Herr Krupp für die Fraktion der SPD, bitte.

<Gerrit Krupp (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Zuhörer auf der Tribüne! Liebe Zuschauer im Internet! Liebe Frau Gerlach, lieber Herr Hegenbarth, es ist mir ein Anliegen, zu Ihrem Antrag durchaus ausführlich und differenziert zu sprechen. Wir werden den Antrag im Ergebnis ablehnen. Aber es gibt dazu doch etwas mehr zu sagen als ein bloßes Nein.

Einer der wichtigsten und sicherlich für uns alle spannendsten Aspekte an der Kommunalpolitik ist, dass sie im wahrsten Sinne des Wortes direkte Demokratie ist, und zwar nicht, weil sie im System nicht als repräsentative Demokratie angelegt wäre, sondern vielmehr, weil sie vom di-

rekten Kontakt mit den Bürgern und den Wählerinnen und Wählern vor Ort lebt.

Jeder von uns - ich glaube, das kann ich sagen - ist im Zweifel allwöchentlich in seinem Wahlkreis unterwegs. Dieser Wahlkreis umfasst häufig ein oder zwei Stadtteile; bei mir sind es zum Beispiel die wunderbaren Stadtteile Höhenberg und Merheim. Wir treiben uns sozusagen in unserer Freizeit auf diversen Festen und Veranstaltungen, bei Initiativen, bei Bürgerinitiativen, in Schulen, beim Tag der Demokratie etc. herum und nehmen dort die Anliegen der Bürger direkt auf. In diesem Sinne ist es direkte Demokratie. Häufig genug nehmen wir bei solchen Veranstaltungen auch - das sage ich in Anführungsstrichen - Arbeitsaufträge der Bürger direkt mit, aber auch Kritik, Anregungen und manchmal sogar Lob. Das alles ist sozusagen der Kern der Kommunalpolitik.

Nicht nur wir suchen die Bürger auf, sondern die Bürger suchen auch häufig uns auf. Es ist ja nicht so, als könnte der Kontakt zu uns nur gesucht werden, wenn man eine Plattform wie Abgeordnetenwatch dazwischenschalten würde. Andersrum wird ein Schuh draus: Wir machen den Bürgern vielfältige Angebote, den direkten Kontakt zu uns zu suchen. Wir schalten Anzeigen in den Ortsblättern, wir stellen unsere Kontaktdaten, unsere E-Mail-Adressen zur Verfügung. Wir haben auf der Seite stadt-koeln.de ein wunderbares Ratsinformationssystem, mit dem man ohne Weiteres blitzschnell herausfinden kann, wer der zuständige Ratsherr ist und wie man ihn kontaktieren kann. Wir halten Bürgersprechstunden ab, oft acht- bis zehnmal im Jahr, und sie werden durchaus rege genutzt. Herr Hegenbarth hat eben selbst gesagt: Das Posteingangsfach im Mailsystem ist häufig genug voll. Mit alldem ist viel Aufwand verbunden, den wir gerne betreiben, weil uns die Kommunalpolitik fasziniert, weil wir für die Menschen etwas erreichen wollen und weil uns der Austausch vor Ort die entsprechende Rückendeckung gibt.

All das betreiben wir aber ehrenamtlich. Es gibt in Deutschland keine größere Stadt, die einen rein ehrenamtlichen Rat vorhält. Das ist auch völlig in Ordnung so; das soll meinetwegen erst einmal so bleiben. Alle, die gewählt wurden, wussten, worauf sie sich einlassen. Wir haben aber nun einmal keine Abgeordnetenmitarbeiter. Das ist der entscheidende Unterschied zu den Ebenen des Bundestags, der Landtage und des Europäischen Parlaments, für die die Plattform Abgeordnetenwatch ursprünglich geschaffen wurde. Machen wir uns nichts vor: Häufig genug schreiben die Abgeordneten dort die Antworten

nicht selber, sondern lassen sie von ihren Mitarbeitern zumindest entwerfen und legen vielleicht am Ende noch die goldene Hand an. Diese Möglichkeit haben wir nicht. Wir müssen uns selbst dem direkten Kontakt mit den Bürgern stellen, und das ist auch gut so. Wie gesagt: Das macht die Faszination der Kommunalpolitik aus. Aber mir und uns - das kann ich für die SPD sagen - ist es wichtiger, vor Ort, in den Wahlkreisen, den direkten Kontakt zu suchen, selbstverständlich auch für Fragen per Mail zur Verfügung zu stehen und entsprechende Angebote zu machen, als auch noch die Plattform Abgeordnetenwatch dazwischenschalten, die für höhere Parlamentsebenen mit entsprechenden Mitarbeiterstäben geschaffen wurde.

Wenn es tatsächlich so ist, dass in der letzten Wahlperiode - wie Sie, Herr Hegenbarth, gerade gesagt haben - so wenige Anfragen über Abgeordnetenwatch an Ratsmitglieder gerichtet wurden, dann muss ich Ihnen ehrlicherweise sagen: Angesichts der aktuellen Haushaltssituation sind selbst die in Ihrem Antrag genannten Summen noch zu hoch. Das können wir dann auch nicht machen.

Abschließend möchte ich nochmals sagen: Wir werden diesen Antrag ablehnen. Das Letzte, was uns dabei leitet, ist, dass wir keinen Kontakt zu den Bürgern wollen. Ganz im Gegenteil: Wir suchen ihn ständig aktiv vor Ort. Kommunalpolitik lebt vom direkten Austausch vor Ort; er ist das das Faszinierende an der Kommunalpolitik. Auf dieser Ebene ist der Austausch mit den Bürgern noch möglich; auf Landes- und Bundesebene ist er allein schon aufgrund der Wahlkreisgrößen nicht mehr so intensiv möglich. Die Zeit, die ich für meine ehrenamtliche Tätigkeit aufwende, möchte ich in erster Linie für diesen direkten Kontakt verwenden. - Danke.

(Beifall bei der SPD)>

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. - Wir kommen zu Herrn Dr. Elster.

<Dr. Ralph Elster (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Piraten, hier geht es um einen Antrag, der grundsätzlich nicht verkehrt ist. Das Thema wird an vielen Stellen diskutiert. Abgeordnetenwatch hat sicherlich etwas Gutes. Als ich für den Landtag kandidiert habe, habe ich selbstverständlich den Fragebogen ausgefüllt und auch Anfragen, die über dieses Portal an mich gerichtet worden sind, beant-

wortet. Ich hatte damals, glaube ich, drei oder vier Anfragen, die über dieses Portal an mich gestellt wurden; aber ich hatte ungefähr 500 Anfragen, die über meine Internetseite an mich gestellt worden sind. Das zeigt schon - Herr Krupp hat es auch gerade thematisiert -, welchen Stellenwert unsere normalen Kommunikationskanäle für den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern haben.

Das wesentlichen Ziel, das Abgeordnetenwatch verfolgt, nämlich die Bekämpfung von Korruption und das Verhindern von Lobbyistentum, kann man sofort unterschreiben. Das gilt wohl auch für die Bundestagsabgeordneten. Gleichwohl gibt es ein wenig Kritik. Ungefähr 50 Bundestagsabgeordnete haben den Fragebogen nicht ausgefüllt, aus unterschiedlichen Gründen, die zum Teil nachvollziehbar sind. Man kann die Kritik an der einen oder anderen Stelle unterstützen. Aber wir wollen inhaltlich gar nicht so tief einsteigen.

Herr Krupp hat es auf den Punkt gebracht: Wir sind keine Abgeordneten. Das ist völlig richtig. Ich habe das als Landtagskandidat gemacht, weil ich im Falle einer Wahl Landtagsabgeordneter geworden wäre. Aber als Ratsmitglied - das muss ich ganz klar sagen - bin ich außerhalb des Fokus. Es heißt nämlich nicht „Kommunalpolitikerwatch“, sondern „Abgeordnetenwatch“. Genau das ist der Punkt. Es geht um Lobbyistentum, es geht um Dinge, um die ich mich als ehrenamtlich tätiger Politiker nicht kümmern muss: Ich muss als Kommunalpolitiker mein Einkommen nicht offenlegen. Mein Einkommen ist zu einem ganz wesentlichen Teil privatwirtschaftlich verdient; ich muss es nicht diskutieren.

Interessant ist ein weiteres Ziel, das Abgeordnetenwatch verfolgt, nämlich die Beschlusskontrolle. Ich bin nicht dafür bekannt, dass ich den Stadtdirektor bei jeder Gelegenheit lobe; aber wenn ich mir anschau, wie sich unser Internetangebot weiterentwickelt hat, Herr Kahlen, dann wird mir ganz klar: Da bleibt doch wohl kaum ein Wunsch offen. Man kann über zehn Jahre hinweg jeden einzelnen Beschluss, der hier im Stadtrat oder in den Ausschüssen gefasst worden ist, nachvollziehen. Man kann bei jedem einzelnen Beschluss, der mit bestimmten Mehrheiten gefasst worden ist, differenziert analysieren, welche Stimme von welcher Fraktion gekommen ist. Ich glaube, dass es einfach nicht notwendig ist, darüber hinaus - beispielsweise als Supervision - eine Beschlusskontrolle über Abgeordnetenwatch einzuführen. Ich glaube, das brauchen wir hier nicht.

Was wir vielleicht brauchen könnten - das haben wir schon einem Gremium diskutiert, in dem Sie auch Mitglied sind, nämlich im Unterausschuss Digitale Kommunikation und Organisation -, wäre eine bessere Suchmaschine. Wir könnten - das ist mein Vorschlag zur Güte, Herr Hegenbarth - das Geld, das Sie für die Unterstützung von Abgeordnetenwatch in die Hand nehmen wollen, dafür ausgeben, dass der Stadtdirektor eine bessere Suchmaschine einbauen lassen kann. Aber darüber reden wir im Rahmen der Haushaltsplanberatungen. Wir lehnen Ihren Antrag ab. - Vielen Dank.

(Beifall bei Teilen der CDU)>

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Dr. Elster. - Wir kommen dann zu Herrn Frank.

<Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Werte Damen und Herren! Lieber Herr Hegenbarth, die Piraten nehmen ja für sich in Anspruch, dass sie der Zeit voraus sind. Insbesondere beim Internet wollen sie ganz vorne dabei sein. Jetzt dienen Sie uns allerdings ein System an, das vor 15 Jahren entwickelt wurde; 2004 ist Abgeordnetenwatch an den Start gegangen. Diese Plattform hat für die kommunale Ebene nie eine Rolle gespielt. So war sie auch gar nicht konzipiert. Die Konzeption richtet sich an Landtags-, Bundestags- und Europaabgeordnete und zielt auf die Beobachtung und die Kommunikation von Berufspolitikern ab. Hier im Rat arbeiten wir aber nach wie vor ehrenamtlich, auch wenn dies der eine oder andere - ich auch - beklagt. Insofern verwechseln Sie die Ebenen.

Eben wurde von Herrn Elster schon darauf hingewiesen: In den letzten 15 Jahren hat es eine rasante Entwicklung im Bereich der digitalen Kommunikation gegeben, auf die ich hier nicht im Einzelnen eingehen will. Die Piraten behaupten ja, sie würden sich damit besonders gut auskennen. Sie wissen also, wie viele Kommunikationswege es gibt, um das gemeine Ratsmitglied zu erreichen. Diese Wege werden auch genutzt. Wir können es täglich sehen; denn wir müssen es täglich bearbeiten. Das Schöne ist aber - das ist der Unterschied zur Europa- oder Bundespolitik -: Man ist vor Ort; man kann dorthin gehen, wo die Leute sind, wo es einen Konflikt gibt, der gelöst werden muss, sei es ein Konflikt um einen Bebauungsplan oder um die Errichtung einer Kindertagesstätte. Das ist ja gerade das Vorteilhafte: das Unmittelbare. Das ist einer der Grün-

de, warum viele, egal in welcher Partei sie sind, Kommunalpolitik so faszinierend finden. Das ist immer noch der Reiz.

Insofern sage ich: Wir haben genügend Kommunikationswege, die wir beschreiten können. Sie wurden schon aufgezählt und sind allen bekannt. Es stellt sich daher wirklich die Frage, welchen Benefit Abgeordnetenwatch für die Kommunalpolitik bringen soll. Ich kann ihn nicht erkennen. Und ich merke: Auch die Bürgerinnen und Bürger konnten ihn bisher nicht erkennen. Die Plattform wurde ja schon einmal für Kommunalwahlen aktiviert, und die Beteiligung war äußerst bescheiden. Es gab nur wenige Anfragen, weil die Plattform für die kommunale Ebene kaum Bedeutung hat.

Da Abgeordnetenwatch insgesamt unter einem gewissen Bedeutungsverlust leidet, wird natürlich versucht, Kunden zu akquirieren, so wie es jedes Unternehmen tut. Jeder mag für sich beurteilen, ob man diesen Weg mitgeht. Aber ich denke, wir sollten keine zusätzlichen Ressourcen dafür verwenden, sondern unsere Ressourcen auf das konzentrieren, was für uns wesentlich ist, nämlich insbesondere auf den weiteren Ausbau von Open Data und der städtischen Internetplattform. Da sind in der letzten Zeit eine Reihe von Fortschritten zu verzeichnen.

Man darf auch nicht verhehlen, dass es in den letzten Jahren auch Kritik an Abgeordnetenwatch gegeben hat: hinsichtlich der Transparenz der Finanzierung und der Frage, inwieweit Abgeordnetenwatch für Werbung offen ist. Letzteres entspräche einer negativen Entwicklung, die wir von Facebook sattem kennen, auch wenn das sicherlich nicht in der Dimension auf Abgeordnetenwatch zutrifft. Aber auch damit muss man sich auseinandersetzen; aber das wird von Ihnen gar nicht thematisiert. Das finde ich ein bisschen schwach.

Sie haben es eben zugespitzt: Die Bürgerbeteiligung steht und fällt nach Ihrer Meinung damit, ob wir uns Abgeordnetenwatch anschließen. - Dazu muss ich Ihnen sagen: Das ist doch ziemlich absurd. Bürgerbeteiligung hängt nicht davon ab, ob wir als Stadt Mitglied bei dieser Plattform werden, sondern sie hängt entscheidend davon ab, ob wir den entsprechenden Prozess - das ist ein weiterer Punkt der heutigen Tagesordnung - tatsächlich allesamt befördern und uns dafür einsetzen. Das wird das Wichtigste sein. Im Übrigen steht es jedem Einzelnen von uns frei, Mitglied dieser Plattform zu werden. Dazu, denke ich, bedarf es nun wirklich keines Ratsbeschlusses. - Danke.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses
90/Die Grünen und der SPD)>

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Frank. - Dann kommt Herr Breite.

<Ulrich Breite (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich glaube, das war ein schönes Schlusswort von Jörg Frank. Jedem steht es frei, dort Mitglied zu werden, jedem steht es frei, dann auch dafür zu bezahlen. Dann bekommt man eine Sonderseite. So ist es gedacht; so machen es auch die Abgeordneten. Ich glaube, das ist keine Aufgabe der Stadt Köln. Darum, Herr Hegenbarth, werden wir uns diesem Antrag auch nicht anschließen. - Danke schön.

(Beifall bei Teilen der FDP und der
CDU)>

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Breite. - Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für den Antrag der Gruppe Piraten ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Piraten, Deine Freunde, die Fraktion Die Linke. und die Gruppe pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen zum Dringlichkeitsantrag unter Tagesordnungspunkt 3.1.3:

**3.1.3 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke. betreffend "Allgemeines Recht auf Energieversorgung"
AN/0782/2015**

Der Blick auf die Rednerliste zeigt: Es beginnt Herr Paetzold.

<Michael Paetzold (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit dem vorliegenden Antrag bitten die antragstellenden Fraktionen den Rat, eine Resolution an die Bundesregierung zu beschließen. Es geht uns darum, dass die Bundesregierung dringlich ein Konzept für den Kampf gegen die Energiearmut entwickelt. Das wollen nicht nur wir; das fordert übrigens auch die EU von der Bundesregierung.

Worüber reden wir eigentlich, wenn wir von Energiearmut sprechen? Es gibt eine landläufig akzeptierte Definition: Haushalte, die 10 Prozent ihres Einkommens für Energie ausgeben müssen, sind energiearm. Das klingt weniger dramatisch, als es ist. Aber am Ende der Abwärtsspirale, die solche Haushalte entlangtaumeln, steht die Stromsperre, und die ist wirklich dramatisch und überhaupt nicht lustig. Stellen Sie sich einmal bildlich vor, was es bedeutet, keinen Strom mehr zu haben: kein Licht, kein Herd, kein Backofen, also kein warmes Essen, keine Kühlschrank, also auch keine gekühlten Nahrungsmittel, ein Gefrierschrank, in dem die Sachen tauen, kein warmes Wasser, und die Wäsche kann man auch nicht mehr waschen.

Das kommt gar nicht so selten vor, wie Sie vielleicht denken. 2012 - das ist schon ein paar Jahre her - hat die Verbraucherzentrale NRW eine Umfrage bei 54 Energieversorgern in NRW gemacht. Sie haben berichtet, dass sie in 2010 62 000 Haushalten den Strom abgesperrt haben, weil Rechnungen nicht bezahlt worden sind. Rechnet man es auf die 110 Grundversorger in NRW hoch, dann kommt man für 2010 auf etwa 120.000 Haushalte in NRW, denen der Strom abgestellt wurde. Sie sehen, das ist wirklich kein kleines Problem. Die Zahlen dürften heute noch viel höher sein.

Wo liegen die Ursachen für Energiearmut? Zunächst einmal ganz banal: in der Armut an sich. Wer arm ist, der zahlt per se schon mal prozentual mehr von seinem Einkommen für die Energie. Das geringe Budget, das er hat, geht zum großen Teil dafür drauf. Da bleibt wenig übrig für das Leben, für die Bildung und für die Gesundheit.

Ein zweiter Grund ist: Arme Menschen wohnen nun mal in schlechten Häusern. Menschen, die nicht viel Geld haben, wohnen in schlechteren Wohnungen - Wohnungen, die nicht isoliert sind, die nicht saniert sind, die Fenster haben, durch die es zieht. Sie zahlen dann - das lässt sich ganz gut nachrechnen - pro Kubikmeter Raum per se mehr für Energie als andere Menschen, die in einer modernen, gut sanierten Wohnung leben.

Drittens. Arme Menschen haben alte Kühlschränke. Wer wenig zum Leben hat, hat wenig Geld, um es in moderne Geräte zu investieren, die wenig Energie verbrauchen - in Kühlschränke, Waschmaschinen und Wäschetrockner, um nur die größten Energieverbraucher zu nennen. Und so stehen in den Wohnungen armer Menschen eben uralte Kühlschränke, die deutlich

mehr Strom verbrauchen als moderne Kühlschränke. Ersetzt man einen alten Kühlschrank durch einen modernen Kühlschrank, kann man Stromkosten in Höhe von 100 Euro pro Jahr einsparen.

Der vierte und wichtigste Grund sind die Energiekosten. Ich muss es Ihnen nicht erzählen - Sie wissen es selbst vom eigenen Zuhause -: Die Energiekosten sind in den letzten Jahren immens gestiegen. Daran schuld ist auch das Erneuerbare-Energien-Gesetz, das den Strom verteuert hat. Das trifft uns alle; aber es trifft die Menschen, die wenig Geld haben, mehr als die Menschen, denen es besser geht.

Wenn man ein Problem hat, soll man sich immer zuerst an die eigene Nase packen: Was tun wir denn als Stadt gegen Energie-Armut? So ganz schlecht sind wir da gar nicht aufgestellt. Es gibt den Stromspar-Check, den die Caritas mit Unterstützung der Stadt macht. Da gehen sogenannte Stromsparelfen in Wohnungen von Leuten, denen es nicht gut geht, und geben ihnen Energiespartipps. Sie reden nicht nur, sie tun auch etwas: Sie bringen Energiesparleuchten mit. Sie bringen Steckdosenleisten mit, die man abschalten kann. Nach einem Energiesparcheck haben die Leute neue Technik im Wert von ungefähr 64 Euro in der Wohnung, und wenn alles gut läuft, können sie bis zu 141 Euro pro Jahr an Stromkosten einsparen. Das ist immerhin ein erster Schritt.

Die Stadt Köln, also wir, tut auch etwas. Wenn ein Mensch mit geringem Einkommen sich einen modernen Kühlschrank mit Triple-A kauft, bekommt er von der Stadt einen Zuschuss in Höhe von 150 Euro und kann damit die eben erwähnten 100 Euro pro Jahr einsparen.

Auch die RheinEnergie, unser Energieversorger, tut etwas: Sie macht eine aktive Schuldenberatung für diese Menschen, um Wege aus der Energieschuldenfalle aufzuzeigen. - All das tun wir.

Jetzt ist aber die Bundesregierung in der Pflicht, - nicht nur gegenüber uns, sondern auch gegenüber der EU. Steigende Energiekosten und steigende Armut können wir als Stadt kaum beeinflussen. Deshalb bitten wir die Bundesregierung in unserer - -

(Zuruf von Niklas Kienitz [CDU])

- Gibt es eine Nachfrage? - Gut, es ist Ihnen zu lang. Ich kann sofort zum Ende kommen. Wenn

Sie mir versprechen könnten, unserer Resolution zuzustimmen, wäre ich schon fertig.

(Beifall bei der SPD und der Linken)>

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön. - Dann kommt Frau Heuser, bitte.

<Marion Heuser (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Das Thema Energiearmut ist aufgrund steigender Energiepreise seit Jahren ein Problem für einkommensschwache Haushalte. Zwischen den Jahren 2002 und 2012 sind die jährlichen Kosten für Raumwärme und Warmwasser pro Haushalt um 43 Prozent gestiegen. Im Jahr 2013 gab es bundesweit circa 350.000 Strom- und Gassperren.

Der Rat der Stadt Köln hat daher in den vergangenen Jahren mehrere Projekte zur Bekämpfung von Energiearmut beschlossen, etwa den Stromspar-Check und den Ausbau der Verbraucherberatungen. 2011 wurde der Runde Tisch unter Mitwirkung von Vertretern der Verbraucherzentrale NRW, der Stadt Köln und dem Caritas-Verband ins Leben gerufen. Hier werden Ideen und Konzepte erarbeitet, um einkommensschwache Haushalte beim Energiesparen zu unterstützen.

Im Jahr 2012 gab es beispielsweise 10.000 Stromsperren in Köln. Davon betroffen waren zu circa 60 Prozent Rentner. Die demografische Entwicklung lässt zukünftig insbesondere für diesen Personenkreis nichts Gutes erwarten, da vor allem viele Frauen mit niedrigen Renten zu der Gruppe der von Energiearmut Betroffenen zählen werden. Auch die Zahl derjenigen Menschen, die von ihrem Einkommen nicht mehr ihre Wohnmieten, also auch nicht die Nebenkosten bezahlen können, steigt. Damit wird der Handlungsdruck erheblich verschärft.

Auf europäischer Ebene befasst man sich bereits seit 2002 im Rahmen des allgemeinen Rechts auf Energieversorgung mit dem Schutz benachteiligter Kunden auf dem Elektrizitätsmarkt. Im Februar 2015 wurden die Mitgliedstaaten schließlich dazu aufgefordert, in 2015 und 2016 neu gestaltete Rahmenbedingungen für die Energieverbraucher vorzulegen, in denen Mechanismen für besonders schutzbedürftige Verbraucher vorgesehen sind. Bis heute hat die Bundesregierung nicht darauf reagiert.

Um auch Geringverdienern und denjenigen, die auf Grundsicherung angewiesen sind, den Zugang zu Energie zu gewährleisten, müssen ökologischer Umbau und sozialer Ausgleich Hand in Hand gehen; denn es kann nicht sein, dass Menschen im Dunkeln stehen und sich kein warmes Essen zubereiten können.

Daher unterstützen wir als grüne Fraktion die Forderung an die Bundesregierung, ein Konzept im Kampf gegen Energiearmut zu entwickeln. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)>

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön. - Wir kommen zu Herrn Detjen.

<Jörg Detjen (Die Linke.): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir haben hier im Rat - der eine oder die andere wird sich daran erinnern - bereits einen Beschluss zum Thema Energiearmut gefasst. In den darauffolgenden Jahren ist auch einiges passiert; meine Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen haben es erwähnt.

Ein Projekt, das eigentliches Highlight, möchte ich hinzufügen, nämlich das Projekt der RheinEnergie in Meschenich. Dort wurden 660 Smart Meter installiert, mit denen man Stromsperren sozusagen hinauszögern konnte: Man konnte erreichen, dass den Mieterinnen und Mietern nicht der Strom gesperrt wurde, sondern nur die Leistung reduziert wurde, sodass sie immer Strom hatten. Dieses Projekt wird gerade evaluiert. Das war ein Weg, den wir zusammen mit RheinEnergie weitergehen wollten. Nur: Inzwischen sagt die Bundesregierung, dass sich weitere Investitionen in Smart Meter nicht lohnen. Deswegen wird uns dieser Weg, den wir schon frühzeitig eingeschlagen haben, künftig verbaut sein; da kommen wir nicht weiter.

In der ganzen Debatte spielte die Politik der EU immer eine große Rolle. Sie stand bei unseren Diskussionen hier im Rat vielleicht nicht unbedingt im Vordergrund, aber wir haben sie immer verfolgt. Man kann sagen: Jahr um Jahr hat die EU immer wieder deutlich gemacht, dass etwas gegen Energiearmut getan werden muss, und zwar von den Mitgliedstaaten. Es gab immer wieder Beschlüsse, Berichte etc. pp. Seit Februar 2015 - Frau Hoyer, es geht nicht um 2007, sondern um 2015 - gibt es eine neue Beschlusslage in der EU-Kommission, die besagt, dass sich die Bundesregierung in diesem oder im

nächsten Jahr endlich mit dem Thema Energiearmut beschäftigen und ein Konzept vorlegen muss.

Wir haben in unserer Resolution - noch einmal Dank an die Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen, dass es zu diesem gemeinsamen Antrag kommen konnte - extra offengelassen, welchen Weg man einschlagen könnte. In Belgien löst man dieses Problem zum Beispiel mit dem Modell einer Mindestmenge Strom. Dieses Modell wird auch von der EU immer wieder favorisiert. Wir haben es jedoch bewusst offengelassen, um nicht vorzugreifen, damit die Bundesregierung überhaupt etwas macht.

Die Anhebung der Hartz-IV-Regelsätze wäre zum Beispiel ein Baustein. Das wäre mir aber deutlich zu wenig. Allerdings könnte man der Bundesregierung dann nicht mehr vorwerfen, sie würde gar nichts machen. Da muss etwas passieren.

Es gibt eine Fachdiskussion auf EU-Ebene, die auf sehr hohem Niveau geführt wird. Man kann sagen: In Sachen Energiearmut können wir von Europa lernen und nicht umgekehrt - aufgenommen Köln mit unseren guten kleinen Projekten.

(Zuruf von Birgit Gordes [CDU])

- Ja, das muss man einfach mal sagen. - Für das Projekt Smart Meter hat die RheinEnergie - wir haben es mal überschlagen - ungefähr 400.000 Euro pro Jahr ausgegeben. Nun kann man natürlich sagen: Für die RheinEnergie war das nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Das mag sein. Aber für mich war es das nicht, sondern ein interessanter Dialog. Diesen Dialog werden wir auch fortsetzen. Wir werden an verschiedenen Punkten die Stellschrauben anziehen. Auf EU-Ebene passiert etwas, aber die Bundesregierung verweigert sich die ganze Zeit.

Noch ein Highlight zum Schluss - meine Damen und Herren, das wissen Sie vielleicht gar nicht -: Nachdem wir hier im Dezember 2007 den Beschluss zum Sozialtarif Strom und Gas gefasst hatten, hat Herr Gabriel, damals Bundesumweltminister, Folgendes gemacht: 2008, im Landtagswahlkampf in Niedersachsen, hat er den Sozialtarif zu seiner Forderung gemacht. Er hat gesagt: Jawohl, wir von der SPD sind für einen Sozialtarif. - Die SPD hat die Wahl in Niedersachsen damals nicht gewonnen. Er ist dann aber Minister geblieben und hat dieses Thema nicht weiterverfolgt. Ich will Herrn Gabriel eine Brücke bauen. Diese Brücke ist die EU mit ihren Be-

stimmungen und den Möglichkeiten, endlich etwas gegen Energiearmut zu tun.

(Zuruf von Dr. Ralph Elster [CDU])

- Ich habe noch 23 Sekunden Redezeit, nutze sie aber nicht aus. Ich bitte darum, unserem Antrag zuzustimmen. - Danke.

(Beifall bei der Linken.)>

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann kommen wir zu Herrn Petelkau.

<Bernd Petelkau (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir haben in Deutschland unter Führung der Bundeskanzlerin die Energiewende endgültig vollzogen und sind ein großes Stück weitergekommen. Eine Energiewende, die zum Guten führt, zeigt aber auch immer wieder erhebliche Schwächen. Das gilt sowohl für den unternehmerischen Bereich als auch für den Sozialbereich.

Heute haben wir eine Thematik aus dem Sozialbereich, die durchaus schwierig ist. Denn es hat sich gezeigt, dass die Energiekosten eines durchschnittlichen Haushalts in den letzten Jahren deutlich angestiegen sind, sodass auch der Bedarf an Kompensation größer wird. Es hat zwar Anfang Januar eine Anpassung des Hartz-IV-Regelsatzes gegeben; aber es ist abzusehen, dass das nicht ausreichend ist. Die Energieversorgung ist für die Teilhabe der Menschen an der Gesellschaft von großer Bedeutung. Höhere Kosten dürfen nicht dazu führen, dass wir den Leuten an anderer Stelle Geld wegnehmen, wir sie also innerhalb ihres Budgets allokieren. Es ist dringend erforderlich, dass hier etwas passiert. Deshalb können wir uns diesem Teil Ihrer Resolution anschließen und unterstützen die Forderung, dass vonseiten der Bundesregierung eine entsprechende Anpassung der Berechnung und Kalkulation des Hartz-IV-Regelsatzes erfolgt.

Des Weiteren ist es aber auch erforderlich - da bitte ich die Antragsteller, auch die andere Seite zu betrachten -, dass wir auch auf kommunaler Ebene Dinge voranbringen. Ich erinnere daran, dass die CDU seit langem eine Beratungsplattform für Energieeffizienz fordert, um die Dinge zusammenzuführen. Das hat Rot-Grün in der Vergangenheit immer blockiert. Es wäre schön, wenn wir hier weiterkommen; denn das würde uns helfen, die Probleme vor Ort zu lösen, statt sie immer nur nach Berlin zu verweisen.

Das Gleiche gilt für das Thema Altbausanierung. Es sind meist die Bedürftigsten der Bedürftigen - das haben wir vorhin in der Debatte um den Kauf von Häusern durch die GAG erlebt -, die den am schlechtesten isolierten Wohnraum nutzen müssen. Deshalb kann ich nur appellieren, dieses Thema aufzugreifen und entsprechende Maßnahmen zu unterstützen.

Grundsätzlich kann ich für meine Fraktion nur sagen - ich schöpfe das Redezeitkontingent jetzt nicht aus -: Wir schließen uns der Forderung an, dass man in Berlin darüber nachdenken sollte, ob eine Allokation, gegebenenfalls auch eine Umallokation, erfolgen kann. Ideal wäre natürlich für die städtische Seite, wenn wir einen zusätzlichen Ausgleich für die entsprechenden Kosten bekommen würden. Die Wohnraumkosten gehen künftig nicht mehr zulasten der Kommune. Ich glaube, dass wir hier ein ganzes Stück weiterkommen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)>

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Petelkau. - Frau Hoyer, bitte.

<Katja Hoyer (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Bevor ich heute in die Ratssitzung gekommen bin, hatte ich ein bisschen Sorge, nachdem ich die Tagesordnung gesehen hatte. Ich dachte mir, die einzigen Antragsteller sind heute die FDP und die Piraten, und von den anderen Fraktionen kommen keine Anträge. Aber ich muss sagen: Rot-Grün hat, wahrscheinlich auf Druck der Linken, noch die Kurve gekriegt. Denn wenn ich es richtig sehe, ist der Kollege Detjen von den Linken der Spiritus Recitor dieses Antrages.

(Zuruf von Dr. Ralph Elster [CDU])

Ich wollte vorhin nicht sagen, dass Energiearmut kein wichtiges Thema ist und wir uns deshalb nicht darüber unterhalten sollten. Aber allein schon am Titel dieses Antrags merkt man, dass er die Handschrift der Linken trägt. Da steht nicht etwa „Energiearmut“, sondern gleich „Allgemeines Recht auf Energieversorgung“. Da weiß man schon, aus wessen Feder der Antrag stammt.

Zum Thema Dringlichkeit - ich habe es zu Beginn der Sitzung schon angesprochen -: Natürlich weiß ich, dass dieser EU-Beschluss im Februar 2015 gefasst worden ist, aber wir diskutieren schon seit langem im Sozialausschuss darüber, Herr Detjen. Das Thema ist also nicht vom Him-

mel gefallen. Deswegen würde ich sagen: Dringlichkeit, na ja. Aber gut, wir haben darüber abgestimmt. Das Ergebnis akzeptieren wir.

Wir haben bei diesem Thema in der Stadt Köln gute Ansätze. Da möchte ich mich durchaus den Vorrednern von SPD, Grünen und Linken anschließen. Auch ich finde die Projekte der Caritas, der Verbraucherberatung und der Rhein-Energie sehr gut und lobenswert. Sie sind ein wichtiger Beitrag im Sinne der Menschen.

Allerdings müssen wir, wenn wir uns über das Thema Energiearmut unterhalten, auch über die Ursachen nachdenken. Wenn ich über die Ursachen nachdenke, komme ich zu einem anderen Schluss als Sie, Herr Paetzold; zumindest erkenne ich einen weiteren Aspekt. Der Strompreis ist ein politischer Preis, meine Damen und Herren. Das muss doch mal klar gesagt werden.

(Beifall bei der FDP)

Kohlepfennig, EEG-Umlage, staatliche Subventionen - das macht den Preis teuer. Wenn „die in Berlin“ nach Ihrer Meinung schon aktiv werden müssen, dann doch bitte auch bei diesem Thema, damit der Preis auf diese Weise sinkt.

(Beifall bei der FDP)

Dazu finden wir leider in diesem Antrag nichts. Deswegen haben wir auch Probleme, diesem Antrag zuzustimmen.

Sie fordern jetzt, dass die Bundesregierung aktiv werden soll. Wir als FDP haben überhaupt nichts dagegen, dass der EU-Beschluss umgesetzt werden soll. Aber dieser Beschluss soll in den Jahren 2015/2016 in den Mitgliedstaaten umgesetzt werden. Ich finde, das Tempo, das Sie hier an den Tag legen, echt bombastisch. Wenn wir hier in der Stadt Köln mit der Umsetzung von Beschlüssen immer so schnell wären, dann fände ich das prima. Aber ich habe nicht das Gefühl, dass wir bereits in dem Jahr eine Resolution schreiben sollten, in dem der Beschluss umgesetzt werden soll. Insofern kann ich auch nicht verstehen, dass CDU und SPD, die diese Bundesregierung tragen, ihr damit im Grunde genommen eine kleine Ohrfeige geben. Wir als FDP werden diesem Antrag nicht zustimmen. Wir finden das Thema wichtig, wir würden uns an der Diskussion auch beteiligen, aber nicht auf der Grundlage dieses Antrages. - Danke.

(Beifall bei der FDP)>

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Frau Hoyer. - Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Wir können dann zur Abstimmung kommen. Wer gegen den Antrag von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Linken ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist, wie angekündigt, die FDP. Gibt es weitere Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? - Enthaltungen von Herrn Henseler, von der AfD und von pro Köln. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Wir kommen jetzt zum Tagesordnungspunkt 4:

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Ich weise darauf hin, dass der Anfragende jeweils zwei Nachfragen stellen kann.

Zu Tagesordnungspunkt 4.1:

**4.1 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend „Kostensteigerungen bei Großprojekten“
AN/0166/2015**

**Antwort der Verwaltung vom 08.04.2015
0807/2015**

Die Antwort der Verwaltung liegt vor. - Ich sehe, es gibt keine weiteren Nachfragen.

Zu Tagesordnungspunkt 4.2:

**4.2 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend „Das Kooperative Baulandmodell und seine Gültigkeit für das Deutsche-Welle-Areal“
AN/0478/2015**

**Antwort der Verwaltung vom 08.04.2015
0928/2015**

Auch dazu liegt Ihnen eine Antwort vor. Es wurde von Herrn Weisenstein eben schon angekündigt, dass er dazu noch eine Nachfrage hat.

<Michael Weisenstein (Die Linke.): Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Höing, vielen Dank für die Beantwortung der Anfrage. Ich möchte mich bei meinen Nachfragen auf Punkt 1.4 Ihrer Antwort beziehen. Da heißt es:

... dem Planungsbegünstigten verbleibt mindestens ein Drittel des planungsbedingten Bodenwertzuwachses der

Grundstücke nach Abzug der Kosten/kostenrelevanten Verpflichtungen und Lasten.

Daraus ergeben sich für uns mehrere Fragen. Ich befürchte, ich bekomme sie nicht alle unter.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich habe ja gesagt: Zwei Nachfragen dürfen gestellt werden.

Michael Weisenstein (Die Linke.): Vielleicht werden es auch zweieinhalb, Herr Oberbürgermeister.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Kommt darauf an, wie umfangreich die halbe Frage ist.

Michael Weisenstein (Die Linke.): Ich muss mal sehen, wie ich es am besten formuliere. Aber ich bemühe mich redlich.

Die erste Frage: Wie können wir als Politik, die wir den Beschluss zur sozialgerechten Bodennutzung gefasst haben, nachvollziehen, wie die Berechnung zustande kommt, die der Investor mit der Verwaltung tätigt, um nachher zu dem Schluss zu kommen: „Halt! Stopp! Hier bleibt kein Drittel Wertzuwachs, und damit ist das Kooperative Baulandmodell ausgehebelt“, also wie kann die Verwaltung gewährleisten, dass wir transparent in dieses Verfahren eingebunden werden und es somit tatsächlich nachvollziehen können?

Die zweite Frage: Wie will die Verwaltung gewährleisten, dass trotz der Bedingung, dass der planungsbedingte Bodenwertzuwachs ein Drittel nicht unterschreiten darf - der Investor hat ein Anrecht darauf, mindestens ein Drittel Bodenwertzuwachs zu erlangen -, die preisdämpfende Wirkung, ein wesentliches Element des Kooperativen Baulandmodells, bestehen bleibt?

Daraus ergibt sich meine letzte Teilfrage, Herr Oberbürgermeister: Wenn es nicht gelingen sollte, die bodenpreisdämpfende Wirkung zu erreichen, wird dann nicht, Herr Höing und Herr Oberbürgermeister, die GAG, die unter dem politischen Druck steht, Sozialwohnungen zu bauen, gegenüber anderen Investoren benachteiligt, die das gegebenenfalls nicht machen müssen?>

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Höing, ich darf Sie bitten, auf diese zweieinhalb Fragen zu antworten.

<Beigeordneter Franz-Josef Höing: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrter Herr Weisenstein, ob ich jetzt die Fragen zu Ihrer vollsten Zufriedenheit beantworten kann, sei mal dahingestellt. Wir haben mit dem Modell, das Sie beschlossen haben, klare Regeln formuliert. Diese klaren Regeln wenden wir an. Das bedeutet auch: Gleichbehandlung aller Akteure, die am Wohnungsmarkt agieren. Es gibt in der Verwaltung eine Gruppe, die sich diese Berechnungen vorlegen lässt und sie mehrfach kritisch prüft. Wenn dieses Regelwerk greift, greift das Modell nicht. So ist die Absprache. Wenn man das verändern will, kann man das möglicherweise tun, wenn wir nach zwei Jahren einen Evaluierungsbericht vorlegen und überlegen: Sind die Stellschrauben richtig gesetzt, oder muss man an der einen oder anderen Stelle nachjustieren?

Ich will aber auch sagen, dass der Standort Deutsche Welle das schlechteste Beispiel dafür ist, weil allein die Aufbereitung dieses Standortes, um die Möglichkeit zu schaffen, an dieser Stelle überhaupt Wohnungsbau zu betreiben, besonders delikat ist, weil die Aufwendungen, die notwendig sind, um diese Flächen bereitzustellen, enorm sind.

Zur Frage: Wie sind wir als Politik immer einbezogen? Wie gesagt: Es gibt in der Verwaltung eine Gruppe, die das auf Herz und Nieren prüft, und zwar mehrfach. Mit Ihrer Frage kommt ein bisschen Misstrauen zum Ausdruck: Macht die Verwaltung das korrekt, oder lässt sie jemandem etwas durchgehen? Ich kann Ihnen versichern: Das tun wir nicht, sondern wir prüfen das. Wenn der Mechanismus greift, wenden wir das Baulandmodell an, wenn das Delta kleiner ist als ein Drittel, tun wir das nicht. Dann gehen wir in eine Diskussion um einen freiwilligen Beitrag. Das machen wir auch bei der Deutschen Welle so.

Ich glaube nicht, dass wir die GAG benachteiligen. Ich verstehe die Frage nicht ganz. Wir wenden das bei allen Akteuren am Wohnungsmarkt an.

(Michael Weisenstein [Die Linke.]: Darf ich Ihnen diese Frage einmal kurz erläutern?)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Nein, das würde jetzt zu weit führen. Das können Sie später untereinander besprechen.

Beigeordneter Franz-Josef Höing: Zum Thema Preisdämpfung: Das wird sich nicht von heute auf morgen einstellen. Wir müssen neue Flächen entwickeln, wir müssen das Portfolio erweitern, damit die Preisdämpfung schrittweise in Gang gesetzt wird. In einer Phase, in der die Stadt wächst - Sie haben die Zahlen gehört -, gibt es natürlich auch bei Grundstückseigentümern Preiserwartungen. Ob es im Moment automatisch zu Preisdämpfungen führt, sei einmal dahingestellt. Aber wie gesagt: Das Beispiel Deutsche Welle ist das schlechteste Beispiel, zumindest aber das extremste Beispiel, um das kooperative Baulandmodell zu erklären, um deutlich zu machen, wie diese Mechanismen greifen oder auch nicht.>

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Höing. - Wenn es noch Verständnisanfragen gibt, können Sie das sicher bilateral klären.

Zu Tagesordnungspunkt 4.3:

4.3 Anfrage der Gruppe Piraten betreffend „Finanzielle Förderung des Kölner Karnevals auf dem Prüfstand“ AN/0475/2015

Antwort der Verwaltung vom 12.05.2015 AN/1463/2015

Dazu liegt eine Antwort vor. Darin heißt es, dass hierzu noch weitere Gespräche geführt werden müssen. - Herr Hegenbarth.

<Thomas Hegenbarth (Piraten): Danke übrigens für die Info, dass noch Gespräche stattfinden. Besteht denn die Möglichkeit, dass ein Vertreter des Anfragestellers dabei ist?

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Das ist eine interne Berechnung, die unsererseits vorgelegt wird und mit dem Festkomitee besprochen wird. Sie erhalten dann eine Information dazu.

<Thomas Hegenbarth (Piraten): Kann ich möglicherweise dabei sein?

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Das geht nicht.>

Zu Tagesordnungspunkt 4.4:

4.4 Anfrage der Gruppe pro Köln betreffend „Sicherheit der Cologne Classic 2015“ AN/0764/2015

Antwort der Verwaltung vom 11.05.2015 1415/2015

Dazu liegt eine Antwort der Verwaltung vor. - Es gibt keine weiteren Nachfragen.

Zu Tagesordnungspunkt 4.5:

4.5 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend „Belastungen der Stadt Köln durch den Rundfunkbeitrag“ AN/0768/2015

Antwort der Verwaltung vom 12.05.2015 1425/2015

Auch dazu liegt eine Antwort vor. - Sie ist zufriedenstellend.

Zu Tagesordnungspunkt 4.6:

4.6 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend „Hotel Oberer Bruchweg“ AN/0770/2015

Antwort der Verwaltung vom 12.05.2015 AN/1476/2015

Auch dazu gibt es eine Antwort. - Keine weiteren Nachfragen.

Zu Tagesordnungspunkt 4.7:

4.7 Anfrage der Gruppe Piraten betreffend „Nachfragen zur Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag für eine lizenzierte Abgabestelle von Cannabisprodukten“ AN/0771/2015

Antwort der Verwaltung vom 12.05.2015 1447/2015

Bitte, Herr Hegenbarth.

<**Thomas Hegenbarth** (Piraten): Es geht um den mehrheitlichen Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt. Dazu habe ich zwei kurze Fragen.

In dem Beschluss heißt es:

... zur erfolversprechenden Antragsausarbeitung einen Runden Tisch/Fachtag mit Suchthilfeträgern, Drogenexperten, der Polizei und Fachpolitikern einzuberufen ...

In der Antwort der Verwaltung steht, dass es am 7. Mai dazu ein Gespräch gegeben hat. Dazu meine Fragen:

Erstens. Sieht die Verwaltung mit diesem Zweistundengespräch die Forderung der Bezirksvertretung als erfüllt an? Dabei waren wohl Herr Sven Lehmann - ich schätze ihn zwar als Landesvorsitzenden der Grünen, aber ich finde es schon speziell - sowie Herr Kunert. Sieht die Verwaltung die Forderung als erfüllt an? Ich glaube nicht, dass das im Sinne der Bezirksvertretung Innenstadt ist.

Zweitens. In Ihrer Antwort zum öffentlichen Interesse heißt es, das Thema sei nicht von öffentlichem Interesse, weil es „keine wissenschaftlichen Belege dafür gibt, dass der Konsum von Cannabis als Genussmittel keine gesundheitlichen Risiken birgt“. Muss ich also davon ausgehen, dass auch Alkoholmissbrauch, Tablettenmissbrauch und andere schlimme Sachen ebenfalls nicht von öffentlichem Interesse sind, weil hier Risiken noch nicht nachgewiesen sind? - Danke.>

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Die beiden Fragen richten sich thematisch an die Gesundheitsdezernentin. - Frau Reker, bitte.

<**Beigeordnete Henriette Reker:** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich würde das gerne schriftlich beantworten.>

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay.

Zu Tagesordnungspunkt 4.8:

4.8 Anfrage der Gruppe Piraten betreffend „Abschiebungen und Abschiebepaxis in Köln“ AN/0772/2015

Dazu bedarf es weiterer Recherchen. Eine Antwort der Verwaltung wird nachgeliefert.

Wir kommen zu weiteren Beschlussvorlagen. Ich rufe Tagesordnungspunkt 6.2.1 auf:

6.2.1 Verordnung zur Änderung der Rechtsverordnung über die Beförderungsentgelte für den Verkehr mit den in der Stadt Köln zugelassenen Taxen - Kölner Taxitarif - 0443/2015

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine Wortmeldungen. Dann können wir abstimmen. Wer ist dagegen? - Gegen die Stimmen der FDP und pro Köln. Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist diese Beschlussvorlage so angenommen.

Tagesordnungspunkt 6.2.2:

6.2.2 Rückwirkende Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallgebühren in der Stadt Köln (Abfallgebührensatzung - AbfGS -) 1171/2015

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Wer ist dagegen? - Pro Köln ist dagegen, die FDP ist dagegen. Wer enthält sich? - Die AfD enthält sich. Dann ist das so angenommen.

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt 10:

10 Allgemeine Vorlagen

Zu Tagesordnungspunkt 10.1:

10.1 Erneuerung RLT-Anlagen 1846/2014

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Dann ist das so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.2:

10.2 Feststellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes für das Wirtschaftsjahr 2013 der Beihilfekasse 3273/2014

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist das so einstimmig beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.3:

10.3 Verlängerung des von der DFG finanzierten Projekts „Einwerbung und Erschließung von Galeriepublikationen“ in der Kunst- und Museumsbibliothek 3759/2014

Keine Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Wir nehmen das gerne entgegen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.4:

10.4 Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.08.2013 für die Bühnen der Stadt Köln 3890/2014

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann können wir auch darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Dann ist das so einstimmig beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.5:

10.5 Vertrag über die Dienstleistung „Beleuchtete Stadt“ 0265/2015

Gibt es dazu Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann freuen wir uns sehr, dass wir dieses durchaus bedeutsame Thema für unsere Stadt auch weiter geregelt haben.

Zu Tagesordnungspunkt 10.7:

10.7 Machbarkeitsstudie Bundesgartenschau 2025 in Köln 3016/2014

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ich sehe keine Wortmeldungen. - Doch, ich sehe gerade eine Wortmeldung von Frau Welcker. Bitte schön.

<Katharina Welcker (CDU): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich war jetzt etwas irritiert. Ich dachte, zu diesem wirklich wichtigen stadtpolitischen Thema würden auch andere gerne das Wort ergreifen. Da stünde ja der SPD eigentlich das erste Wort zu. Aber sie scheint heute nichts dazu zu sagen zu haben.

(Michael Frenzel [SPD]: Abwarten!)

Die CDU hat sich natürlich die Frage nicht leicht gemacht, ob wir zur Bundesgartenschau Ja oder Nein sagen. Wir haben die Machbarkeitsstudie vorliegen. Wir haben auch die Entscheidung der Verwaltung vorliegen. Es sind schon schwierige strukturelle Fragen, Zeitfragen, Kostenfragen, die sich hier auftun.

Meine Damen und Herren, die CDU hat sich trotzdem entschlossen, für die Bundesgartenschau zu stimmen. Ich will Ihnen ganz ehrlich sagen: Wir machen das nicht, weil wir einen Bedarf an Tulpenzwiebeln für 2025 festgestellt haben, den wir glauben, nur so decken zu können. Wir sind der festen Überzeugung, dass die Bundesgartenschau einen wesentlichen Punkt setzen kann, um Flächen freizuhalten, die in dieser

Stadt in den letzten 100 Jahren nicht frei waren, aber in der nächsten Zeit frei werden und für den Inneren Grüngürtel frei bleiben müssen.

(Beifall bei Teilen der CDU)

In den nächsten Jahren liegen viele Aufgaben vor uns. Wir haben vorhin über den Städtebau gesprochen. Wir haben darüber gesprochen, dass Wohnungsbau notwendig ist. Wir werden Infrastruktur brauchen. Wir werden vieles brauchen, und der Druck auf die Fläche wird zunehmen. Wir haben mit diesem Druck schon im Umweltausschuss zu tun gehabt, als wir plötzlich über einen Antrag zur Verlagerung des Tierheims zu befinden hatten - ein Thema, das unmöglich verschoben werden konnte. Wir werden andere haben, die Druck auf diese Fläche ausüben. Viele gute, wichtige und durchaus wegweisende Projekte in dieser Stadt werden auf diese Flächen Zugriff nehmen wollen. Wir werden Wahlkämpfe haben, in denen gerne Versprechungen gemacht werden. Es wird andere, auch gute Dinge geben, die auf diese Fläche einwirken. Aber am Ende wird der Innere Grüngürtel auf der Strecke bleiben, wenn wir all diese guten Dinge auf der Fläche verwirklichen.

Deshalb sind wir der Meinung, dass man diese Flächen mit dem Konzept, das hinter der Bundesgartenschau steht, sichern kann, dass man damit den Inneren Grüngürtel für die Menschen sichern kann. Auf lange, weite Sicht geht es beim Inneren Grüngürtel um ein strukturpolitisches Projekt dieser Stadt, das nicht zu unterschätzen ist, und das nicht, weil es vor 100 Jahren geplant wurde und nicht fertiggestellt wurde. Meine Damen und Herren, manchmal lässt sich nicht alles verwirklichen, was man sich vorstellt. Aber wir stehen auch vor dem Problem des Klimawandels, wir stehen vor der Frage der Verdichtung, wir stehen vor der Frage der Erwärmung der Stadt. All diese Themen haben mit dem Inneren Grüngürtel zu tun. Wenn wir den Inneren Grüngürtel nicht realisieren können - wir befürchten, dass es der Fall sein wird, wenn wir diese Fläche nicht unumkehrbar sichern -, dann wird es für diese Stadt sehr warm werden, und das halten wir für einen Fehler.

(Beifall von Dr. Ralph Elster [CDU])

Aus diesem Grund haben wir den Mut, heute hier Ja zur Bundesgartenschau zu sagen. Wir bedauern es, dass andere diesen Mut nicht aufbringen. Aber, meine Damen und Herren, wir hoffen doch sehr, dass Sie nicht bereits eine andere Planung für die als Grünfläche vorgesehene Fläche haben. Wir als CDU werden jeden Meter des

Inneren Grüngürtels, auch wenn Sie sich heute nicht mehrheitlich für die BUGA entscheiden werden, verteidigen und Sie immer wieder darauf hinweisen, warum wir uns heute und hier für dieses Thema starkgemacht haben. Wir hoffen, dass Sie die langfristigen und wichtigen Ziele dieser Stadt nicht nur als Lippenbekenntnisse verstehen, sondern sie auch wirklich umsetzen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)>

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön. - Es gibt jetzt doch einige Wortmeldungen zu diesem Punkt. Ich gebe die Reihenfolge der Redner bekannt: zuerst Herr Frenzel, es folgen Frau Jahn, Frau Akbayir und Herr Sterck. - Bitte schön, Herr Frenzel.

<Michael Frenzel (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir stehen heute vor der Entscheidung: Braucht Köln eine Bundesgartenschau 2025 oder nicht? Dazu liegt uns nun eine Studie zur Machbarkeit und zu den Kosten vor.

Lassen Sie mich drei gute Gründe dafür aufführen, warum wir hier den Mut haben sollten, das Projekt „Bundesgartenschau 2025“ zu beenden:

Erstens. Es wird behauptet, mit der Bundesgartenschau könnte das Projekt „Parkstadt Süd“ beschleunigt werden. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, hören Sie doch wenigstens auf den Sachverstand des von Ihnen selbst vorgeschlagenen Dezernenten! Angesichts eines dynamischen Immobilienmarktes und der bereits angelaufenen Bürgerbeteiligung brauchen wir die Bundesgartenschau nicht. Erklären Sie doch einmal den Bürgern, wenn wir erst einmal unter dem Diktat einer Bundesgartenschau GmbH stehen, warum sich ihre Vorstellungen von einem offenen Grüngürtel nicht durchsetzen lassen.

(Beifall bei der SPD)

Bisher wissen wir, dass mit einem Verlust von 20 Millionen Euro zu rechnen ist. Diese Zahl ist von denjenigen errechnet worden, die gerne eine BUGA hätten. Im StEA hat der Beigeordnete bereits eingeräumt, dass der tatsächliche Verlust höher ausfallen wird. Ehrlicherweise müssen wir eigentlich die städtischen Zuschüsse hinzurechnen, die die Bundesgartenschau auf der Einnahmeseite verbucht.

Dann kommt das Risiko des Kostenzuwachses im Zusammenhang mit dem Zieltermin 2025. Wenn wir bei Gesamtkosten von 140 Millionen Euro von 10 Prozent Kostenerhöhung ausgehen, dann ergeben allein hierdurch schon zusätzliche Kosten von 14 Millionen Euro. Wir haben bei anderen Projekten gesehen, wie schnell Kosten in die Höhe schnellen, wenn ein Fertigstellungs-termin dräut.

Zweitens. Hochverehrte Kollegen von CDU und FDP, wenn Sie sich schon nicht dem Sachverstand des Stadtdezernenten beugen, dann trauen Sie doch wenigstens Ihrer eigenen Kandidatin für das Oberbürgermeisteramt, Frau Reker.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]:
Von der kann man viel lernen!)

Von der Gründezerntin haben wir noch nicht gehört, dass sie das Kostenabenteuer braucht, um den Grüngürtel tatsächlich in der vollen Breite durchzuführen.

Drittens. Den besten Grund, die BUGA nicht zu wollen, haben Sie selbst gegeben, und zwar mit Ihren jüngsten Voten zum Thema Frischemarkt. Auf der einen Seite bauen Sie mit der BUGA Zeitdruck auf, auf der anderen Seite möchten Sie nicht einmal eine Bürgerbeteiligung hinsichtlich der Stelle zulassen, an der der Frischemarkt entstehen soll, nämlich auf dem für die Bundesgartenschau angedachten Gelände.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Sie wollen ja keinen Frischemarkt! Sie wollen ja nur Dosenfutter! - Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, wenn wir die Bundesgartenschau in weniger als zehn Jahren eröffnen wollen, dann kann es doch nicht sein, dass wir heute nicht einmal die Beteiligung der Bürger hinsichtlich des Standorts der Alternative zulassen. Sie treten voll auf die Bremse, wenn es um einen Alternativstandort für den Großmarkt geht, und voll aufs Gaspedal, wenn es um die Bundesgartenschau geht. Mit diesem Fahrmanöver fahren Sie nicht nur den Frischemarkt gegen die Wand, sondern auch die Bundesgartenschau.

Meine Damen und Herren, verantwortungsvolle Politik sieht definitiv anders aus.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Aus diesem Grund möchten wir klar sagen: Das Kostenabenteuer „Prestigeprojekt Bundesgartenschau“ wird erstens nicht benötigt und birgt zweitens ein zu großes Risiko - eine Tatsache,

die Sie bei anderen Projekten wie beispielsweise dem in Chorweiler davon abhält, vernünftige Politik für die Bürger dieser Stadt zu machen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)>

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. - Wir kommen zu Frau Jahn.

<Kirsten Jahn (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, die Begründung von Herrn Frenzel, warum die Bundesgartenschau - übrigens auch von unserer Fraktion - abgelehnt wird, war deutlich. Wir sind uns jedenfalls über Folgendes einig: Es geht hierbei um ein Stadtentwicklungsprogramm. Es geht überhaupt nicht um die Rabatten, um die Zierbeetschau, die ein Jahr lang den Grüngürtel verschönern würde und sicherlich die Seniorinnen und Senioren, die dort flanieren könnten, beglücken würde. Wenn wir eine solche Bundesgartenschau durchführen würden, würde es vielmehr darum gehen, einen bestimmten Stadtteil weiterzuentwickeln und die Parkstadt Süd zu realisieren.

Zum Ersten. Wir haben bereits einen breit aufgestellten Bürgerbeteiligungsprozess - Frau Gordes kann das bestätigen -, an dem bereits jetzt viele Menschen teilnehmen. Wir nehmen da sehr viele Termine wahr; es gibt Abendveranstaltungen zu den unterschiedlichen Themen, es gab eine Auftaktveranstaltung, die sehr gut besucht worden ist. Also: Der Prozess zur Weiterentwicklung der Parkstadt Süd und zur Komplettierung des Inneren Grüngürtels bis an den Rhein läuft also bereits. Wir sehen die Bundesgartenschau als ein Instrument an, das wir für diesen Raum gar nicht mehr brauchen. Es könnte sogar kontraproduktiv sein.

Zum Zweiten. In der Vorlage wird noch einmal deutlich gemacht, welche finanziellen Risiken sich abzeichnen. Uns muss klar sein, dass vonseiten des Bundes und des Landes für dieses Vorhaben kein Geld zur Verfügung gestellt wird. Das heißt, die Stadt muss es aus ihrer eigenen Finanzkraft realisieren; das Risiko trägt sie ganz allein.

Es gibt auch Risiken im Bereich der Liegenschaften. Wir haben bestehende Verträge. Es gibt Verträge mit Großmarkthändlern, die weit über 2020 hinaus gelten. Die Bundesgartenschau wäre ein

Preistreiber. Darin sehen wir ein weiteres Risiko, und auch deswegen lehnen wir sie ab.

Das Dritte ist die Akzeptanz in der Stadt. Ich habe eben gesagt: Wir haben bereits ein Bürgerbeteiligungsverfahren. Wir sprechen uns dafür aus, dass die öffentlichen Räume öffentlich bleiben. Eine Bundesgartenschau würde bedeuten, dass der Vorgebirgspark, der Volksgarten, der Friedenspark und Teile der Raderberger Brache für mindestens ein Jahr eingezäunt würden. Das sind Flächen, die die Menschen heute zur Erholung und zum Spaziergehen nutzen, in dieser Zeit aber nicht mehr zur Verfügung stünden. Ich glaube, eine Akzeptanz für die Bundesgartenschau würde es deshalb nicht geben.

Das Vierte. Ich verstehe die CDU nicht. In der letzten Ratsperiode gab es ein stetiges Wehklagen über die Verkehre im Kölner Süden. Es war immer klar, dass Vati zu spät nach Hause kommt, weil er im Stau steht. Wir erinnern uns an die Debatten, die hier mantrenartig geführt worden sind. Eine Bundesgartenschau würde ja mehr Verkehre bedeuten, gerade im beklagten Kölner Süden, wo wir jetzt schon überdimensional viele Verkehre haben. Wir müssten riesige Parkflächen für Omnibusse ausweisen, damit die Besucher dort aussteigen können. All dies wird nicht zu Akzeptanz führen, sondern dazu, dass die Leute das ablehnen.

Wir brauchen die Bundesgartenschau einfach nicht. Wir sprechen uns für die Verlängerung des Grüngürtels bis an den Rhein aus. Wir werden besonders darauf achten, dass das mit aller Kraft und auch prioritär umgesetzt wird. Die Parkstadt Süd wird ein lebendiges Quartier mit einem breiten, sehr wichtigen Grünzug. Dafür brauchen wir aber die BUGA nicht.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses
90/Die Grünen)>

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. - Wir kommen zu Frau Akbayir.

<Hamide Akbayir (Die Linke): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Vor fast genau 50 Jahren, im Mai 1966, fasste der Rat der Stadt Köln schon einmal den Beschluss, dass im Kölner Süden keine Bundesgartenschau stattfinden soll. Damals hatte man mit Rheinpark und Riehler Aue aber wenigstens eine Ausweichfläche.

Eine Bundesgartenschau ist, wie der Name schon sagt, eine bundesweite Veranstaltung, und das mit internationaler Ausstrahlung. Ein solch großes Ereignis über eine Vorlaufzeit von zehn Jahren konstruktiv und erfolgreich zu begleiten, erfordert eine große Unterstützung über die Partei- und Fraktionsgrenzen hinweg. So ein Mega-Projekt kann man nicht mit knappen Mehrheiten beschließen. Schließlich kann niemand vorher-sagen, wie sich diese Mehrheiten in Zukunft ändern. Wir wissen noch nicht mal, ob in einer Woche noch die gleichen Mehrheitsverhältnisse gelten wie heute.

(Beifall von Niklas Kienitz [CDU])

Meine Damen und Herren, die Linke ist sich dieser Verantwortung bewusst und wird heute keiner der beiden Seiten zu einer knappen Mehrheit verhelfen, sondern sich konstruktiv enthalten.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Bravo!)

Wir bedauern es aber sehr, dass Köln der Mut fehlt, eine Bundesgartenschau zu veranstalten. Wir sind nämlich überzeugt, dass es unserer wachsenden Stadt äußerst gutgetan hätte. Wir meinen, eine ökologische und nachhaltige BUGA mit dezentralen Elementen in den Stadtbezirken und einer digitalen Ausstattung, wie es sich für eine Internetstadt gehört, hätte die Kölnerinnen und Kölner animiert, mitzumachen. Sie hätte sicher auch das in den letzten Jahrzehnten stark geschwächte Grünflächenamt wieder stärken können.

Die vertane Chance für die Stadtentwicklung ist ein zusätzliches Übel dieser Ablehnung. Deswegen müssen jetzt die wichtigen stadtentwicklungspolitischen Ziele für das neue Wohngebiet und die Grüngürtelerweiterung mit Nachdruck umgesetzt werden; denn wir brauchen einen üppigen Grüngürtel bis zum Rhein. Dazu gehört: Die Südbrücke muss während der Entwicklung der neuen Parkstadt barrierefrei ausgebaut werden, um sie mit dem neuen sogenannten In-Viertel im Deutzer Hafen zu verbinden. Der südliche S-Bahn-Ring muss spätestens mit dem Einzug der neuen Bewohnerinnen und Bewohner in Betrieb genommen werden. Viele andere Maßnahmen müssen auch ohne die BUGA umgesetzt und finanziert werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir alle haben in vielen Diskussionen viel über die sogenannten finanziellen Risiken gehört, auch in der heutigen Debatte. Dass aber jede Investition ein finanzielles Risiko beinhaltet, wird verschwiegen. Eine Bundesgartenschau ist eine Investition. Wenn

Sie, meine Damen und Herren, dem Haushaltsplan, den Sie ja noch vor der Sommerpause verabschieden möchten, wirklich trauten, dann sehen Sie, dass Köln dieses verhältnismäßig kleine Risiko eingehen könnte. Immerhin planen Sie mit der Kämmerin ab 2022 einen ausgeglichenen Haushalt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Linke wird die Entwicklung des Geländes konstruktiv und kritisch begleiten. Wir werden penibel auf die Umsetzung des Kooperativen Baulandmodells achten, damit mindestens ein Drittel der Wohnungen preisgünstig ist. Denn die soziale Balance in dem neuen Stadtteil muss stimmen. Auch Menschen mit geringem Einkommen müssen im Kölner Süden ein Zuhause finden.

Nun an alle, die heute die BUGA verhindern: Sie werden das schon bald bedauern, doch dann ist der Zug abgefahren. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Teilen der Linken.)>

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. - Dann kommt Herr Sterck, bitte.

<Ralph Sterck (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Frau Kollegin, Ihr Schlusswort freut mich; denn das war ziemlich genau der Satz, den ich im Stadtentwicklungsausschuss dazu gesagt habe. Ich kann aber nicht so ganz nachvollziehen, warum Sie sich dann konstruktiv enthalten wollen.

Ich finde es richtig, dass wir eine so wichtige Debatte über ein so wichtiges Projekt nicht nur in den Fachausschüssen führen, sondern auch hier im Rat. Denn nachher bei der Abstimmung müssen alle Kolleginnen und Kollegen, die diese wichtige Sache versenken wollen, die Hand dafür heben.

Als ich 1999 in den Rat einzogen bin, waren große Events wie der Papstbesuch oder die Fußballweltmeisterschaft angekündigt. Diese Großveranstaltungen haben gewisse Kräfte ausgelöst: Bei der Fußballweltmeisterschaft haben wir die Verlängerung der Linie 1 bis Weiden West mit dem großen P+R-Parkplatz hinbekommen, auch dank zusätzlicher Zuschüsse. Im Zusammenhang mit dem Papstbesuch kann ich mich noch an eine Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses erinnern, in der beschlossen worden ist: Bis der Papst kommt, muss der Bahnhofsvorplatz mit der neuen Domtreppe fertig sein. -

Das war damals eine sehr gewagte Zeitplanung, nachdem es in den Jahren zuvor verzögert worden war. Man sieht also, dass solche Events große Kräfte für die Stadtentwicklung hier in Köln freisetzen können.

Herr Kollege Frenzel, Sie hatten die Frage stellt: Braucht Köln eine BUGA, um den Grüngürtel - ein Jahrhundertprojekt - bis an den Rhein zu führen? Jetzt könnte man sagen: Das hat selbst Adenauer, der in dieser Stadt so viel bewegt hat, nicht geschafft, aber wir sollen jetzt die Kraft dafür aufbringen. - Insofern beantworte ich Ihre Frage mit einem ganz klaren Ja.

(Beifall bei Teilen der FDP und der CDU)

Die Kollegin Welcker hat hier ein Wort in die Debatte eingeführt, das merkwürdigerweise in jedem Beitrag vorkam, nämlich das Wort „Mut“; denn man braucht Mut zu solch einer großen Veranstaltung. Ich habe mich darüber gefreut, denn mir fiel dann ein, dass Jochen Ott wohl bei der Wahl zum OB-Kandidaten etwas dazu gesagt hat. Zumindest wurde er im *Kölner Stadt-Anzeiger* so zitiert - ich gebe es mal wieder -:

Jochen Ott warb für mehr Mut, anstatt immer nur darauf hinzuweisen, was alles aus irgendwelchen Gründen nicht gehe.

Als ich diesen Satz gelesen habe, habe ich mich an genau diese Vorlage der Verwaltung erinnert. Die Machbarkeitsstudie kommt ja noch zu dem Ergebnis: Ja, die BUGA in Köln geht. Die Verwaltung war es, die das im Grunde komplett auf den Kopf gestellt und daraus eine Ablehnung gemacht hat, auch weil leider keine Alternativplanung vorgelegt worden ist. Es wurde also nicht geschaut: Wo gibt es hier große Grundstücke, an die wir nicht so gut herankommen, und wie kann man um sie herum planen? Wie kann eine BUGA aussehen? In der Machbarkeitsstudie gibt es im Grunde nur diese eine Variante der BUGA: vom Südstadion bis zu den Poller Wiesen. Diese ist von der Verwaltung geprüft, neu bewertet und dann abgelehnt worden; Alternativplanungen gab es nicht. Das finde ich sehr, sehr schade, meine Damen und Herren.

Ich hoffe, dass wir das Projekt „Parkstadt Süd“ dennoch so umsetzen können wie vorgesehen. Ich will ja gar nicht sagen, da sei nichts passiert. Da wird auch im Zusammenhang mit der Bürgerbeteiligung ein enormer Aufwand betrieben. Das will ich gar nicht schlechtreden - um Gottes willen! Aber, meine Damen und Herren,

(Jochen Ott [SPD]: Ich will es ja nicht schlechtreden, aber!)

wir können uns im Jahre 2025 gerne an der Ecke Bonner Straße/Marktstraße verabreden. Wir werden uns dort umsehen und feststellen, dass wir nichts sehen - einfach, weil es an der Kraft fehlt, dieses Jahrhundertprojekt, den Masterplan der Verlängerung des Inneren Grüngürtel bis zum Rhein, umzusetzen. Insofern hat die Kollegin von den Linken genau recht: Wir werden die Entscheidung, die hier jetzt mit der Mehrheit von SPD und Grünen gefällt wird, noch bedauern, aber dann ist der Zug leider abgefahren. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und der Linken.)>

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Noch eine Wortmeldung von Herrn Dr. Elster. Bitte schön.

<**Dr. Ralph Elster** (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich möchte Herrn Ott angesichts der wahrscheinlich knappen Abstimmung an das gegebene Versprechen erinnern, bis zur Neuauszählung des strittigen Stimmbezirks nicht an knappen Abstimmungen teilzunehmen. Dann, Herr Sterck, stimmt das mit der rot-grünen Mehrheit eben nicht. Jetzt schauen wir mal, wie der Rat gleich abstimmt. Es gibt vielleicht gemeinsam mit der Oberbürgermeisterstimme eine Mehrheit, aber es gibt keine rot-grüne Mehrheit.>

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Bitte schön, Herr Börschel.

<**Martin Börschel** (SPD): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. - Herr Dr. Elster, Sie können sich selbstverständlich darauf verlassen, dass das von uns gegebene Wort gilt: Bis zum Abschluss der Auszählung der Kommunalwahl und der endgültigen Feststellung wird die SPD-Fraktion im Stadtrat - hier zeigt sich übrigens das entscheidende, von Ihnen, Herr Sterck, bewusst herbeigeführte Missverständnis - auf die Nutzung einer Stimme verzichten.>

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. - Dann können wir jetzt zur Abstimmung kommen.

Wer für den Beschlussvorschlag der Verwaltung ist, auf die Bundesgartenschau zu verzichten,

den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der SPD, die Fraktion der Grünen, die AfD, Herr Henseler und der OB. Gibt es Enthaltungen? - Bei Enthaltung von Linken, Deinen Freunden und Piraten. Dann ist der Beschlussvorschlag, so wie jetzt abgestimmt, angenommen.

(Martin Börschel [SPD]: Der Frage hätte es jetzt aber nicht bedurft, Herr Elster! - Jochen Ott [SPD]: Aber versuchen kann man es ja!)

Ich bitte um Aufmerksamkeit. Ich habe eben den Tagesordnungspunkt 7 übersprungen und rufe diesen Punkt jetzt auf:

7 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen u. -verpflichtungen für das Hj. 2015 gem. § 83 Abs. 1 u. § 85 Abs. 1 GO NRW i. V. m. der Haushalts-satzung 2013/ 2014 1364/2015

Sie haben das entsprechend zur Kenntnis genommen.

Wir fahren jetzt in der Tagesordnung fort und kommen zu Tagesordnungspunkt 10.8:

10.8 Trimm-Dich-Parcours im Inneren Grüngürtel 0063/2015

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann können wir darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Bei Enthaltung von Deinen Freunden ist das so beschlossen. Ich bedanke mich bei der Kölner Grün Stiftung.

Wir kommen zu einem weiteren großen Projekt unter Tagesordnungspunkt 10.9:

10.9 Rheinboulevard Köln - Deutz hier: Reinigungs- und Nutzungskonzept 0321/201

Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion AN/0784/2015

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ja. Bitte schön, Herr Börschel.

<**Martin Börschel** (SPD): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir disku-

tieren heute auf vielfältigen Wunsch über den Rheinboulevard Köln und das Reinigungs- und Nutzungskonzept. Ich will ganz ehrlich sagen: An den Debatten der letzten Wochen hat uns etwas gestört: Eines der tollsten Projekte, das die Stadt Köln erlebt, nämlich der Rheinboulevard, wurde ausschließlich auf das Reinigungskonzept und auf die Fragen reduziert, wie der Boulevard sauber gehalten wird und was das kostet. Das sind zwar wichtige Fragen - das ist vollkommen unbestritten -, aber das ganz Entscheidende ist doch, dass das ein urbaner neuer Stadtmittelpunkt werden wird, ein Ort, der keinen Vergleich scheuen muss, der es auch mit der Spanischen Treppe in Rom aufnehmen kann.

(Unruhe bei der Linken.)

- Ja. Sie werden sich an meine Worte noch erinnern. - Die Menschen werden diesen Rheinboulevard im wahrsten Sinne des Wortes in Besitz nehmen, und das ist auch gut so.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Trotzdem sind die Kosten- und Reinigungsdebatten natürlich richtig. Deswegen auch von unserer Seite aus: Wir haben gemeinsam mit CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Linken und FDP einen Änderungsantrag vorgelegt

(Jörg Detjen [Die Linke]: Sehr nett gemeint, aber nicht mit uns!)

- Entschuldigung, ohne die Linke -, in dem wir uns selbstverständlich auch zu den Reinigungsparametern äußern. Die bisher angesetzten Kosten sind schlicht und einfach zu hoch; das muss nicht sein. Wir möchten natürlich, dass dieser Premium-Ort auch eine Premium-Sauberkeit und eine Premium-Anmutung bekommt. Aber ob man tatsächlich das Geld, das bisher veranschlagt war, investieren muss, daran haben wir doch große Zweifel. Wir glauben, dass hier die Abfallwirtschaftsbetriebe gemeinsam mit der KGAB die Leistungen erbringen sollten.

An der Stelle auch das Bekenntnis: Ja, die AWB ist bei der Reinigung schon der richtige Partner; denn wir wollen ja gerade eine Reinigung aus einer Hand haben. Wir gehen natürlich davon aus, dass sich die Kosten am Ende einem Wirtschaftlichkeitsvergleich stellen werden oder bereits gestellt haben. All das sind Punkte, die uns an der Stelle wichtig sind.

Noch viel wichtiger scheint uns allerdings zu sein, welche Haltung wir eigentlich zu diesem Rheinboulevard sowohl als Politik als auch als Verwaltung einnehmen. Da muss ich ganz ehr-

lich sagen: Die Verwaltungsvorlage hat uns in ihrer Diktion und ihrer Haltung, die teilweise ausdrücklich, teilweise zwischen den Zeilen geschrieben steht, doch ein bisschen verwundert. „Urban und weltoffen“ ist es nicht, was uns die Stadtverwaltung vorgelegt hat. Man spürt förmlich das Bedauern, was man dort alles nicht verbieten darf. Da haben wir eine andere Einstellung: Es soll hier einen offenen Ort geben, einen Ort, der möglichst keine Nutzungsbeschränkungen hat, einen Ort, an dem es nicht immer nur darum geht, sich zu überlegen, was man alles nicht tun darf. Deswegen geht es aus unserer Sicht um eine unmittelbare Offenheit dieses Ortes für alle Kölnerinnen und Kölner und ihre Gäste.

Dass wir zusätzliche Toilettenanlagen brauchen, dass die Erreichbarkeit gewährleistet sein muss, dass der Fahrradverkehr ein Angebot in Form von Abstellanlagen bekommen muss, all das ist richtig. Ich glaube, da können wir alle miteinander darauf verweisen, dass sich die Bezirksvertretung Innenstadt sehr kluge Gedanken dazu gemacht hat, die wir mit unserem Änderungsantrag heute im Wesentlichen übernehmen. Aber noch einmal: Für uns ist das alles Entscheidende, dass wir eine positive Haltung zu diesem tollen Projekt haben.

Da ich verschiedentlich darauf angesprochen worden bin und uns mit Sicherheit morgen Medienvertreterinnen und -vertreter darauf ansprechen werden, will ich einen Punkt an dieser Stelle auch nicht verschweigen. Wir haben vor einigen Jahren hier im Rat ein sogenanntes Toilettenkonzept beschlossen. In diesem Toilettenkonzept stand - so haben wir es jedenfalls aus der seinerzeitigen Vorlage entnommen -, dass die Toilettenbenutzungsgebühr 50 Cent betragen soll. Jetzt lesen wir in verschiedenen Online-medien - vom *Kölner Stadt-Anzeiger* über *Spiegel-Online* bis hin zu niederländischen Onlineportalen -, dass Köln sich offensichtlich eine differenzierte Benutzungsgebühr ausgedacht hat: Verrichtung des geschlossenen Geschäfts 50 Cent, Urinale kostenfrei.

(Berivan Aymaz [Bündnis 90/Die Grünen]: Zulasten von Frauen!)

Das wird öffentlich natürlich sehr kritisch diskutiert. Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Wir haben uns in der SPD-Fraktion noch keine Meinung zu der Frage gebildet. Aber immerhin müssen wir zur Kenntnis nehmen - das werden wir sehr genau beobachten -, dass zumindest die natürlich nicht repräsentativen Abstimmungen auf den Onlineportalen, beim *Kölner Stadt-Anzeiger* und bei

Spiegel-Online, jeweils eine satte Mehrheit für die von der Stadtverwaltung und der AWB vorgenommene Differenzierung ergeben

(Dr. Helge Schlieben [CDU]: Beitragsstaffelung!)

- ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, mich über-
rascht das -, und zwar mit dem Argument: Bes-
ser pinkeln die Männer kostenlos in Urinale als
kostenlos an Bäume oder in Ecken.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Da ist vielleicht auch etwas dran. Aber wir wer-
den uns das trotzdem sehr genau ansehen. Bei
dem Beschluss hier im Rat sind wir seinerzeit je-
denfalls im Unklaren darüber gelassen worden,
dass die Stadtverwaltung und die AWB hier diffe-
renzieren wollen. Wir nehmen das auf die Watch
List. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei Teilen der SPD)>

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Frau Gor-
des, bitte.

<**Birgit Gordes** (CDU): Meine sehr verehrten
Damen und Herren! Herr Oberbürgermeister!
Spät, teuer und trotzdem bemerkenswert schön -
so könnte man den Kölner Dom umschreiben,
der nicht nur das Wahrzeichen unserer Stadt ist,
sondern es auch zum Weltkulturerbe gebracht
hat. Spät, teuer und gigantisch schön - so prä-
sentiert sich an diesen ersten sonnigen Tagen
des Jahres der neue Rheinboulevard in Deutz,
der für Erholungsuchende möglichst frühzeitig
geöffnet werden soll - also nicht spät, sondern: je
früher, desto besser -, eine Flusspromenade, die
auf die Initiative unseres früheren Oberbürger-
meisters Fritz Schramma zurückgeht und nicht
zuletzt mit dem Förderprogramm Regionale 2010
des Landes realisiert wurde, und eine Freitreppe,
die formal meines Erachtens einfach gigantisch
ist. Sie schmiegt sich mit einer großen Eleganz
an das gegenüberliegende Ufer. Ich weiß einfach
nicht, von welcher Seite ich sie mehr lieben soll,
ob ich sie von der linken oder von der rechten
Seite formal schöner finden soll.

(Martin Börschel [SPD]: Das ist ja richtig
philosophisch!)

Sollte man mich fragen, was ich in Köln an aller-
erster Stelle mit dem Begriff „Weltstadt“ identi-
fizieren würde,

(Martin Börschel [SPD]: Die CDU-
Fraktion ist es nicht!)

dann würde ich sagen: den Dom und diese Frei-
treppe. An anderen Stellen arbeiten wir noch am
Merkmal „Weltstadt“.

Die Freitreppe bietet nicht nur einen großartigen
Blick auf das linksrheinische Panorama Kölns,
sondern schickt sich auch an, ein einzigartiger
Anziehungspunkt für Touristen und alle Kölnerin-
nen und Kölner zu werden. Darauf freuen wir uns
wirklich sehr. Bis zu 10.000 Menschen werden
dort Platz finden. Zudem wird hier auch der Ab-
schnitt Niederrhein des Rheinradwegs komplet-
tiert, der von Bonn nach Rotterdam führt. - So
viel zur Vision.

Jetzt zur Wirklichkeit. Wir verabschieden hier
heute auf Ihren Vorschlag hin, Herr Oberbürger-
meister, das Reinigungs- und Nutzungskonzept
für den Boulevard, ein Konzept, über dessen
Kostenstruktur sich wirklich viel Unmut in der
Kölner Bevölkerung, der regionalen Wirtschaft
und natürlich auch in der Presseberichterstattung
geregt hat. Rund 860.000 Euro - ich finde, das ist
echt kein Pappenstiel. Dafür müssen Hand-
werksmeister lange arbeiten. Ich sage immer:
Dafür muss ein Schneider viele Anzüge fertigen.

Mich ärgern nicht nur der Preis und die undurch-
schaubare, nicht nachzuvollziehende Kalkulati-
on. Mich stört an allererster Stelle, dass eine
Marktbefragung mal wieder überhaupt nicht
stattgefunden hat, sondern hier die AWB in be-
währter Manier, auf dem Wege einer Inhouse-
Vergabe, mit der Reinigung der Promenade be-
auftragt wird. So, Herr Oberbürgermeister, wird
ein Wettbewerb mit privaten Anbietern um das
beste Reinigungskonzept wieder einmal elegant
umgangen. Sie beweisen einmal mehr, dass Sie
nicht wirklich Wirtschaft wollen; ob Sie Wirtschaft
können, weiß ich nicht so wirklich. Dass das
Handwerk in den letzten fünf Jahren die Mittel-
standsvereinbarung nicht unterzeichnet hat und
wahrscheinlich in den letzten Monaten Ihrer
Amtszeit auch nicht mehr unterzeichnen wird, ist
wirklich berechtigt. Da haben Sie fünf Jahre lang
eine Chance für Köln liegen gelassen. Mal
schauen, wie es in Zukunft hier in Köln aussehen
wird!

Die rechtlich notwendige europaweite Ausschrei-
bung würde das Verfahren jetzt, da die Vorlage
so spät kommt, wirklich monatelang verzögern -
Monate, in denen wir den Rheinboulevard nicht
der Öffentlichkeit präsentieren könnten. Somit
wird der Rat faktisch mal wieder vor vollendete
Tatsachen gestellt, nach dem Motto: Friss oder

stirb! - Wir sagen an der Stelle: Trotz der schwierigen Vorlage fressen wir. Wir wollen uns nicht den Zorn der Bürgerinnen und Bürger einfangen. Wir stimmen der Vorlage zu, natürlich mit den Maßgaben, auf die Herr Börschel und die anderen Fraktionen aufmerksam gemacht haben, da wir das sommerliche Vergnügen auf dem Rheinboulevard für viele Kölnerinnen und Kölner nicht aufhalten wollen.

Aus Sicht der CDU-Fraktion ist herauszustellen, dass die Beauftragung der AWB lediglich in der Startphase, also 2015/2016, erfolgt und den genannten reduzierten Aufwand umfasst, dass aber nach der Evaluation der Reinigungsleistungen zum Jahresende erneut über das Konzept nachgedacht werden muss,

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Das ist richtig!)

vielleicht verbunden mit der Frage einer neuen Auftragsvergabe.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Die regionale Wirtschaft muss wenigstens gefragt werden; sie muss ein Angebot abgeben können. Ich glaube, das wird auch jeder Steuerzahlerin und jedem Steuerzahler einleuchten.

Dass der Rheinboulevard grundsätzlich von jedermann genutzt werden kann,

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Und jeder Frau!)

ist amtlich. Kommerzielle Nutzungen bedürfen der vorherigen Zustimmung durch den Rat. Die Errichtung der Verkaufsstellen und der Fahrradabstellanlagen sollen in einem städtebaulich geordneten Verfahren geregelt werden. Ich glaube, wir alle sind uns einig, dass man das nicht einfach wild auf dem Rheinboulevard verteilen kann.

Wir freuen uns auf die Eröffnung und hoffen auf gutes Wetter in den nächsten Monaten, damit alle den Rheinboulevard nutzen können. - Danke sehr.

(Beifall bei der CDU sowie Teilen der FDP)>

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön. - Wir kommen zu Herren Brust.

<**Gerhard Brust** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren!

Die Grünen bedauern es auch, dass vor Inbetriebnahme der doch sehr gelungenen Treppe in der vergangenen Zeit ausschließlich über die angeblich hohen Reinigungskosten diskutiert wurde. Dabei war ja nie geplant gewesen, tatsächlich 860.000 Euro dafür auszugeben. Diese Summe kam nur zustande, weil die Stadt bei der AWB abgefragt hat: Was könnte es kosten, wenn wir die optimalste Reinigung jederzeit gewährleisten wollen? Da der AWB weder bekannt war, wie die Treppe genutzt wird, noch, wie sie sich reinigen lässt, konnte sie, um sicherzugehen, dass sie das finanziell tragen kann, nichts anderes machen, als möglichst weit ans obere Ende zu gehen. Es war aber nie geplant, das Geld wirklich auszugeben, sondern es war immer geplant, spitz abzurechnen.

(Ralph Sterck [FDP]: Man kann nicht davon ausgehen, wenn man Geld bereitstellt, dass es nicht ausgegeben wird!)

- Nein. Wir stellen oft Geld in den Haushalt ein, das nachher nicht komplett ausgegeben wird. Es ist geplant gewesen, jede Reinigung spitz abzurechnen, sich heranzutasten und zu schauen, was wirklich notwendig ist.

Nun zu Ihnen, Frau Gordes. Für die Inhouse-Vergabe gibt es zwei gute Gründe:

Erstens. Wir sind sicher, dass die Leute, die dort arbeiten, nach Tariflöhnen bezahlt werden und nicht nur nach Mindestlohn oder sogar darunter.

(Birgit Gordes [CDU]: Die Stadtreinigerlöhne liegen weit über dem Mindestlohn!)

Deswegen stehen wir generell dazu, über Inhouse-Vergaben mit AWB zusammenzuarbeiten.

Hier kam aber noch ein zweiter Grund hinzu. Weil wir heute noch nicht wissen können, wie die Leistungsbeschreibung einmal aussehen soll, wenn wir sie veröffentlichen, und weil wir uns erst einmal herantasten müssen, um zu sehen, was überhaupt gemacht werden soll, war es sinnvoll, ein Unternehmen zu beauftragen, mit dem man kooperativ ein, zwei Jahre lang testen kann: Was brauchen wir wirklich? Am Ende wird man sehen, was der Rat beauftragen muss.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen sowie Teilen der SPD)

Wir Grünen gehen davon aus, dass wir deutlich unter 600.000 Euro liegen werden, weil die Kölner begeistert sein werden, diese Treppe als „ih-

re Treppe“ ansehen werden und entsprechend pflegen werden. Das wünschen wir uns jedenfalls. Es gibt zwar viele negative Beispiele - Aachener Weiher usw. -, wo das nicht immer funktioniert. Aber deswegen haben wir ja auch begleitende Maßnahmen beschlossen: KGAB, Ordnungsdienste usw. Aber wir müssen der Bevölkerung zumindest die Chance geben, „ihre Treppe“ pfleglich zu behandeln und den Abfall selber wegzubringen.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses
90/Die Grünen)

Deswegen sind wir auch nicht davon erbaut, die in der Verwaltungsvorlage dargelegte Permanentreinigung über zwei Schichten vorzusehen. Wir denken nicht, dass ständig ein AWB-Mann hinter den Nutzern herlaufen und für sie den Müll aufheben muss. Wir sollten versuchen, das ohne Permanentreinigung zu machen und die Leute, auch durch soziale Kontrolle, möglichst dazu zu bringen, ihren Müll selbst wegzubringen. Dazu kann auch die Einrichtung eines Kiosks beitragen: Der Kioskbetreiber kann sich daran beteiligen, sein Umfeld sauber zu halten.

Wir sehen weitere Sparmöglichkeiten. Wir können uns zum Beispiel vorstellen, auf den Winterdienst im unteren Bereich, am Ufer entlang, zu verzichten und die Treppe im Winter, bei Frost und Schnee, auf eigene Gefahr freizugeben. Man muss sich langsam herantasten und sehen, was die Bevölkerung will und was sinnvoll ist.

Wir denken auch, dass man ausprobieren muss, die Treppe ohne Reinigungszusätze nass zu reinigen. In diesem Fall würden wir uns das Aufsaugen des Wassers ersparen. Wenn vorher der grobe Dreck weggekehrt würde, könnte man das Wasser wie Regenwasser in den Rhein leiten.

Zu den Toiletten. Es ist schon für dieses Jahr die Aufstellung einer zweiten Toilette geplant, und zwar im nördlichen Teil, an der Hohenzollernbrücke. Das wird aber wahrscheinlich auch nicht ausreichen; zwei Toiletten in einer relativ großen Entfernung von vielen Punkten der Treppe werden wahrscheinlich nicht reichen. Deswegen unsere Anregung, im Zusammenhang mit der Errichtung des Kiosks auch Toiletten zu planen und eventuell - das muss man dann sehen - zusätzliche Urinale, die man leicht hinter Wänden verstecken kann.

Wir sind jedenfalls sicher, dass wir möglichst bald diese Treppe eröffnen können, dass wir in den nächsten ein, zwei Jahren zusammen mit der AWB ein gutes Reinigungskonzept entwi-

ckeln können und dass die Reinigungskosten langfristig deutlich unter 600.000 Euro liegen werden. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
sowie von Dietmar Ciesla-Baier [SPD])

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Frau Stahlhofen, bitte.

<Gisela Stahlhofen (Die Linke.): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute überraschte mich die Presse mit der Aussage, dass es von der schäl Sick einen sensationellen Blick auf die Schokoladenseite Kölns gebe. Na so was, gab es den nicht schon immer? „Luur ens vun Düx noh Kölle, vum Zauber bess do platt“, so hieß es bereits in einem kölschen Mundart-Schlager aus dem Jahre 1971. Wir wollen aber heute nicht über den Rhein schauen, sondern vor die eigenen Füße, wenn wir dann auf dem viel umjubelten Rheinboulevard stehen oder auf der Treppe sitzen.

Herr Brust hat gerade deutlich gemacht, wie unvollkommen diese Vorlage ist und wie viele Nachfragen sie hervorruft. Ich gehe einen kleinen Schritt zurück: Nun steht also dieses Schnäppchen von Prestigeprojekt vor der Vollendung. Wir haben seit 2009 - da habe ich das erste Mal gegen den Rheinboulevard gesprochen - mal eben eine Kostensteigerung von 7 Millionen Euro hingenommen. Mal schauen, was der dritte Bauabschnitt noch zu den Gesamtkosten beitragen wird.

Wenn wir Steinwüsten bauen, dürfen wir uns nicht wundern, dass diese auch der Reinigung bedürfen. So etwas nennt man Folgekosten. Köln hat leider eh nicht den besten Ruf, was die Sauberkeit betrifft. Also ist es folgerichtig, ein Konzept zur Reinhaltung zu entwickeln. Aber auch hier heißt es schon wieder - zumindest laut dem, was dafür bisher an Kosten veranschlagt wurde -, dass ein nicht nachprüfbares Schnäppchen angenommen werden soll. Am meisten ärgert mich die von Position von 130.000 Euro pro Jahr für Graffiti-Entfernung. Wäre es nicht sinnvoller gewesen, ein Material auszusuchen, das Graffiti von vornherein abweist, oder aber entsprechend aufbereitet werden kann? Das ist nur ein Beispiel.

(Martin Börschel [SPD]: Dann rutschen die Menschen aber auch ab! Dann fallen die in den Rhein!)

In ein paar Jahren hätten sich die investiven Kosten amortisiert.

Herr Brust will, dass dort im Winter der Schnee nicht geräumt wird. Dann landen die Leute gleich im Rhein. Also: gut gedacht, aber nicht gut gemacht.

Im Ausschuss Umwelt und Grün habe ich salopp gesagt: Wir werden nicht die Katze im Sack kaufen. Dazu stehen wir von der Linken auch heute. Gestern sollte die Reinigung noch 860.000 Euro kosten, heute 600.000 Euro, morgen: man weiß es nicht. Es kann passieren, dass hinterher nicht einmal mehr die Katze im Sack ist. Nein, das machen wir nicht mit.

Wir wollen genau wissen, wie unser teures Schmuckstück auch eines bleibt. Darum schlagen wir vor, dass Ordnungskräfte vor Ort mit Ermahnungen bis hin zu Bußgeldern den Rheinboulevard und die Treppe vor Verschmutzung bewahren. Die disziplinierende Wirkung hat Herr Brust eben auch hervorgehoben; dem schließe ich mich an. Statt Kehrmännchen einzusetzen, denen man den Müll straffrei vor die Füße werfen darf, halte ich eine solche Maßnahme für sinnvoller. Das wäre unserer Meinung nach für alle Beteiligten nachhaltig und würde auch noch einen kleinen Obolus für die Stadtkasse erbringen.
- Vielen Dank.

(Beifall bei der Linken.)>

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Als Nächste spricht Frau Hoyer, bitte.

<Katja Hoyer (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich glaube, nach den Ausführungen von Frau Stahlhofen beziehe ich mich auf Herrn Börschel und sage auch für meine Fraktion: Wir sind der Meinung, der Rheinboulevard ist ohne Frage ein tolles Projekt.

(Beifall bei der FDP)

Wir sind auch der Meinung, dass der Erfolg des Rheinboulevards nicht nur von der Sauberkeit, sondern auch von der Sicherheit abhängt; das ist ein ganz wichtiger Aspekt. Deswegen bin ich froh, dass wir auch das Thema Ordnungsdienst in unseren gemeinsamen Antrag aufgenommen und gefordert haben, dort genügend Kräfte einzusetzen, die für die Sicherheit zuständig sind.

Sie, Herr Börschel, haben eben gesagt, was Sie an der Diskussion gestört hat. Uns hat auch et-

was gestört, nämlich, wie wenig transparent wir hier im Rat informiert worden sind.

(Beifall bei der FDP sowie bei Teilen der CDU)

Wir behandeln nachher eine Vorlage zum Thema „Beteiligungskultur von Bürgern“. Ich habe mich gefragt: Wie sah denn eigentlich die Beteiligungskultur hinsichtlich der politisch Verantwortlichen hier im Rat aus? Da kam doch nichts vonseiten der AWB. Das muss man auch mal deutlich sagen.

(Beifall bei der FDP)

Weil es mit der Transparenz und der Kommunikation nicht so gut geklappt hat, hatten wir zunächst Probleme, dieser Vorlage zuzustimmen. Wir sind jetzt sehr froh, dass wir uns darauf verständigen konnten, zu sagen: Ja, wir stimmen der Vorlage zu, weil es sehr zeitkritisch ist und wir den Rheinboulevard schnell in Betrieb nehmen wollen, wir werden mit der AWB über den Zeitraum 2015/2016 verhandeln und akzeptieren, so wie jetzt vorgeschlagen, die reduzierten Kosten. Aber - da schließe ich mich dem an, was Frau Gordes gesagt hat - für uns ist klar, dass nach 2016 neu verhandelt wird.

(Beifall bei Teilen der FDP und der CDU)

Sie, Herr Brust, haben eben gesagt, eine In-house-Vergabe sei das einzig Vernünftige, Stichwort Mindestlohn usw. All das, was Sie angeführt haben, kann man doch in die Leistungsbeschreibung aufnehmen. Man kann doch die Rahmenbedingungen für den Wettbewerb von Privaten und AWB bestimmen und dann entscheiden.

(Beifall bei Teilen der FDP)

So, wie Sie es hier dargestellt haben, habe ich das Gefühl, dass Sie der AWB überhaupt keinen Wettbewerb zumuten wollen, und das finde ich nicht in Ordnung.

(Beifall bei der FDP sowie Teilen der CDU)

Ich bin nicht generell dagegen, dass städtische Gesellschaften einen Job übernehmen; das ist in Ordnung. Ich bin dagegen, weil es nicht im Sinne der Steuerzahler und der Bürger dieser Stadt ist, die heute demonstriert haben. 400.000 Euro - vermutlich hätten es Private preisgünstiger gemacht - sind eine Menge Geld, die besser in soziale Projekte gesteckt werden könnten.

(Beifall bei Teilen der FDP sowie von
Birgit Gordes [CDU])

Wir werden also heute mit Bauchschmerzen der Vorlage zustimmen. Wir denken, dass die wesentlichen Punkte im Antrag von SPD, Grünen, CDU und FDP aufgeführt sind. Im Sinne einer zügigen und, wie wir hoffen, guten Saison des Rheinboulevards werden wir dem jetzt zustimmen. - Danke.

(Beifall bei der FDP)>

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann können wir abstimmen.

Wir stimmen zunächst über den Änderungsantrag von SPD, CDU, Grüne und FDP ab. Wer dagegen ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion Die Linke. und die Piraten. Wer enthält sich? - Bei Enthaltung von Deinen Freunden ist der Änderungsantrag angenommen.

Wir stimmen jetzt über die ursprüngliche Vorlage in der geänderten Fassung ab, die gerade beschlossen worden ist. Wer ist dagegen? - Wiederrum die Fraktion Die Linke. Wer enthält sich? - Bei Enthaltung von Deinen Freunden und den Piraten ist das Konzept in der Form des Änderungsantrages angenommen.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt:

**10.10 Eifelwall, Neubau des Historischen Archivs mit Rheinischem Bildarchiv
Baubeschluss
0373/2015**

Gibt es dazu Wortmeldungen? -

(Martin Börschel [SPD]: Wir bitten, die Debatte im Finanzausschuss ernst zu nehmen! - Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Im Kulturausschuss, im Bauausschuss!)

- Ja, das ist klar. Es ist im Finanzausschuss intensiv beraten worden. - Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Es wird über die Vorlage als solche abgestimmt

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Wie sie im Finanzausschuss vorgelegen hat!)

- wie sie im Finanzausschuss vorgelegen hat; da sind wir jetzt ganz präzise.

Wer dagegen ist, bitte ich um das Handzeichen. - Gegen die Stimmen von AfD, Deinen Freunden und der Gruppe pro Köln. Wer enthält sich? - Bei Enthaltung von Herrn Henseler und den Piraten ist dieses große Projekt jetzt in die Wege geleitet. Ich bedanke mich ganz herzlich bei allen, die dies ermöglicht haben.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 10.11:

**10.11 Mitgliedschaft der Stadt Köln im Rainbow-Cities-Netzwerk
0611/2015**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Wer ist dagegen? - Dagegen ist die Gruppe pro Köln. Wer enthält sich? - Die AfD enthält sich. Dann ist das so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.12:

**10.12 Projekt „Auszugsmanagement“
0925/2015**

Gegenstimmen? - Gegen die Stimmen von pro Köln. Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. So angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.13:

**10.13 Abordnung eines städtischen Mitarbeiters / einer städtischen Mitarbeiterin auf die Stelle „Projektmanager / Projektmanagerin Regionale Sonderprojekte“ beim Region Köln/Bonn e. V.
0937/2015**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann können wir abstimmen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.14:

**10.14 Zusetzung von 1,0 Stellen zur Durchführung der Ergänzungsprüfungen gem. Notfallsanitättergesetz (NotSanG) im Gesundheitsamt
2638/2014**

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - So beschlossen.

Wir kommen jetzt zu einer ganzen Reihe von Schulbau-Vorlagen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.15:

10.15 Errichtung eines Neubaus mit Dreifeldsporthalle für die Gesamtschule

**Nippes am Standort Ossietzkystr.,
Köln-Longerich
Baubeschluss
0034/2015**

Gibt es dazu Gegenstimmen? - Enthaltungen? -
Einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.16:

**10.16 Auslaufende Schließung der Kolkra-
bensschule, Förderschule Lernen Kolk-
rabenweg ab dem Schuljahr 2015/16
0142/2015**

Gibt es dazu Gegenstimmen? - Enthaltungen? -
Dann ist das so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.17:

**10.17 Offene Ganztagsschule im Primarbe-
reich - bedarfsgerechter Ausbau auf
27.900 Plätze
0759/2015**

**Änderungsantrag der Fraktion Die Lin-
ke.
AN/0780/2015**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ja, eine Wort-
meldung von der Fraktion Die Linke. Bitte schön,
Herr Kockerbeck.

<Heiner Kockerbeck (Die Linke.): Herr Ober-
bürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren!
Ich möchte den Änderungsantrag, den die Frak-
tion Die Linke. zu dieser Beschlussvorlage stellt,
begründen.

Die heutige Beschlussvorlage zum Offenen
Ganztag in Köln möchte eine für sich genommen
begrüßenswerte Erhöhung der Plätze vorneh-
men. Es gab in diesem Schuljahr 26.500 Plätze,
es soll im kommenden Schuljahr 27.900 Plätze,
geben, also 1.400 Plätze mehr. Das ist sicherlich
gut für die Kölner Familien; das ist sicherlich gut
für Köln.

Allerdings weist die vorliegende Beschlussvorla-
ge, zustande gekommen nach den Leitlinien der
regierenden Ratsmehrheit, einen traurigen Ziel-
konflikt zwischen der Erhöhung der Quantität der
Plätze und der Verbesserung der Qualität sowie
der Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten
auf. Im Vorfeld der Beschlussfassung und der
Beratungen zu dieser Vorlage haben viele Be-
schäftigte der Offenen Ganztagsschulen zu-
sammen mit der Gewerkschaft Erziehung und
Wissenschaft in E-Mails an die Ratsparteien auf

die seit Jahren desolaten und oft prekären Be-
schäftigungsverhältnisse im Offenen Ganztag
hingewiesen. Die personelle Fluktuation in die-
sem Bereich mindert für sich genommen die
Qualität des Offenen Ganztags erheblich. Die
Träger, mit denen wir in den letzten Wochen ge-
sprochen haben, berichten, dass es gar nicht
möglich ist, im Offenen Ganztag genügend
Fachkräfte einzustellen, weil die Löhne dafür
nicht ausreichen. Die viel zu geringen Tarifsteige-
rungen der Löhne in den letzten Jahren mussten
die Träger mit Personalreduzierungen kompen-
sieren. Die Folge waren Leistungskürzungen für
Kinder und Eltern, zum Beispiel längere Schlie-
ßungszeiten in den Ferien, mit allen Schwierig-
keiten, die sich für die Berufstätigkeit der Eltern
ergeben.

Auch vor der heutigen Ratssitzung haben Be-
schäftigte der OGTS vor dem Rathaus demons-
triert, um auf unzureichende Arbeitsbedingungen
und zu geringe Löhne aufmerksam zu machen.

(Beifall bei Teilen der Linken.)

Die Beschlussvorlage, um die es heute geht,
sieht nun vor, dass die Träger bei den jährlichen
Zuwendungen je Schüler nur ein Plus von 30 Eu-
ro im Jahr erhalten. Diese knappe Erhöhung des
Jahresbeitrages je Schüler kommt zustande, weil
das Land seine Zuschüsse zum 01.02. um 1,5
Prozent angehoben hat und dies zum 01.08.
noch einmal tut. Die Stadt verrechnet aber die
Erhöhung der Pflichtmittel, die sie vornehmen
muss, mit einer Senkung des freiwilligen Anteils
je Kind. Dadurch wird der Zuschuss, den die
Stadt leistet, gedeckelt; er bleibt also genau
gleich.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]:
Nein!)

Die geringe Erhöhung um 30 Euro pro Jahr
reicht für die Träger aber nicht aus, um die Kos-
tensteigerungen der letzten Jahre auszuglei-
chen. Die Linke. meint: Die Beschäftigten im Of-
fenen Ganztag verdienen für ihre Arbeit nach
langen Jahren endlich mehr.

Die genannten Missstände im Offenen Ganztag
sind seit Jahren bekannt. Sie sind immer wieder
diskutiert worden. Die Entscheidung der Stadt
hängt damit zusammen, dass die Stadt Köln - so
steht es auch in der Beschlussvorlage - eine
prekäre Haushaltslage aufweist. Diese ist aber
nicht vom Himmel gefallen, sondern das Ergeb-
nis bundes- und landespolitischer Entschei-
dungen der letzten 20 Jahre. Hier gäbe es ein Betä-
tigungsfeld für alle Ratsmitglieder. Sie sollten

nicht immer nur einräumen, dass Geldmittel im kommunalen Haushalt fehlen, und dann Kürzungen im sozialen und kulturellen Bereich vornehmen. Stattdessen sollten sich alle in ihren Parteien wirklich dafür einsetzen, dass die Einnahmeseite der kommunalen Haushalte seitens des Landes und des Bundes gestärkt wird.

Ein nicht Mut machendes Beispiel in dieser Hinsicht ist das Schicksal der richtigen steuerpolitischen Forderungen von SPD und Grünen im Bundestagswahlkampf 2013. Alle wissen: Der heutige Vizekanzler und Bundesvorsitzende der SPD hat das Steuerprogramm kurz nach den Wahlen für tot erklärt. So sollte man mit Wählerinnen und Wähler nicht umgehen.

Es ist richtig: Die Stadt bezahlt für den Offenen Ganztags im kommenden Schuljahr 19 Millionen Euro an freiwilligen Leistungen. Dies können andere Kommunen in NRW, die sich in der Haushaltssicherung befinden, gar nicht mehr leisten. Dennoch ist eine Erhöhung um 30 Euro pro Jahr und Kind nicht ausreichend ist, weder für die Träger noch für die Beschäftigten. Die in den OGTS Arbeitenden und die Träger brauchen dringend ein Signal, dass ihre Belange nicht Jahr für Jahr bei den Haushaltsberatungen unter die Räder kommen. Sie haben schon mehrfach Kürzungen hinnehmen müssen. Beide Gruppen stellen keine Maximalforderungen. Sie wissen, dass eine Veränderung der Rahmenbedingungen Zeit braucht. Sie wollen nur, dass anerkannt wird, dass es in den OGTS Löhne braucht, von denen man in einer Großstadt wie Köln vernünftig leben kann. Sie wollen für geleistete Arbeit angemessen bezahlt werden.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Kommen Sie bitte zum Ende.

Heiner Kockerbeck (Die Linke.): Ja, ich komme zum Ende. - Aus diesem Grund bringt Die Linke. einen Änderungsantrag in den Rat ein, mit dessen Annahme der Rat seinen Fehler korrigieren kann, die Kürzungen von 2010, 2011 und 2014 fortzuschreiben. Es ist vorgesehen, den leicht ansteigenden kommunalen Pflichtanteil nicht mit dem freiwilligen Anteil zu verrechnen. Diese Aufstockung würde die Stadt jährlich nicht viel mehr kosten als der Betrag, der in der Beschlussvorlage für die Reinigung der neuen Deutzer Freitreppe angegeben wird. - Vielen Dank.

(Beifall bei der Linken.)>

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Kockerbeck, vielen Dank. - Bitte schön, Frau Beigeordnete.

<Beigeordnete Dr. Agnes Klein: Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Herr Kockerbeck, bei allem berechtigten Ringen um die Qualität des Offenen Ganztags möchte ich eine Zahl hervorheben, die Sie dankenswerterweise genannt haben - ich will es hier noch einmal betonen -: Aus dem Haushalt der Stadt Köln fließen jährlich 19 Millionen Euro an freiwilligen Leistungen zusätzlich in den Offenen Ganztags. Das ist etwas, was viele Kommunen gar nicht leisten können, weil sie zum Beispiel in der Haushaltssicherung oder im Nothaushalt sind. Ich denke, wir wissen, worüber wir reden. Wir haben hier in Köln keine Missstände, sondern wir stecken jährlich einen großen Batzen zusätzliches Geld - das sind freiwillige Leistungen - in den Offenen Ganztags. Wir hoffen, dass wir das auch zukünftig tun können.>

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön. - Herr Philippi.

<Franz Philippi (SPD): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich rede nur kurz, weil wir im Schulausschuss eine ausführliche und intensive Debatte zu diesem Thema hatten, die wir hier jetzt nicht wiederholen müssen.

Wir eilen jedes Schuljahr bei der OGTS-Versorgungsquote von Rekord zu Rekord. Das bedarf einer soliden Finanzierung. Eine Fortschreibung der Kürzungen des kommunalen Anteils ist nicht zu umgehen. Um eine Zahl zu nennen: Die erwähnten 2,8 Prozent würden, heruntergebrochen auf ein Kind pro Monat, einen Betrag von 1,20 Euro ausmachen.

Zum zweiten Absatz Ihres Antrags bezüglich einer möglichen Erhöhung der Elternbeiträge: Das ist ein Vorgriff auf die Haushaltsberatungen, die vor uns liegen. Da können wir gerne darüber debattieren; aber es gehört nicht in die Vorlage. Deshalb lehnt die SPD-Fraktion diesen Antrag ab.>

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Theilen, bitte.

<Horst Thelen (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Heiner Kockerbeck hat ja selbst gesagt, woran es liegt, dass wir nicht die Chance haben, neben dem freiwilligen Beitrag in Höhe von 19 Millionen Euro weitere Zuschüsse in den OGTS-Bereich zu geben. Er sagte doch selbst, dass die Landes- und Bundesmittel nicht ausreichen, sodass wir in diesem Bereich strukturell unterfinanziert sind. Da auch Heiner Kockerbeck nicht sagen konnte, woher wir das Geld nehmen sollen

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Doch!)

- nein, nicht seriös, Jörg -, können wir seinem Vorschlag nicht folgen. - Danke schön.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Bitte, Herr Dr. Schlieben.

<Dr. Helge Schlieben (CDU) Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kockerbeck, wir haben die Diskussion sowohl im Schulausschuss als auch im Jugendhilfeausschuss schon geführt.

Ich möchte an dieser Stelle die Frau Dezernentin unterstützen. Wir haben in den letzten zehn Jahren ungefähr 10.000 neue OGTS-Plätze geschaffen. Das ist an sich schon eine Leistung. Ein Standard-OGTS-Platz - und das sind immerhin 24.000 dieser 27.900 Plätze - kostet 1.700 Euro. 900 Euro finanziert das Land, die Stadt zahlt 800 Euro. Von diesen 800 Euro müsste die Stadt aber nur 411 Euro bezahlen. Wir zahlen also für jeden Platz 389 Euro an freiwilligen Leistungen. Wenn wir das zusammenrechnen, kommen wir auf die genannten 19 Millionen Euro. Das ist eine stolze Summe, die sich nicht jede Kommune leisten kann.

Zur Verantwortungsbereitschaft sowohl der Mehrheitsfraktionen als auch der Opposition gehört auch, in Zeiten knapper Kassen zu sagen: 19 Millionen Euro sind eine Menge. Wir würden uns zwar mehr wünschen, müssen aber auch die Realität betrachten und sagen: Da können wir nicht noch mehr drauflegen.

Ich möchte einen zweiten Punkt ansprechen. Worüber streiten wir hier? Die Erhöhung der Landeszuschüsse um 1,5 Prozent würde sich ja auf die 411 Euro beziehen. Das heißt, wir streiten hier um 6 Euro pro Standardplatz. Ich bin mir nicht sicher, ob es den Kindern und den Betreuern entscheidend besser geht, wenn sie statt 30 Euro dann 36 Euro mehr erhalten. Ich will Ihre

Äußerungen gar nicht abmildern; ich verstehe auch die Interessen der Beschäftigten an der Stelle. Ich will nur sagen, dass man diese 6 Euro für den Standardplatz bitte einmal in Relation zu den Leistungen setzen sollte, die die Stadt Köln in den letzten Jahren ganz massiv ausgebaut hat.

Das bedeutet - Sie können es meiner Rede unschwer entnehmen -: Wir werden der Verwaltungsvorlage natürlich zustimmen und können den Änderungsantrag der Linken nicht mittragen. - Danke.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Schlieben. - Frau Laufenberg, bitte.

< Sylvia Laufenberg (FDP): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, die Kollegen haben gerade ganz klar dargelegt, wie die Situation in Köln ist. Dass wir einiges leisten, dass wir das halten und noch weiter ausbauen müssen, ist klar.

Auch die FDP-Fraktion wird den Antrag der Linken ablehnen und der Beschlussvorlage folgen; sie geht in die richtige Richtung. Wir gehen den Weg mit der Dezernentin weiter gemeinsam. Das sollten wir tun. - Danke.

(Beifall bei der FDP sowie von Dr. Helge Schlieben [CDU])>

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank für die Beiträge, die dazu noch gekommen sind. Dann können wir jetzt abstimmen.

Wer für den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion Die Linke. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über die Vorlage. Wer gegen diese Vorlage ist, bitte ich um das Handzeichen. - Gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 10.18:

10.18 Schulorganisatorische Maßnahmen am Schulstandort Rosenzweigweg - Schließung der Förderschule Lernen bei gleichzeitiger Errichtung eines

**Teilstandortes der Wilhelm-Leyendecker-Schule zum Erhalt des regionalen Angebotes
0783/2015**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann können wir abstimmen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.19:

**10.19 Planungsaufnahme zur Errichtung eines Erweiterungsbaus für die GGS Kretzerstr. 5-7, 50733 Köln
0946/2015**

Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.20:

**10.20 Planungsaufnahme zur Errichtung eines Erweiterungsbaus für die Ganztagsbetreuung auf dem Schulgrundstück der KGS Osterather Str. 13, 50739 Köln
0955/2015**

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Dann ist das ebenfalls angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.21:

10.21 Grundsatz-/Planungsbeschluss zur Errichtung
- eines Gymnasiums für 3 Züge SI und 5 Züge SII mit 3-fach Turnhalle am Standort Zusestr./Kölner Str. in Köln-Lövenich
- einer Gesamtschule für 6 Züge SI und 5 Züge SII mit 1-fach Turnhalle und 3-fach Turnhalle am Standort Wasseramselweg/Girlitzweg in Köln-Vogelsang
1033/2015

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann sind diese beiden wichtigen Dinge jetzt auch auf den Weg gebracht. Vielen Dank für die Zustimmung.

(Beifall bei Teilen der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen sowie von Niklas Kienitz [CDU])

Damit sind die schulbaulichen Vorlagen so weit abgeschlossen.

Wir kommen jetzt zu Tagesordnungspunkt 10.22:

**10.22 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln hier: Wirtschaftsplan 2015
1221/2015**

Gibt es dazu Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.23:

**10.23 Regionalverkehr Köln GmbH (RVK): Änderung des Gesellschaftsvertrags
1178/2015**

Auch da sehe ich keine Gegenstimmen. - Keine Enthaltungen. - Dann ist das ebenso beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.24:

**10.24 Wirtschaftsplan der Bühnen der Stadt Köln für die Spielzeit 2015/16
0932/2015**

Ich sehe keine Wortmeldungen. Wir können abstimmen. Wer ist dagegen? - Gegen die Stimmen der Piraten. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist das mit ganz großer Mehrheit so beschlossen. Herzlichen Dank. Die Bühnen werden sich ebenfalls bedanken.

Zu Tagesordnungspunkt 10.25:

**10.25 Entschuldungskonzept der Bühnen Köln zum 31.08.2015
0085/2015**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen. Wer ist dagegen? - Gegen die Stimmen der Piraten. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist das mit der gleichen Mehrheit wie eben so beschlossen.

Wir kommen zu einer weiteren kulturpolitischen Entscheidung. Tagesordnungspunkt 10.26:

**10.26 Auswirkungen der priorisierten Fertigstellung Offenbachplatz
1025/2015**

Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - Bei Enthaltung der Piraten ist das mit großer Mehrheit angenommen.

Wir kommen nun zu Tagesordnungspunkt 10.27:

**10.27 Entwicklung einer Beteiligungskultur für Köln / Leitlinienprozess zur Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern
1157/2015**

Dazu liegt eine Vorlage der Verwaltung vor. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ja. Herr Struwe beginnt, es folgen Frau Welcker und Herr Thelen. - Bitte schön, Herr Struwe.

<Rafael Struwe (SPD): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! „Entwicklung einer Beteiligungskultur“: Das ist natürlich eine große Überschrift und formuliert einen hohen Anspruch. Ich glaube, man muss nicht auf Stuttgart 21 oder andere Großprojekte schauen, um zu erkennen, dass es hier in unserem Land doch erheblichen Verbesserungsbedarf oder zumindest erhebliche Unzufriedenheit mit den bestehenden Strukturen gibt.

Wir sehen es auch bei uns alltäglich: Im StEA-Bereich und bei vielen kleinen Bauleitplänen gibt es diese sehr formalisierten Beteiligungswege. Natürlich können viele Beteiligte ihre Anliegen vorbringen. Aber wenn wir ganz ehrlich und selbstkritisch sind, müssen wir sagen: Häufig hat man das Gefühl, dass ein echter Dialog zwischen Bürgern, Politik und Verwaltung nicht so zustande kommt, wie wir es uns vielleicht wünschen würden.

In der Vorlage geht es um mehr als nur die konkrete Bauleitplanung. Unabhängig von konkreten formalisierten Verfahren, die es schon gibt und die wir alle kennen, geht es darum, sich in einem globaleren Maßstab mit dem Thema auseinanderzusetzen. Die Vorlage beinhaltet eine sehr umfangreiche und sehr grundsätzliche Fragestellung. Es geht aus unserer Sicht ausdrücklich darum, dass gemeinsam mit allen Beteiligten neue Wege gefunden werden müssen, wie Bürger, Politik und Verwaltung gemeinsam und - auch das finde ich ganz wichtig - auf Augenhöhe Lösungen für die Herausforderungen der Zukunft finden können. Man muss sich nichts vormachen: Vor dem Hintergrund der allgemein konstatierten Politikverdrossenheit ist das sicherlich kein Allheilmittel, aber doch ein wichtiger Schritt, um die Möglichkeiten, Wege und Instrumente der Bürgerbeteiligung auszubauen und zu verbessern.

Angesichts der Tatsache, dass der Ratsauftrag vom 17.12.2013 ist, könnte man der Verwaltung durchaus eine gewisse Behäbigkeit vorwerfen. Wenn man sich die Vorlage allerdings genauer anschaut, muss man feststellen: Das ist ein wirklich wichtiges Thema, ein Thema, das eine umfassende Betrachtung erfordert. Die Verwaltung hat die Zeit nicht ungenutzt verstreichen lassen, sondern sich intensiv mit dem Thema befasst. Es erfordert gerade vonseiten der Verwaltung eine

gewisse Offenheit. Daher sollte hier in der Tat Sorgfalt vor Schnelligkeit gehen.

Wir wissen, andere Städte, beispielsweise Bonn und Heidelberg, haben sich schon mit diesem Thema erfolgreich beschäftigt. Dort wurde ein Prozess unter Beteiligung aller relevanten Akteure in Gang gesetzt: der Politik, der Verwaltung und auch - ganz wichtig - der Bürger, um die es hier geht. Wir befinden uns noch am Anfang dieses Weges, den wir, wie ich glaube, alle miteinander gemeinsam gehen wollen.

Es ist richtig, dass uns die Verwaltung hier kein fertiges Konzept vorsetzt und sagt: So und so sieht es aus; Schritt eins, zwei, drei, vier, und alle sind zufrieden. - Das würde, ganz im Gegenteil, zu Unzufriedenheit führen. Wir alle wissen: Es gibt in der Stadtgesellschaft unglaubliche Potenziale an Kreativität und Ideen, aber auch den Wunsch, sich einzubringen und zu beteiligen. Ich glaube, wir sind alle gut beraten, wenn wir diese Potenziale in Zukunft stärker in die tägliche politische Arbeit einbeziehen.

Insofern ist es wichtig, dass die Verwaltung in dem Prozess, der jetzt angestoßen wird, die Bürger gleichberechtigt am paritätisch besetzten Gremium beteiligen will. Als ich beim Netzwerk „Köln mitgestalten“ war, habe ich herausgehört: Es besteht der Wunsch, kein fertiges Produkt vorgesetzt zu bekommen, sondern den Weg selbst mitzugehen. Die Verwaltung nennt das den „Kölner Weg“. Das finde ich ganz charmant. Denn gerade in Köln ist es ja gute Tradition, dass die Bürger konstruktiv, immer wieder auch kritisch, aber doch mit einem gewissen Augenmaß auf die Obrigkeit schauen. Man muss ja nicht immer gleich den Erzbischof aus der Stadt verjagen. Wie gesagt: Wir finden es wichtig, dass dieser Prozess auf einer breiten Ebene stattfindet.

Aus unserer Sicht ist es zudem sehr wichtig, in diesem Prozess auch Folgendes zu berücksichtigen: Bürger, die sich bereits jetzt bei verschiedenen Projekten einbringen, haben oft einen höheren Schulabschluss und ein höheres Einkommen. Uns ist ganz besonders wichtig, dass *alle* Menschen mitgenommen werden, unabhängig von ihrem Bildungsgrad und ihrem Einkommen. Darauf sollten wir alle in dem Prozess achten, in dem wir gemeinsam um Wege und Lösungen ringen müssen.

Wir freuen uns, dass es jetzt losgeht. Wir wollen uns da aktiv einbringen und sind da, wie gesagt, sehr offen. Deswegen stimmen wir der Vorlage zu, damit wir den aufgezeigten Weg beschreiten können.

(Beifall bei der SPD sowie von Marion Heuser [Bündnis 90/Die Grünen])>

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön. - Wir kommen zu Frau Welcker.

<Katharina Welcker (CDU): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die CDU begrüßt ausdrücklich diese Vorlage. Leider kommt sie erst zu diesem Zeitpunkt, aber immerhin: Sie ist da.

Warum sitzen wir denn hier? Wir sitzen hier, weil wir von den Bürgern beauftragt sind, sie zu vertreten. Das wollen wir, und das tun wir auch. Aber wir stellen trotzdem immer häufiger fest, dass die Bürger sich auf diesem Weg nicht mitgenommen fühlen, vielleicht auch, weil die Prozesse sehr lange dauern und für viele auch nicht transparent sind.

Aus diesem Grund machen wir uns als CDU seit Jahren dafür stark, dass dieser Prozess endlich auch in die Bürgerschaft getragen wird, dass wir die Bürgerinnen und Bürger auf den Weg zu einer vernünftigen Gestaltung dieser Stadt mitnehmen. Das betrifft natürlich nicht nur die Stadtentwicklung; das ist doch völlig klar. Es geht hier darum, den Bürgern die Möglichkeit zu geben, sich frühzeitig in einen Prozess einzubringen.

Natürlich werden wir sehen, dass viele diese Gestaltungsmöglichkeit nutzen werden: Einzelinteressen werden vertreten sein, auch Not-in-my-backyard-Gesellschaften werden sich einbringen. Wir werden aber auch viele sehr positive Entwicklungen in dieser Stadt haben. Wir werden inspiriert werden von dem, was die Bürger uns bringen und bieten. Wir werden all dies kreativ in Prozesse einbringen können,

(Beifall bei Teilen der CDU)

und zwar in einem für die Bürger transparenten und verlässlichen Verfahren, das wir hier jetzt entwickeln werden. Aus diesem Grund sind wir von dieser Vorlage sehr angetan, auch wenn sie früher hätte kommen können, auch wenn man sich fragen kann, warum sie noch monatelang im Büro des OB gelegen hat, warum es jetzt zu einer Dringlichkeitsentscheidung kommen muss. All diese Fragen werden wir aber hintanstellen, damit der Prozess endlich für die Bürgerinnen und Bürger in Gang gesetzt wird, damit wir jedem Einzelnen, angefangen bei den Jugendlichen, die wir ausdrücklich in dieses Verfahren

miteinbeziehen wollen, bis zu den Senioren, ein verlässliches Verfahren an die Hand geben, das jedem und jeder die Möglichkeit gibt, die Stadt mitzugestalten. Ich glaube, das entspricht dem Willen der Bürger. Ich hoffe, dass wir der Demokratie einen großen Schub geben, wenn alle das Gefühl haben, teilhaben, mitgestalten und etwas bewegen zu können. Deshalb begrüßen wir das und stimmen selbstverständlich zu.

Ich möchte allerdings noch eine Anmerkung machen. Wegen der sehr kurzfristig eingebrachten Vorlage und wegen der Neuauszählung am 19. Mai würden wir vorschlagen, die Besetzung der Gremien zu verschieben und diese erst in der nächsten Ratssitzung vorzunehmen. - Danke.

(Beifall bei der CDU)>

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön. - Herr Thelen, bitte.

<Horst Thelen (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ob wir hier heute einen richtungsweisenden Beschluss fassen, kann im Moment noch niemand sagen. Erst die Ergebnisse des zweistufigen Prozesses werden eine Ahnung davon vermitteln, wie wegweisend der Beschluss für die Kölner Bürger und Bürgerinnen, für die Verwaltung und die Politik in Köln sein wird.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Ich habe bewusst „Ahnung“ gesagt. Erst wenn nach anderthalb Jahren die praktische Umsetzung beginnt, lässt sich erkennen, ob und wie sich das politische Geschehen in der Stadt Köln verändert haben wird.

Nun zum konkreten Beschlussvorschlag. Der Vorschlag der Stadtverwaltung, keinen inhaltlichen Vorschlag zur Beteiligungskultur in Köln zu machen, sondern einen Verfahrensvorschlag zur Erarbeitung von Leitlinien für die Bürgerbeteiligung, ist uneingeschränkt zu begrüßen. Ich will jetzt nicht nur tadeln, dass dieser Beschlussvorschlag erst mit fast einem Jahr Verspätung den Rat erreicht, sondern aufgrund der Begründung ein bisschen spekulieren, warum es so lange gedauert haben mag.

Wenn man sich die Fragestellungen des ersten Workshops ansieht, dann könnte man meinen, dass die Verwaltung den Ratsauftrag zunächst

so verstanden hat, dass sie selbst die Leitlinien entwickeln soll. Vermutlich ist dann in der weiteren Diskussion deutlich geworden, dass der Ratsauftrag vom 17.12.2013 das gar nicht beabsichtigt hat, sondern die Verwaltung beauftragt hat - ich zitiere -:

... Empfehlungen für einen ... Weg zum Ausbau und zur Verbesserung der Beteiligungskultur zu definieren.

Einfach ausgedrückt: Die Verwaltung sollte einen Weg vorschlagen, ihn aber nicht selber gehen, sondern im Sinne einer verbesserten Beteiligungskultur schon das Gehen des Weges als einen Einstieg in eine verbesserte Beteiligungskultur begreifen, indem die Netzwerke des Bürgerengagements beteiligt sind, indem die Verwaltung beteiligt ist, indem auch die nichtorganisierte Gesellschaft beteiligt ist und - last, but not least - auch die Politik. Das heißt: In der Konzeptionsphase sind im Grunde alle Bürger und Bürgerinnen und die Institutionen, die sich damit beschäftigt haben, repräsentiert.

Unsere Fraktion zweifelt nicht daran, dass es dem Konzeptionsgremium gelingen wird, für den Erarbeitungsprozess ein Modell zu entwickeln, das dem Anspruch der Entwicklung einer guten Beteiligungskultur für Köln gerecht wird. Das eine Jahr, das dafür angesetzt ist, wird sicherlich auch nötig sein; denn die Aufgabe ist nicht einfach, sollen die Leitlinien doch den Spagat schaffen, einerseits die Kompetenzen des Rates nicht zu schmälern, aber andererseits die Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger und Bürgerinnen so zu erweitern, dass genügend Handlungsspielraum besteht. - Vielen Dank.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses
90/Die Grünen)>

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Thelen. - Wir kommen zu Herrn Detjen.

<Jörg Detjen (Die Linke.): Meine Damen und Herren! Herr Oberbürgermeister! Ich bin froh, dass es zu dieser Verwaltungsvorlage keinen Änderungsantrag aus der Politik gibt. Das bringt uns schon einen Schritt weiter. Ich habe immer den Eindruck gehabt, dass wir gemeinsam ein Konzept entwickeln müssen, das aufzeigt, dass die Politik ein Partner ist, die Verwaltung ein Partner ist und der Bürger ein Partner ist. Das sind drei Akteure, die im Prinzip unabhängig voneinander agieren.

In dem Zusammenhang sage ich: Wenn das super funktioniert, wird der Rat eine gewisse Kompetenz abgeben; das ist einfach so. Wenn die Verwaltung eine gute Bürgerbeteiligung ermöglicht, wird sie mit den Bürgerinnen und Bürgern allein sprechen, und wir sind nicht dabei. Ich finde es überhaupt nicht schlimm, wenn das passiert. In der Schweiz ist es selbstverständlich, dass die Verwaltung gewisse Sachen nicht umsetzt, wenn sie merkt, dass sich dagegen Protest und Widerstand regt. Dann sagt sie: Das machen wir nicht; wir überdenken es und klären es mit den Bürgerinnen und Bürgern. - Wenn wir hier eine solche Kultur entwickeln könnten, wären wir einen Schritt weiter.

Es liegt zum Teil auch an der Politik. Wir meinen ja, in gewissen Momenten zwischen Bürger und Verwaltung treten zu müssen. Ich glaube, wir müssen lernen, zu akzeptieren, dass sich eine solche Bürgerbeteiligung entwickelt, dass es ein Verhältnis zwischen Verwaltung und Bürger geben wird. Es gibt selbstverständlich auch ein Verhältnis zwischen Politik und Verwaltung; es findet jetzt gerade hier statt. Dieses Verhältnis ist nicht schwach, sondern überaus stark ausgeprägt. Auch das Verhältnis zwischen Bürger und Politik ist stark ausgeprägt. Aber das Verhältnis zwischen Verwaltung und Bürgerinnen und Bürgern müsste noch stärker ausgeprägt sein. Das ist überhaupt keine Kritik an der Verwaltung. Ganz im Gegenteil: Es ist ein objektives Forum. Da muss sich etwas tun.

Insofern wäre es gut, wenn diese Vorlage so beschlossen würde. Dann könnte die Verwaltung die Besetzung des Gremiums vorbereiten; damit kann man schon mal anfangen. Wir könnten dann bis zur nächsten Ratssitzung die Vertreter der Politik benennen, die Verwaltung könnte ihre Vertreter benennen. Insofern wäre das Projekt auf dem Wege.

Es wird noch kompliziert und schwierig werden. Ich möchte nur darauf hinweisen, dass wir die erste Klippe noch dieses Jahr überwinden müssen, Stichwort: Bürgerhaushalt. Ich würde mir wünschen, dass wir einen gemeinsamen Weg finden und es hier im Rat nicht strittig diskutieren müssen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der Linken.)>

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Henseler.

<Andreas Henseler (Freie Wähler Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich möchte hier für die Freien Wähler zum Ausdruck bringen, dass ich diese Verwaltungsvorlage ganz hervorragend finde.

Da kann man natürlich sagen: Warum hast du dich dann noch zu Wort gemeldet? Du stiehst unsere Zeit. - Das hat einen einfachen Grund: Ich möchte etwas zur Genese dieser Vorlage sagen. Das, was in der Vorlage zitiert ist, ist der Beschluss vom 17.12.2013. Das ist aber nicht der Antrag, der ursprünglich zu dieser Angelegenheit eingebracht worden war. Diejenigen, die damals schon im Rat waren, werden sich erinnern, dass es die Freien Wähler waren, die zu diesem Punkt einen Antrag eingebracht haben, aus dem ich - mit Ihrer Genehmigung, Herr Oberbürgermeister - zitieren will. In diesem Antrag hieß es:

1. Der Rat beruft eine paritätische Kommission, bestehend einerseits aus Rats- und Verwaltungsvertretern und andererseits aus Bürgermitgliedern und Initiativenvertretern.
2. Die Kommission soll ein Regelwerk als Standardmodell für Bürgermitgestaltung bei öffentlichen Projekten auf der Grundlage der Städtetagsempfehlung und des Positionspapiers „Bürgerbeteiligung in Köln“ entwickeln und dem Rat zur Entscheidung vorlegen.

Meine Damen und Herren, dieser Antrag ist dann durch einen Änderungsantrag von SPD, CDU, Grünen und FDP ersetzt worden. Dabei ist dann das herausgekommen, was jetzt in der Beschlussvorlage als ehemaliger Auftrag an die Verwaltung steht. Daraus hat dann die Verwaltung diese Vorlage entwickelt, die ich ganz ausgezeichnet und hervorragend finde. Sie spiegelt die Diskussion der letzten zwei Jahre in der städtischen Öffentlichkeit wider.

Es hat mehrere öffentliche Veranstaltungen gegeben. In den Bürgerforen sind diese Dinge sehr genau und sehr weitreichend formuliert worden. Ich begrüße, dass auch innerhalb der Verwaltung ein entsprechender Diskussionsprozess stattgefunden hat. Ich glaube - da möchte ich Herrn Thelen ausdrücklich zustimmen -, dass es der Stadt eine Riesenchance eröffnet, zusätzliche Legitimation für die Kommunalpolitik zu gewinnen.

Man wird den Prozess, den Sie am Sonntag auch in Bremen beobachten konnten, nämlich dass die Wahlbeteiligung immer weiter zurückgeht, wahrscheinlich nicht aufhalten können. Alle Maßnahmen dagegen, die vorgeschlagen worden sind, etwa die Aufstellung von Urnen auf Bahnhöfen - der Vorschlag kam von der SPD-Generalsekretärin -, werden diesen Prozess nicht aufhalten. Das ist meine tiefe Überzeugung, so traurig es ist. Aber wenn man es schafft, die Bürger in der Stadtgesellschaft, also da, wo sich Demokratie wirklich abspielt und ihre Ergebnisse auch noch nachvollziehbar sind, zu beteiligen und einzubeziehen, dann schafft man eine zusätzliche Legitimation für kommunales Handeln. Das ist wirklich eine wunderbare Sache.

Die Freien Wähler - so viel Zeit muss sein, Herr Oberbürgermeister - haben schon vor zwei Jahren versucht, das zu initiieren. Wenn jetzt ein weiterer Schritt auf diesem Weg getan wird, dann ist das für uns ein ganz ausgezeichnetes Ergebnis. Wir wünschen uns das häufiger. Das ist vielleicht ein Anfang.

Ich wollte eigentlich noch etwas sagen zum Bürgerhaushalt sagen; denn auch da waren wir es, die seinerzeit die Initiative ergriffen haben. Angesichts der fortgeschrittenen Zeit verzichte ich darauf, obwohl ich noch 1 Minute und 23 Sekunden Redezeit gehabt hätte, Herr Oberbürgermeister. - Vielen Dank.>

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Henseler. Gelegentliches Lob nehmen wir auch ganz gern entgegen.

Da ich keine weiteren Wortmeldungen sehe, kommen wir jetzt zur Abstimmung. Es ist eben von Frau Welcker der Wunsch geäußert worden, die Benennung der Mitglieder auf die nächste Ratssitzung zu verschieben und heute nur den übrigen Text zu verabschieden. Ich gehe davon aus, dass Sie damit einverstanden sind.

Im Hinblick auf die Bedeutung dieses Textes stelle ich die Frage: Wer ist für diesen Vorschlag? Ich bitte um das Handzeichen. - Das ist die SPD-Fraktion, das ist die Fraktion der Grünen, das sind die Piraten, das sind Deine Freunde, das ist die CDU, das sind die Linken, das ist pro Köln, das ist Herr Henseler, das ist die AfD und die FDP. Das ist einstimmig. Damit haben wir auch gegenüber der Öffentlichkeit und der Stadtgesellschaft deutlich gemacht, wie stark der Rat dies unterstützt.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 10.28:

10.28 Erstattung der Elternbeiträge und Verpflegungskosten wegen des Streiks in den städtischen Kindertageseinrichtungen 1443/2015

Diese Vorlage ist nachträglich zugesetzt worden. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Frank, bitte.

<Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Ich möchte dazu keine Grundsatzrede halten. Wir finden den Hauptvorschlag sehr vernünftig. Er knüpft an die Regelung zum Kitastreik 2009 an. Wir möchten aber eine Präzisierung. Im letzten Satz soll es heißen:

Darüber hinausgehende Einsparungen sollen der weiteren Haushaltskonsolidierung zum Ausgleich der bestehenden Unterfinanzierung bei den Personalaufwendungen im Kita-Bereich dienen.

Ergänzt werden soll also: „bei den Personalaufwendungen“. Wir wollen präzise festhalten, dass sich Minderausgaben durch den Streik ergeben: Es sind die nicht ausgezahlten Lohnkosten und keine echten Einsparungen. Das muss man schon hinzufügen.>

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. Das ist eine Präzisierung, die sehr sinnvoll ist. Ich habe das so weit verstanden.

Dann können wir darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Dann haben wir in diesem Bereich, der im Augenblick sehr stark in der öffentlichen Diskussion steht, kurzfristig ein gutes Signal gesetzt.

Wir kommen zu den Punkten unter Tagesordnungspunkt 11:

11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes

Zu Tagesordnungspunkt 11.1:

**11.1 203. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 4, Köln-Ehrenfeld
Arbeitstitel: Südlich Helmholtzplatz in Köln-Ehrenfeld
hier: Feststellungsbeschluss
0833/2015**

Gibt es dazu Gegenstimmen? - Enthaltungen? - So angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 11.2:

**11.2 195. Änderung des Flächennutzungsplanes im Stadtbezirk 8, Köln-Kalk
Arbeitstitel: Wiersbergstraße in Köln-Kalk
hier: Feststellungsbeschluss
0837/2015**

Abstimmung wie StEA. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann können wir abstimmen.

(Birgit Gordes [CDU]: Wie StEA?)

- Ja, das habe ich eben schon erwähnt, aber offenbar nicht deutlich genug. - Also: Abstimmung wie StEA. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Dann haben wir es so beschlossen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 12:

12 Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen

Zu Tagesordnungspunkt 12.1:

**12.1 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 70449/09
Arbeitstitel: Wiersbergstraße in Köln-Kalk
0122/2015**

Um es deutlich zu sagen: Abstimmung wie StEA. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Dann ist das so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 12.2:

**12.2 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 67468/03
Arbeitstitel: Konrad-Adenauer-Ufer / Wörthstraße 34 in Köln-Neustadt/Nord
0235/2015**

Gibt es dazu Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist das so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 12.3:

**12.3 Beschluss über die Aufstellung und Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan 7046/02
Arbeitstitel: Zentrum Buchforst in Köln-Buchforst**

0913/2015

Wer ist dagegen? - Gegen die Stimmen der FDP und der AfD. Gibt es Enthaltungen? - Bei Enthaltung von pro Köln ist es mit Mehrheit so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 12.5:

12.5 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 66473/03
Arbeitstitel: Eifelwall in Köln-Neustadt/Süd und Köln-Sülz
1113/2015

Wir stimmen darüber ab. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 12.6:

12.6 Beschluss über Stellungnahmen, Änderung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 68461/02
Arbeitstitel: Staatenhaus in Köln-Deutz
1049/2015

Gibt es dazu Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 13.1:

13.1 Aufhebung des Fluchtlinienplanes 1215 - Satzungsbeschluss -
Arbeitstitel: Schweinheimer Straße / Kochwiesenstraße in Köln-Holweide
0939/2015

Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist so beschlossen.

Wir kommen nun zu Tagesordnungspunkt 16:

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen

Zu Tagesordnungspunkt 16.1:

16.1 244. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
0924/2015

Gegenstimmen? - Enthaltungen? - So beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 16.2:

16.2 243. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
0218/2015

Gegenstimmen? - Gegen die Stimmen von pro Köln. Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist das so beschlossen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 17:

17 Wahlen

Es sind jeweils Nachwahlen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.1:

17.1 Änderung der Benennung sachkundiger Einwohnerinnen und Einwohnern für diverse Ausschüsse auf Empfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft
Lesben, Schwule und Transgender
1044/2015

Gibt es dazu Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist das in der vorgelegten Fassung so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.2:

17.2 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Neubesetzung Ausschuss Anregungen und Beschwerden“
AN/0769/2015

Gibt es dazu Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist das auch so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.3:

17.3 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
hier: Benennung eines sachkundigen Einwohnern für den Bauausschuss und den Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft
AN/0775/2015

Gegenstimmen? - Enthaltungen? - So beschlossen.

Damit sind wir am Ende des öffentlichen Teils der Sitzung angekommen.

(Schluss: 19.54 Uhr)